

KU goes SDGs

Braucht es die Schrifterschrift noch?

Modellprojekt zum einphasigen
Schrifterwerb in bayerischen
Grundschulen

Wo die Pionierarbeit beginnt

Was kommunale Bauhöfe über die
Zukunft kleiner Städte wissen – und
warum die Wissenschaft beginnt, von
ihrer Alltagspraxis zu lernen

Pflege als Gemeinschaftsaufgabe

EU-Projekt zu neuen Modellen
integrierter Versorgung im Bereich
Langzeitpflege





Deine Uni, Deine Wahl.

Entdecke die KU.



Beliebtste
Universität
in Deutschland

Award 2026

StudyCheck

www.ku.de/studium

[f](#) [i](#) uni.eichstaett

Geographie ■ Bildung für nachhaltige Entwicklung ■ Tourismus ■ Umweltprozesse & Naturgefahren ■ Conflict, Memory & Peace ■ Flucht, Migration, Gesellschaft ■ Internationale Beziehungen ■ **Politik und Gesellschaft** ■ Politikwissenschaft dt.-fr. Soziologie ■ **Lehramt** für Grund-, Mittel-, Realschule & Gymnasium ■ Mathematik ■ **Data Science** ■ Community Music Musikpädagogik ■ **Musikwissenschaft** ■ Klassische Archäologie ■ Geschichte ■ Kunstgeschichte & Bildwissenschaften **Kunstpädagogik** ■ Theaterpädagogik ■ Bildungs- & Erziehungswissenschaften ■ **Psychologie** ■ Business & Psychology **Soziale Arbeit** ■ Pflegewissenschaft ■ Sprachen & Kulturen Europas ■ Anglistik & Amerikanistik ■ Französisch ■ Italianistik Hispanistik ■ Romanistik ■ Germanistik ■ Werbung interkulturell ■ **Journalistik** ■ Klassische Philologie ■ Lateinamerikastudien ■ **Transformation & Sustainability** ■ Theologie ■ Philosophie & Ethik ■ **Betriebswirtschaftslehre** ■ Digital & Data-Driven Business ■ Internationale BWL ■ Internationales Marketing ■ Taxation ■ Sustainability in Business & Economics



Liebe Leserinnen und Leser,

Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global und sie verlangen nach gemeinsamen Antworten. Klimawandel, soziale Ungleichheit, fragile Demokratien, Ressourcenknappheit: Sie machen nicht an Landesgrenzen halt. Mit den Sustainable Development Goals (SDGs) haben die Vereinten Nationen einen Orientierungsrahmen geschaffen, der diese Herausforderungen bündelt und ein umfassendes Programm zur Verwirklichung einer weltweiten nachhaltigen Gesellschaft formuliert. In 17 Zielen und 169 Unterzielen wird aufgezeigt, was es braucht, damit alle Menschen auf unserem Planeten gut leben können. Die SDGs sind damit ein Kompass für verantwortungsvolles Handeln in einer komplexen Welt.

Als Universität sehen wir es als unsere Aufgabe, diesen Kompass zu nutzen und mit Leben zu füllen. Forschung und Transfer an der KU greifen die SDGs in vielfältiger Weise auf: Sie analysieren Ursachen globaler Problemlagen, entwickeln Lösungsansätze und bringen wissenschaftliche Erkenntnisse in den Dialog mit Gesellschaft, Politik und Praxis. Dabei geht es nicht nur um technologische oder ökonomi-

sche Innovationen, sondern immer auch um ethische Fragen, um soziale Gerechtigkeit und um die Verantwortung des Menschen für die Schöpfung.

Zugleich ist uns bewusst: Nachhaltige Entwicklung lässt sich nicht im Alleingang erreichen. Sie braucht Zusammenarbeit – über Disziplinen hinweg, zwischen Wissenschaft und Gesellschaft und im internationalen Austausch. Die KU verstehen wir daher als Ort der Vernetzung, an dem unterschiedliche Perspektiven zusammenkommen und gemeinsam an Lösungen gearbeitet wird. Unsere Projekte zeigen, wie fruchtbar dieser Austausch sein kann – und wie sehr Wissenschaft davon lebt, sich einzubringen und gehört zu werden. Diese Haltung prägt auch die Ausbildung unserer Studierenden. Wir möchten junge Menschen dazu befähigen, die globalen Herausforderungen unserer Zeit zu verstehen, kritisch zu reflektieren und aktiv mitzugestalten. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist für uns kein Zusatz, sondern integraler Bestandteil universitärer Lehre und ein zentraler Beitrag zu einer verantwortungsvollen Zukunft.

In dieser Ausgabe unseres Forschungs- und Transfermagazins „forum forschung“ laden wir Sie ein, einige dieser Projekte kennenzulernen. Unter dem Schwerpunkt „KU goes SDGs“ zeigen wir exemplarisch, wie Wissenschaft an der KU dazu beiträgt, die Ziele für nachhaltige Entwicklung konkret werden zu lassen – im Großen wie im Kleinen, im Globalen wie im Regionalen. Darüber hinaus erhalten Sie im Bereich „Forum“ Einblicke in die Vielfalt unserer Forschungsaktivitäten. Unter „Profile“ stellen wir Ihnen ausgewählte Einrichtungen und Persönlichkeiten vor, die Forschung und Transfer an der KU in besonderer Weise prägen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende und inspirierende Lektüre.

Prof. Dr. Gabriele Gien
Präsidentin der Katholischen Universität
Eichstätt-Ingolstadt

Themenschwerpunkt „KU goes SDGs“

Rentensplitting statt Hinterbliebenenrente Projekt untersucht Auswirkungen einer möglichen Reform	06	Wo die Pionierarbeit beginnt Was kommunale Bauhöfe über die Zukunft kleiner Städte wissen – und warum die Wissenschaft beginnt, von ihrer Alltagspraxis zu lernen	36
Pflege als Gemeinschaftsaufgabe KU-Team forscht an neuen Modellen integrierter Versorgung in Europa	10	Vom Feriendyll zum Wohnproblem DFG-Projekt untersucht Touristifizierung im ländlichen Raum	41
Pionierarbeit unter Kriegsbedingungen Traumatherapie für Kinder und Jugendliche in der Ukraine	12	Selbstwirksamkeit als Schlüssel So nachhaltig denkt und handelt die Jugend in der Region Ingolstadt	44
Lernen, das Zukunft gestaltet Lernorte für Nachhaltigkeit an der KU	14	Vom Messen zum Vermitteln Klimaforschung im Dialog	46
Braucht es die Schreibrift noch? Modellprojekt zum einphasigen Schrifterwerb in bayerischen Grundschulen	18	Lebensräume für wandernde Fische bewahren Aueninstitut an EU-Projekt beteiligt	50
Philosophie ist auch Frauensache Strukturelle Ungleichheiten sichtbar machen	21	Wenn der Frühling früher kommt Phänologische Veränderungen in Europa im Vergleich	54
Mehr als knapp Die Machtspiele um Wasser in Iran	23	Wie Europa demokratisch wurde – und warum darüber bis heute debattiert wird	56
Mehr als nur eine technische Frage Stromspeicher als zentraler Baustein der Energiewende	26	„Wir haben die Frontalattacke auf unsere Werte unterschätzt“ Uwe Schneidewind über transformative Wissenschaft, einen späten Realitätsschock und gesellschaftliche Werte	60
Warum Kinderarbeit nicht einfach verschwindet Forschung zu Kindergewerkschaften	28		
Staus ein Schnippchen schlagen DFG-Projekt will urbane Lieferketten optimieren	30		
Wenn Schulden Handlungsspielräume bestimmen Neue Perspektiven auf kommunale Finanzkrisen	32		

Forum

Galant, gelehrt, gefeiert Die Wiederentdeckung der Aurora von Königsmarck	63
Eigene Stimme, eigene Identität? Forschungsprojekt zu Tieren in der Literatur	66
Wie Bildung zur Waffe wird DFG-Projekt zu systemischer Indoktrination in Russland	68



Profile

20 Jahre Aueninstitut Forschung aus der Region mit internationaler Wirkung	70
Denkräume der Demokratie Was Philosophie zur Orientierung in unruhigen Zeiten beitragen kann	74
Dissertationspreise	78



Orte der Forschung

Kapuzinergarten	08
Lehr- und Forschungswald	52
Citizen Science Lab	58



Herausgeberin:
Die Präsidentin der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt
Ostenstraße 26-28
85071 Eichstätt

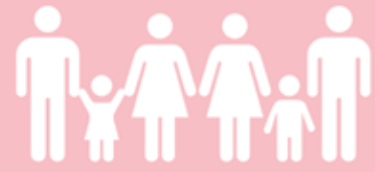
Fotos:
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt,
Adobe Stock,
Colourbox

Druck:
Nachdruck (nur vollständig mit Quellenangaben und Belegexemplar) ist nach Absprache möglich.

Redaktion:
Dr. Petra Hemmelmann (PH),
Dr. Thomas Metten (TM),
Dr. Christian Klenk (CK)

Kontakt:
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Stabsabteilung Kommunikation
und Marketing
Ostenstraße 26
85072 Eichstätt
Tel. 08421/9321734
E-Mail: pressestelle@ku.de

Gestaltung:
Brigitte Hardt



Rentensplitting statt Hinterbliebenenrente

Projekt untersucht Auswirkungen einer möglichen Reform

In der Debatte um eine Rentenreform steht auch die Hinterbliebenenrente im Fokus. So forderten die Wirtschaftsweisen Martin Werding und Veronika Grimm die Abschaffung der „Witwenrente“ und eine Modernisierung der Hinterbliebenenversorgung. Im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung untersucht aktuell ein Forschungsteam um Prof. Dr. Jörg Althammer, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik und Sozialpolitik an der KU, wie ein obligatorisches Rentensplitting die Witwenrente ersetzen oder ergänzen könnte. Insbesondere befassen sich die Forschenden mit der Frage, wie sich ein möglicher Modellwechsel auf Altersarmut und Stabilität des Rentensystems auswirkt.



Es ist ein festes Versprechen der gesetzlichen Rentenversicherung: Wenn der Ehepartner oder die Ehepartnerin stirbt, bekommt der überlebende Partner eine Hinterbliebenenrente gezahlt. Diese Leistung hat ihre Wurzeln in der Einführung der Reichsversicherungsordnung 1911 und sollte von Beginn an insbesondere Frauen absichern, die im Rahmen eines traditionellen Alleinernährer-Modells nicht oder kaum erwerbstätig waren. Daher der Beiname „Witwenrente“, auch wenn sie 1986 offiziell auf Witwer ausgedehnt wurde.

So traditionell das System ist, so weit entfernt sei es von der heutigen Lebensrealität, argumentieren Experten. Im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft und einer Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen verweisen sie auf das Modell des Rentensplittings. „Die Idee lautet: Wir nehmen die während der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften und teilen sie halb-halb zwischen den Eheleuten auf“, erklärt Projektleiter Prof. Dr. Jörg Althammer vom Lehrstuhl für Wirtschaftsethik und Sozialpolitik. „Das funktioniert nach dem Prinzip der Zugewinnngemeinschaft.“ Möglich ist dieses Rentensplitting in Deutschland bereits seit 2002 – allerdings nur freiwillig und unter bestimmten Voraussetzungen. In der Praxis wird es kaum genutzt. „Die Frage ist jetzt, ob man die Hinterbliebenenrente durch das Rentensplitting ersetzt oder ergänzt“, so Althammer.

Ein solcher Modellwechsel hätte wahrscheinlich weitreichende Folgen. Denn für viele Frauen – vor allem aus älteren Jahrgängen – ist die Witwenrente ein entscheidender Teil ihrer Alterssicherung. „Die Befürchtung ist, dass bei einer Streichung die Altersarmut von Frauen steigt“, sagt Althammer. Definitiv sei so eine Reform nur mit langer Übergangszeit planbar, da die künftigen Betroffenen Gelegenheit haben müssen, ihre Lebensplanung daran anzupassen. Gleichzeitig stellt auch er klar: „Das aktuelle Modell passt nicht zum modernen Verständnis einer partnerschaftlichen Ehe.“ Zudem sei eine Rentenreform notwendig, um angesichts der demografischen Entwicklung die langfristige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zu gewährleisten.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich Althammers Forschungsprojekt. Unterstützt wird er darin von seinem wissenschaftlichen Mitarbeiter Martin Mehl und Assistenzprofessorin Dr. Tanja Kirn von der Universität Liechtenstein,

Finanzwissenschaftlerin und eine ausgewiesene Expertin für Mikrosimulationsstudien, die den Schwerpunkt des Projekts bilden. Grundlage für die Simulationen ist ein neuartiger Datensatz, der das bekannte Sozio-ökonomische Panel mit den Administrativdaten der Deutschen Rentenversicherung kombiniert. „Unsere Lebensbiografien sind nicht einfach – es gibt Hochzeiten, Kinder, Scheidungen, Selbstständigkeiten, die sich auf die Rentenfrage auswirken, aber in den Daten der Rentenversicherung nicht sichtbar sind“, erklärt Professor Althammer. Die Kombination der beiden Datensätze erlaubt es, deutlich differenziertere Aussagen zu Erwerbsverläufen zu treffen als bislang und auch komplexe Biografien zu simulieren. „So lässt sich zum Beispiel sagen, Person A, deren sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit plötzlich abbricht, ist nun verheiratet mit Person B, und die ist verbeamtet.“

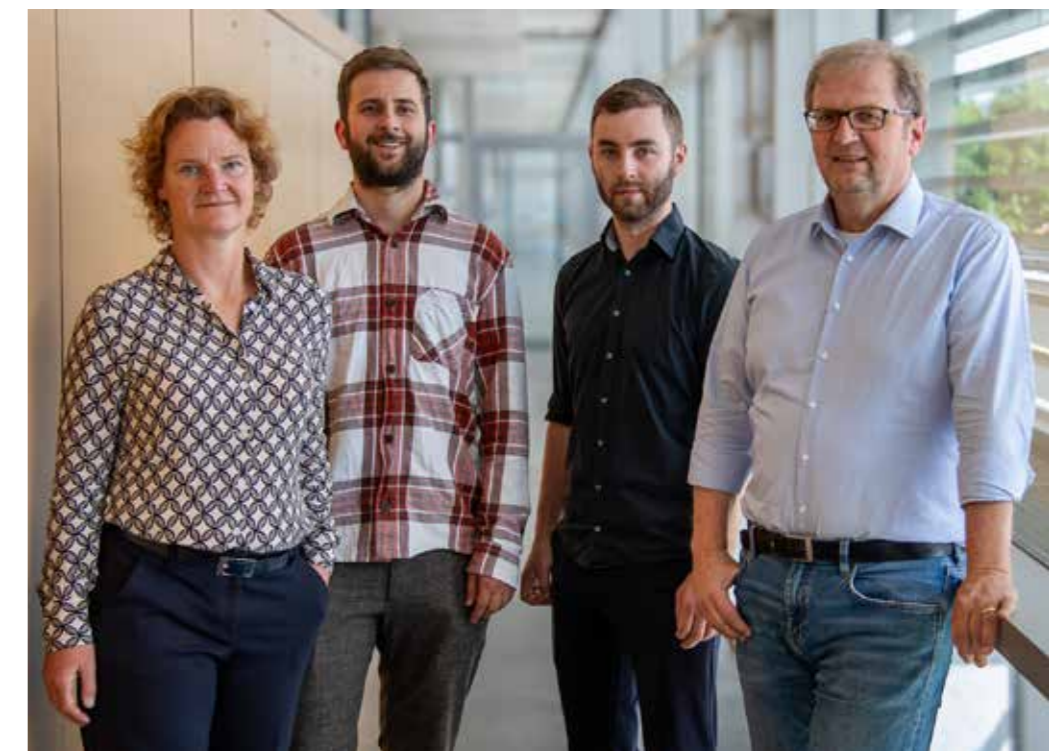
Ziel ist es, verschiedene Modellvarianten zu simulieren und durchzurechnen: Einerseits den vollständigen Ersatz der Hinterbliebenenrente durch ein verpflichtendes Rentensplitting, andererseits eine Kombination beider Modelle. Auch die Ausweitung auf alle gesetzlichen und betrieblichen Alterssicherungssysteme – über die gesetzliche Rentenversicherung hinaus – wird eine Testvariante sein. Die Forschenden wollen so belastbare Aussagen treffen, inwiefern sich

eine Reform auf die Alterseinkünfte und das Armutsrisiko auswirken würde, auf die Ausgaben der Rentenversicherung, sowie auf die innerfamiliäre Verteilung der Rentenanwartschaften und damit die Gender Pension Gap.

Laut dem Forschungsnetzwerk Alterssicherung, in dem das Forschungsprojekt angesiedelt ist, gibt es zur Hinterbliebenenrente und ihren Alternativen bislang keinerlei empirische Daten. Doch genau die brauche es dringend, betont Althammer: „Ein derartiger Eingriff ins Rentensystem muss sehr gut überlegt sein – ein Vorschlag zur Reform muss sauber durchgerechnet werden, um zu wissen, wer gewinnt und wer verliert.“

Ihrer empirischen Arbeit stellen die Wissenschaftler rechtliche und normative Überlegungen rund um die Thematik Soziale Gerechtigkeit voran. Beispielsweise sei die Hinterbliebenenrente ein familienpolitisches Element innerhalb des Systems der sozialen Sicherung, führt Althammer an: „Wenn man ein verpflichtendes Rentensplitting einführt, hieße das, wir verlagern diesen Solidarausgleich aus dem System der sozialen Sicherung in die Familien zurück.“ Das Projekt läuft bis Herbst 2026 – dann sollen die Ergebnisse der Politik helfen, die Folgen verschiedener Reformpläne abzuschätzen.

PH



Projektteam in Ingolstadt (von links): Dr. Tanja Kirn, Martin Mehl, studentische Hilfskraft Franz-Paul Magold und Prof. Dr. Jörg Althammer



orte der Forschung



Der Kapuzinergarten in der Ostenstraße blickt auf eine 400jährige Geschichte zurück. Schon 1625 wurde die Fläche mit Gemüsebeeten und Obstbäumen zur Selbstversorgung genutzt. 2012 setzte sich eine studentische Initiative erfolgreich für die Neubelebung des Gartens ein. Heute wird er bewirtschaftet vom „AK Kapuzinergarten Eden“, einer Gruppe aus Studierenden und Eichstätter Bürgerinnen und Bürgern. Zudem nutzen ihn mehrere Fachgebiete in Lehre und Forschung, beispielsweise hat die Physische Geographie dort ein Bodenprofil und ein Temperaturmessgerät, im Geo-Dome bietet der Lehrstuhl Geographiedidaktik/Bildung für nachhaltige Entwicklung umweltschologisches Training an. Koordiniert vom Fachbereich Didaktik der Biologie erproben Lehramtsstudierende den Schulgarten zudem als authentischen Lernort. Kooperationspartner ist aktuell die „Schule an der Altmühl“ in Eichstätt. Im März begannen die Jugendlichen, Beete umzugraben, Kräuter zu zupfen und die neue Bepflanzung vorzubereiten. Grundlage ist das Konzept der „CampusAckerdemie“, das Biologiedidaktik-Dozentin Dr. Maximiliane Schumm an der KU begeistert umsetzt: „Für Kinder und Jugendliche ist das eine tolle Möglichkeit, Selbstwirksamkeit zu erfahren und sich aktiv für eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen.“



Biologiedidaktik-Dozentin Dr. Maximiliane Schumm erklärt Schülern die Bodenbearbeitung im Rahmen des Schulgarten-Seminars



Pflege als Gemeinschaftsaufgabe

KU-Team forscht an neuen Modellen integrierter Versorgung in Europa

Der Anteil älterer Menschen in Europa nimmt zu und mit ihm wächst der Bedarf an Pflege und Unterstützung im Alltag. Gleichzeitig stehen viele Versorgungssysteme vor der Herausforderung, medizinische Betreuung, Pflegeleistungen und soziale Unterstützung möglichst reibungslos ineinander greifen zu lassen. Hier setzt ein internationales Forschungsprojekt an, an dem ein Team der KU beteiligt ist. Das von der EU geförderte Projekt „Building collaborative person-centred integrated care through co-creation“ (BUILD) untersucht, wie sich Langzeitpflege stärker am individuellen Bedarf der Menschen ausrichten und besser zwischen verschiedenen Akteuren koordinieren lässt.

Beteiligt sind neun internationale Partnerorganisationen aus sechs europäischen Ländern, darunter als Koordinator die Universität Bayreuth, außerdem die Lisbon School of Economics & Management, die Karlsuniversität Prag, die Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften sowie weitere Partner aus Portugal, Spanien und Dänemark. Von Seiten der KU bringt sich Prof. Dr. Jürgen Zerth, Professor für Management in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens, mit seinen wissenschaftlichen Mitarbeitenden Michaela Schneider, Amrei Mehler-Klamt und Sebastian Müller in das Konsortium ein.

BUILD widmet sich der Frage, wie integrierte Versorgungssysteme für die Langzeitpflege älterer Menschen gestaltet werden können, die sich stärker an den oft komplexen Bedürfnissen und konkreten Lebenssituationen der Betroffenen orientieren. „Wir haben uns damit einem Thema zugewandt, das einerseits ein Klassiker ist, andererseits aber bislang nicht richtig vorangekommen ist“, erklärt Jürgen Zerth. Ausgangspunkt sei eine ähnliche Problematik in verschiedenen europäischen Staaten: „In vielen sozialen Sicherungssystemen, insbesondere im Gesundheitswesen und speziell der Langzeitpflege, ist die Struktur sehr fragmentiert.“ Zudem werde zu wenig die Frage gestellt, wie sich Fragmentierung aus der Perspektive der Sorgebeteiligten erklären lässt, um zu versuchen aus den konkreten Erfahrung Managementimplikationen abzuleiten.

Pflege aus der Perspektive der Betroffenen denken

Der Ansatz des BUILD-Projekts ist, Pflege nicht primär von den Institutionen her zu betrachten, sondern von den Bedürfnissen der betroffenen Menschen in Sorgkontexten. Im Mittelpunkt steht das Konzept der personenzentrierten integrierten Versorgung, wie Sozialökonom Zerth erläutert: „Das bedeutet, vor allem aus den Bedarfslagen der Klientinnen und Klienten im Zusammenhang mit den konkreten Pflegebeziehungen zu denken und dabei nicht nur medizinische und pflegerische, sondern auch soziale Aspekte zu berücksichtigen, im Sinne eines möglichst selbstständigen und selbstbestimmten Lebens.“ Gesundheits- und Sozialfachkräfte arbeiten dabei eng mit den Menschen zusammen, die Unterstützung benötigen, und beziehen auch An- und Zugehörige systematisch ein. Ziel ist es, Pflege- und Unterstützungsleistungen besser zu koordinieren und somit einen Beitrag zu leisten, Versorgungsbedarfe zielgenauer adressieren zu können.

Ein zentrales Analyseinstrument des Projekts sind sogenannte „care-triads“. Diese können drei zentrale Rollen abbilden, die typischerweise Sorgkonstellationen beschreiben: die pflegebedürftige Person, pflegende An- und Zugehörige sowie professionell eingebundene Pflegenden, etwa Pflegefachpersonen oder Ärztinnen und Ärzte. Dieses Beziehungsgefü-

ge ist insbesondere in der Langzeitpflege von Bedeutung, weil hier viele Entscheidungen gemeinsam getroffen werden müssen und die Qualität der Versorgung stark von der Zusammenarbeit der Beteiligten abhängt. Ein effektiver Ansatz setzt daher auf eine partnerschaftliche Kommunikation und Kooperation zwischen allen Beteiligten, um Belastungen zu reduzieren und die Versorgung möglichst gut auf die Bedürfnisse der Betroffenen abzustimmen. Durch die Analyse solcher konkreter Pflegebeziehungen in verschiedenen europäischen Ländern wollen die Forschenden besser verstehen, welche Faktoren eine gute Versorgung unterstützen – und wo Hindernisse liegen.

Von Fallstudien zu praktischen Lösungen

Die KU übernimmt innerhalb des Konsortiums zwei zentrale Aufgaben. In einem ersten Schritt hat das Eichstätter Team federführend internationale Literatur der vergangenen zehn Jahre untersucht. Ziel war es zu klären, welche Formen – dargestellt durch einen relationalen Ansatz zur Abbildung von Sorge-Ökosystemen – personenzentrierter integrierter Versorgung in der Forschung bereits beschrieben und untersucht wurden. Auf dieser Basis entwickelt das Team nun Typen von Versorgungsökosystemen, die unterschiedliche Pflegearrangements mit Blick auf die relevanten Sorgebeziehungen beschreiben – etwa Unterstützung zu Hause, Übergänge zwischen Krankenhaus und häuslicher Versorgung oder community-basierte Unterstützung im sozialen Umfeld.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Analyse realer Pflegearrangements in mehreren europäischen Ländern. Dazu wurden durch die Projektpartner in Österreich, Dänemark, Tschechien und Portugal jeweils Konstellatio-

nen untersucht, bei denen ältere Menschen gemeinsam mit Angehörigen und professionellen Pflegekräften Versorgung organisieren. Diese Fallstudien werden vom Eichstätter Team mit den Ökosystemtypen kombiniert, um Hinweise auf Musterfälle abzuleiten. Vor allem sollen in diesen Fällen relevante Attribute isoliert werden, die als Hinweise für eine zielführende Gestaltung personenzentrierter Pflege dienlich sind. Die Ergebnisse sind in einem weiteren Schritt eingebaut in einen Social-Return-on-Investment-Ansatz (SROI), der nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Effekte sozialer Maßnahmen betrachtet. Ziel ist es, aus den Ergebnissen konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Das Projekt läuft noch bis Februar 2027. In der letzten Phase sollen die Erkenntnisse des Konsortiums in ein „BUILD-Framework“, eine digitale Toolbox für die Praxis, einfließen. „Dort sollen Institutionen und Einrichtungen Hinweise zur personenzentrierten integrierten Versorgung und zu empfehlenswerten Ansätzen finden“, sagt Zerth. Die Idee sei, erfolgreiche Beispiele sichtbar und in ganz Europa nutzbar zu machen. „Wir bauen darauf, dass unser von unten kommender Ansatz nach dem personenzentrierten Prinzip über nationale Unterschiede hinweg anwendbar ist.“ Denn trotz sehr unterschiedlicher Pflegesysteme stünden europäische Gesellschaften vor ähnlichen Herausforderungen. Die Erkenntnisse aus dem BUILD-Projekt sollen daher nicht nur wissenschaftliche Debatten bereichern, sondern praktische Orientierung für Einrichtungen, Kommunen und politische Entscheidungsträger bieten und künftig als Blaupause weiterentwickelt werden, wünscht sich Jürgen Zerth.

Weitere Informationen unter <https://build-project.eu/>

PH

Zur Person



Prof Dr. Jürgen Zerth

ist seit 2022 Professor für Management in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens an der Fakultät für Soziale Arbeit. Vor seiner Berufung an die KU war er Professor für Wirtschaftswissenschaften und Gesundheitsökonomie an der Fürther SRH Wilhelm Löhe Hochschule, als deren Vizepräsident für Forschung er zudem sieben Jahre fungierte. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Versorgungsforschung, der Gesundheits- und Sozialökonomie, der Evaluation von Organisationsstrukturen, der Innovationsforschung sowie der ökonomischen Bewertung von Assistenzsystemen.





Pionierarbeit unter Kriegsbedingungen

Traumatherapie für Kinder und Jugendliche in der Ukraine

Hunderte traumatisierte Kinder und Jugendliche in der Ukraine haben therapeutische Hilfe erhalten und über 240 ukrainische Fachkräfte wurden geschult – die psychosoziale Versorgungsstruktur des Landes hat sich nachhaltig verbessert. Das ist die Bilanz eines internationalen Projekts zur Traumatherapie unter Leitung von Prof. Dr. Elisa Pfeiffer, Inhaberin des Lehrstuhls für Klinische Psychologie und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie an der KU. Es ist ein Projekt, das Hoffnung spendet mitten im Krieg und die ukrainische Bevölkerung langfristig stärkt.

Der großangelegte russische Angriffskrieg auf die Ukraine seit 2022 bedeutet im Leben der Ukrainerinnen und Ukrainer eine scharfe Zäsur: Bomben, Raketen und Übergriffe russischer Soldaten machen vor der Zivilbevölkerung nicht Halt. Tod und Angst gehören zum Alltag. Viele Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, waren und sind mit traumatischen Ereignissen konfrontiert, die unbehandelt zu langfristigen psychosozialen Einschränkungen führen können. Prof. Dr. Elisa Pfeiffer erkannte den dringenden Bedarf einer psychotherapeutischen Versorgung früh: „Es gab in der Ukraine bis dato keine evidenzbasierte Traumatherapie, noch dazu sind kurz vor der russischen Invasion die öffentlichen Mittel für psychische Gesundheit gekürzt worden.“

Als leitende Psychologin am Universitätsklinikum Ulm startete sie daher gemeinsam mit ihrem Kollegen Prof. Dr. Cedric Sachser bereits im März 2022 ein Weiterbildungsprogramm für ukrainische Therapeutinnen und Therapeuten in der traumafokussierten kognitiven Verhaltenstherapie (TF-KVT). Unterstützt wurden sie von zertifizierten TF-KVT-Trainerinnen und Trainern aus aller Welt. Bis Mai 2024 schulte das Team mehr als 240 Personen in der evidenzbasierten Traumatherapie. 63 von ihnen sind mittlerweile vollständig zertifiziert.

Das Ausbildungsprogramm und die Therapie selbst wurden gezielt an die anhaltende Kriegssituation angepasst. So fand das Training digital statt und wurde simultan ins Ukrainische übersetzt. Situationsspezifische Aspekte wurden neu in die Ausbildung integriert, wie traumatische Trauer oder Umgang mit Traumatisierungen in Militärfamilien. Für die internationalen Trainerinnen und Trainer war der Kriegskontext auch eine persönliche Herausforderung: „In diesem Bereich ist man es gewohnt, die schlimmsten Geschichten zu hören. Aber solche Menschenrechtsverletzungen wie in der Ukraine schockten auch unsere erfahrenen Trainerinnen und Trainer“, berichtet Elisa Pfeiffer.

Wirksamkeit belegt

Im Zuge des Programms wurden mehr als 300 Kinder und Jugendliche mit TF-KVT behandelt und ihre Daten im Rahmen der wissenschaftlichen Evaluation des Trainingsprogramms und der Therapie erfasst. „Das ist nur ein Teil der tatsächlich behandelten Betroffenen – wir gehen von hunderten mehr aus“, sagt Projektleiterin Pfeiffer. Viele Therapeutinnen und Therapeuten hätten deutlich mehr als die in der Ausbildung vorgesehene Mindestzahl behandelt. In den rund 300 evaluierten Fällen wird der große Erfolg der Therapie deutlich: Die

psychische Belastung der jungen Patientinnen und Patienten ging nachweislich zurück, viele erfüllten nach Abschluss der Therapie sogar keine klinischen Diagnosestandards mehr für Posttraumatische Belastungsstörungen. „Wir haben teils sogar bessere Effekte als in Vergleichsstudien in Deutschland oder Norwegen. Die Kinder haben in jedem Fall sehr profitiert“, konstatiert Pfeiffer.

Ein wichtiges Ergebnis auch für die Forschung, denn damit werde deutlich, dass die Behandlung bei Kindern erfolgreich sei, die nach wie vor Traumata erleben. In der Ukraine kam die TF-KVT erstmals in einem andauernden Krieg zum Einsatz. „Eigentlich ist es ein Credo, dass Traumatherapie erst stattfindet, wenn das Kind schon in Sicherheit ist“, erläutert Psychologie-Professorin Elisa Pfeiffer. „Wir wollten aber gezielt den Kindern, die weiterhin Traumata erleben, helfen, da ihre Symptomatik sonst chronisch werden könnte.“ Für andere Kriegs- und Krisenregionen sei das eine wichtige Botschaft: „Es lohnt sich, frühzeitig anzusetzen.“

Nicht nur für die Patienten, sondern auch für die Therapeutinnen und Therapeuten sind die Umstände außergewöhnlich, unterstreicht Pfeiffer: „Sie leben selbst im Krieg, erleben Verluste oder mussten flüchten, sind also ebenso wie die Patienten sehr belastet.“ Trotzdem – oder gerade



deshalb – zeigen sie eine „beeindruckende Resilienz“. Eine Begleitstudie bescheinigt ihnen niedrige Werte im Bereich Burnout und sekundäre Traumatisierung. Um diese positiven Resultate langfristig zu stützen, umfasste das Projekt ein achtwöchiges Selbstfürsorgeprogramm für die Therapeuten.

Nachhaltiger Aufbau eines Therapienetzwerks

Zur langfristigen Ausrichtung des Projektes gehörte zudem von Beginn an ein Austausch auf Augenhöhe, wie Elisa Pfeiffer betont: „Das Projekt war nur möglich durch eine enge Kooperation zwischen internationalen TF-KVT-Experten und lokalen Partnern vor Ort wie die Ukrainische Psychologische Fachgesellschaft.“ Seit Anfang 2025 läuft der zweite Teil des Projekts, dessen Ziel es ist, in der Ukraine dauerhaft ein Traumatherapie-Netzwerk zu verankern. Dafür wurden u.a. drei ukrainische Therapeutinnen

als TF-KVT-Trainerinnen zertifiziert, die künftig eigenständig Schulungen und Supervisionen anbieten können. Eine von ihnen ist Natalia Mosul von der Universität Saporischschja, die mit ihrem Team bereits über 200 weitere Therapeutinnen und Therapeuten geschult hat. Pfeiffer und ihr Team übergeben das Projekt nun Schritt für Schritt an die nationalen Partner.

Doch ein Engpass bleibt: die Finanzierung. Ein TF-KVT-Training mit Supervision und Übersetzung kostete rund 10.000 Euro pro Kohorte (ca. 30 Therapeut/-innen). „Ohne zahlreiche Einzel-Förderungen, wie durch die Porticus-Stiftung oder das ukrainische Gesundheitsministerium, wäre das Projekt nicht umsetzbar gewesen“, betont Pfeiffer. Für die Zukunft hofft sie auf weitere Unterstützung, denn der hohe gesellschaftliche Nutzen sei nun evident. „Wir sehen, wie stark das ukrainische Volk ist und leisten Hilfe zur Selbsthilfe – Kinder, die wir heute behandeln, sind die Erwachsenen, die morgen ihr Land mitgestalten können.“

PH

Zur Person



Prof. Dr. Elisa Pfeiffer

ist Inhaberin des Lehrstuhls für Klinische Psychologie und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie sowie Leiterin der Psychotherapeutischen Hochschulambulanz für Kinder und Jugendliche der KU. Zuvor war sie von 2020 bis 2024 leitende Psychologin am Universitätsklinikum Ulm. Ihre zentralen Forschungsinteressen sind die Psychotraumatologie im Kindes- und Jugendalter, die Psychotherapieforschung, Migration sowie Misophonie.



Lernen, das Zukunft gestaltet

Die KU versteht sich als engagierte Universität. Von Studium und Lehre über Forschung bis hin zur Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partnern aus der ganzen Region: Nachhaltigkeit ist hier fest im Alltag verankert. Bereits seit über zehn Jahren gehört die KU zu den Vorreiterinnen in Deutschland, wenn es darum geht, die gesamte Universität im Sinne eines Whole-Institution-Approach an den globalen Nachhaltigkeitszielen auszurichten.

Mit den „Lernorten für Nachhaltigkeit“ hat die KU 2024 ein neues Kapitel aufgeschlagen: ein wachsendes Netzwerk, das vielfältige Bildungsorte von Universität und Region verbindet und Menschen jeden Alters dazu einlädt, Nachhaltigkeit aktiv zu erleben und mitzugestalten. Von **Kapuzinergarten** und **Green Office** über den **phänologischen Garten** und den **Lehr- und Forschungswald** der KU bis hin zum **Eichstätter Obstwald**, dem **Jura-Museum**, dem **Aueninformationszentrum**, dem **Walderlebniszentrum Schernfeld** und dem **Umweltzentrum Naturpark Altmühltal** bündelt das Netzwerk ein breites Spektrum an Lern- und Erfahrungsräumen.

Jeder dieser Orte eröffnet eigene Zugänge zu zentralen Zukunftsfragen – von Klimawandel und Biodiversität über nachhaltige Ressourcennutzung bis hin zu gesellschaftlicher Verantwortung – und zeigt, wie wissenschaftliche Erkenntnisse praktisch wirksam werden können. Gemeinsam ist ihnen der Anspruch, nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wie vielfältig und zugänglich die Angebote sind, unterstreicht die **Koordinatorin des Netzwerks, Dr. Johanna Umbach**: „Das Netzwerk vereint ein vielfältiges Spektrum an partizipativen Formaten, Workshops, Führungen und wissenschaftlich fundierten Einblicken, die Menschen zur aktiven Mitgestaltung einladen.“

Die Lernorte schaffen so Raum für Begegnung, Austausch und gemeinsames Lernen. Hier treffen Neugierige auf Expertinnen, Schulklassen auf Forschende, Bürgerinnen und Bürger auf Ideen, die in der Region Wurzeln schlagen können. Gleichzeitig dient das Netzwerk den beteiligten Lernorten als Ideenwerkstatt, in der neue Projekte entstehen und Zukunftslösungen erprobt werden – um Fragen wie Klimaanpassung oder nachhaltige Lebensweisen konkret anzugehen. Und vor allem: Die Lernorte zeigen, dass Veränderung möglich ist. Sie machen Mut, alte Denkweisen zu hinterfragen, eigene Schritte zu wagen und miteinander etwas zu bewegen.

TM



Mehr Infos zu
den Lernorten

1 NACHHALTIGKEIT ERLEBEN

Wir machen nachhaltiges Handeln im Alltag erlebbar – in Klimagärten, Reallaboren, Forschungsstätten und an vielfältigen praxisnahen Lernorten.

2 ZUSAMMENHÄNGE VERSTEHEN

Wir befähigen Menschen aller Altersgruppen, ökologische und soziale Zusammenhänge von Nachhaltigkeit zu verstehen.

3 GEMEINSAM GESTALTEN

Wir eröffnen Räume für Mitgestaltung, Engagement und gemeinsames Lernen – dialogisch und auf Augenhöhe.

4 DEN WANDEL WAGEN

Wir ermutigen dazu, bestehende Denk- und Handlungsweisen zu hinterfragen, neue Perspektiven einzunehmen und Veränderung aktiv zu gestalten.

5 WISSEN TEILEN

Wir bringen Forschung verständlich und anschaulich in die Öffentlichkeit und machen wissenschaftliche Erkenntnisse für alle zugänglich.

6 REGION GEMEINSAM DENKEN

Wir verstehen nachhaltige Entwicklung als gemeinsame Aufgabe von Wissenschaft, Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern.

10 Ziele, der Lernorte für Nachhaltigkeit

7 VOR ORT ANSETZEN

Wir greifen regionale Besonderheiten, Bedarfe und Potenziale gezielt auf und entwickeln passende Bildungsangebote.

8 UNIVERSITÄT ÖFFNEN

Wir positionieren die Universität als offenen Begegnungs- und Dialograum für die Region, um mehr Teilhabe an Wissenschaft zu ermöglichen.

9 TRANSFORMATION ANSTOSSEN

Wir machen die Nachhaltigkeitsstrategie der KU auch nach außen wirksam und geben Impulse für nachhaltige Transformationsprozesse.

10 ZUKUNFT VORLEBEN

Wir begreifen die Universität als Modell-Institution für gesellschaftlichen Wandel – und als Ort, an dem Zukunft schon heute erprobt wird.



„Nachhaltige Entwicklung wird an den Lernorten konkret greifbar“

Nachhaltigkeit lässt sich nicht alleine im Hörsaal lernen – sie muss erlebt und erprobt werden. Die „Lernorte für Nachhaltigkeit“ an der KU schaffen dafür neue Räume. Jan Hiller, Professor für Geographiedidaktik und Bildung für nachhaltige Entwicklung, erklärt im Interview mit Dr. Thomas Metten (Stabsstelle Strategie und Hochschulentwicklung), welche Chancen die Lernorte für Bildung, Forschung und gesellschaftliche Transformation bieten.

Herr Hiller, mit den „Lernorten für Nachhaltigkeit“ ist an der KU ein vielfältiges Netzwerk an öffentlichen Bildungsorten für eine nachhaltige Entwicklung entstanden. Inwiefern schaffen die Lernorte Räume für den Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft – und welche Rolle spielt ein solcher Dialog für eine nachhaltige Entwicklung?

JH: Nachhaltigkeitsfragen entstehen immer in konkreten gesellschaftlichen Kontexten – nicht nur in der Wissenschaft. Aus der Forschung wissen wir: Nachhaltige Entwicklung gelingt nur, wenn Wissen gemeinsam produziert, diskutiert und von allen anerkannt wird. Die Lernorte der KU bilden dafür zentrale Schnittstellen zwischen Universität, Zivilgesellschaft, Kommunen, Bildungseinrichtungen und einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sie ermöglichen einen Dialog auf Augenhöhe und fördern einen transdisziplinären Austausch, statt eines einseitigen, linearen Wissenstransfers. Es geht daher nicht nur um Wissensvermittlung, sondern um den Erwerb von Bewertungs-, Handlungs- und Gestaltungskompetenzen, also um einen Beitrag zur gesellschaftlichen Transformation.

Welche langfristigen Effekte erhoffen Sie sich für die Öffentlichkeit, wenn Menschen regelmäßig die Lernorte nutzen?

JH: Ein unschlagbarer Vorteil der Lernorte ist, dass nachhaltige Entwicklung hier ganz konkret greifbar wird. Menschen lernen, wie eng der eigene Alltag mit globalen Herausforderungen verbunden ist. Das Programm lädt dazu ein, den eigenen Konsum, das Mobilitätsverhalten oder Ernährungsweisen zu reflektieren und gegebenenfalls zu verändern. In der BNE sprechen wir hier vom Erwerb von Gestaltungskompetenzen. Die emotionale Komponente ist dabei entscheidend: Wenn ich Selbstwirksamkeit erlebe, bin ich viel wahrscheinlicher nachhaltig aktiv. Gleichzeitig fördern die Lernorte das lokale Engagement, also die soziale Dimension der Nachhaltigkeit über Initiativen, Vereine und

kommunale Projekte. Gemeinsam mit dem Green Office der KU kann das langfristig dazu beitragen, eine regionale Nachhaltigkeitskultur zu etablieren, also eine gesellschaftliche Akzeptanz für Transformationsprozesse aufzubauen.

Wie können die Lernorte der KU dazu beitragen, auch wissenschaftliche Erkenntnisse zu Nachhaltigkeitsthemen für die Öffentlichkeit verständlich und erfahrbar zu machen?

JH: Hier geht es um Wissenstransfer – also um die Übersetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in anschauliche Beispiele oder konkrete Orte. Das heißt: Lernen am Beispiel statt nur über Modelle und Theorien. Wie kann das funktionieren? Zum Beispiel über innovative Formate wie Workshops, Exkursionen oder interaktive Partizipationsformate. In der Didaktik sprechen wir hier von „Inszenierung“ – also davon, Lernprozesse bewusst zu gestalten, etwa durch Erfolgsgeschichten oder Narrative der Nachhaltigkeit. Durch das Storytelling können konkrete lokale Erfahrungen verbunden werden mit globalen Nachhaltigkeitsthemen.

Sind die Lernorte auch für die Studierenden der Universität relevant, etwa um die theoretischen Inhalte der BNE praxisnah zu erfahren und anwendbar zu machen?

JH: Ja, natürlich. Ganz konkret bedeutet das, dass wir theoretische Konzepte der Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Praxis erproben. Wenn wir mit dem Smartphone digitale Lernumgebungen für die Lernorte entwickeln, müssen BNE-Kompetenzmodelle in konkrete Lernumgebungen übersetzt werden. Dafür reicht es nicht, sehr allgemein formulierte Kompetenzen den Lerneinheiten zuzuordnen – sie müssen zunächst konkretisiert werden. Gerade für Lehramtsstudierende, aber auch für Studierende im Master „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ oder im

Zusatzstudium „Nachhaltige Entwicklung“ ist das besonders relevant. Die Lernorte lassen sich hierbei hervorragend in schulische ebenso wie außerschulische, nonformale Bildungskontexte einbetten – über projektorientiertes Lernen oder Kooperationen mit gesellschaftlichen Partnern. Gleichzeitig bereitet diese Arbeit die Studierenden auf ihr späteres Berufsfeld in Schule oder Bildung vor.

Aus wissenschaftlicher Sicht: Wie kann die Forschung an solche Orte anschließen, um neue Erkenntnisse für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung zu gewinnen?

JH: Die Lernorte können als Reallabore für Bildung für nachhaltige Entwicklung dienen. Ich selbst untersuche, wie Lernprozesse und BNE-Angebote wirken. Basierend auf der Expertise meiner Arbeitsgruppe können wir messen, wie sich Nachhaltigkeitskompetenzen durch kurzfristige Beteiligung oder ein längerfristiges Engagement an den Lernorten verändern. Dadurch lassen sich Transformationsprozesse auf lokaler Ebene sichtbar machen. Auch Abschlussarbeiten von Studierenden bieten hierfür einen guten Rahmen, etwa um konkrete Beteiligungsformate oder Dialogprozesse zu untersuchen. Wichtig ist, dass die gewonnenen Erkenntnisse wieder in die Bildungspraxis zurückfließen – etwa in die Entwicklung und Evaluation didaktischer Konzepte.

TM

Zur Person



Prof. Dr. Jan Hiller

ist Professor für Geographiedidaktik und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Zuvor war er als Realschullehrer in Baden-Württemberg im Schuldienst und anschließend an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektkoordinator tätig. An der Universität Gießen übernahm er zwischenzeitlich eine Vertretungsprofessur für Geographiedidaktik. Hillers Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Bildung für nachhaltige Entwicklung, digitale Aufgabendidaktik, geographiespezifische Lernprozessforschung und Exkursionsdidaktik.

Altmühl-Explorer – Naturakademie 2026

Mit den Altmühl-Explorern startet 2026 ein ganz neues Abenteuer für Kinder zwischen 9 und 12 Jahren. Ein Jahr lang ziehen sie als Entdeckerinnen und Entdecker gemeinsam durchs Altmühltal, erkunden Flüsse, Wälder und Wiesen – und tauchen ein in die Welt der Nachhaltigkeit.

Bei ihren Touren werfen die Kinder einen Blick hinter die Kulissen der Forschung: Sie schauen echten Forscherinnen und Forschern über die Schulter, lernen heimische Tier- und Pflanzenarten kennen und entdecken, wie unsere Naturräume funktionieren. Dabei sind sie nicht nur Beobachtende, sondern packen selbst mit an: Bei Naturschutzaktionen hel-

fen sie mit, Lebensräume zu pflegen und zu gestalten – und meistern auf ihren mehrstündigen Wanderungen sogar anspruchsvolle Etappen mit eigenem Gepäck.

Die Altmühl-Explorer verbinden auf diese Weise Lernen, Forschen und Abenteuer. Nachhaltigkeit wird so auch für Kinder erlebbar, praktisch und spannend vermittelt.

TM





Braucht es die Schreibschrift noch?

Modellprojekt zum einphasigen Schrifterwerb in bayerischen Grundschulen

Eva Odersky will nichts Geringeres als eine kleine Revolution im Schrifterwerb. Die Grundschulpädagogin und Linguistin entlarvte mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit einige Mythen über das Handschreiben. Nun begleitet sie im Auftrag des bayerischen Kultusministeriums im Modellprojekt „FlowBY“ Grundschulklassen beim einphasigen Schrifterwerb. An 43 Schulen lernen die Kinder aktuell wie gewohnt in der ersten Klasse die Druckschrift und entwickeln daraus direkt ihre eigene Handschrift. Auf das zusätzliche Erlernen einer Schreibschrift wird verzichtet. Damit sollen die Schriften besser lesbar und flüssiger werden und ein Grundstein für nachhaltigen Lernerfolg gelegt werden.



Dass Kinder in der Grundschule die Kulturtechnik des Schreibens erlernen, ist unumstritten. Umso lauter ist aber die Kontroverse um das Wie. In Bayern lernen Kinder aktuell in der ersten Klasse Druckschrift, spätestens Anfang der zweiten Klasse kommt eine Schreibschrift dazu. Ob das die Vereinfachte Ausgangsschrift oder die Schulausgangsschrift ist, entscheidet die Schule und teils sogar die Lehrkraft. Insgesamt sind in Deutschland derzeit vier Schriften verbreitet: Neben drei Schreibschriften ist in einigen Bundesländern die Grundschrift für den einphasigen Schrifterwerb zugelassen.

So entsteht ein Wildwuchs, der aus Sicht von Dr. Eva Odersky, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Grundschulpädagogik und -didaktik der KU, unnötig ist: „Dahinter steckt ohnehin ein Missverständnis: Die Schreibschrift soll nicht die Norm sein, sondern ein Ausgangspunkt, von dem die Kinder nach der Einführung möglichst schnell weg sollten.“ Tatsächlich sei in der Praxis aber häufig das Gegenteil zu beobachten: Lehrkräfte und Eltern strebten durch Korrekturen und Kritik eine möglichst akkurate Schreibschrift an. Das „malende Schreiben“ koste viele Stunden, Tränen und Nerven – obwohl es am offiziellen Ziel des Schrifterwerbs, der Entwicklung einer flüssigen Handschrift, vorbeigeht. „Leider herrscht vielerorts der Irrglaube, dass flüssiges Schreiben gleichbedeutend ist mit verbundenem Schreiben, also Schreibschrift“, erklärt Odersky. „Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Verbundene Schriften sind die langsamsten Schriften. Am flüssigsten sind teilverbundene Schriften, gefolgt von Druckschriften.“ Teilverbundene Schriften sind weder ganz unverbunden wie Druckschriften noch ganz verbunden wie Schreibschriften. Unter routiniert und flüssig schreibenden Erwachsenen oder älteren Kindern werden sie am häufigsten verwendet.

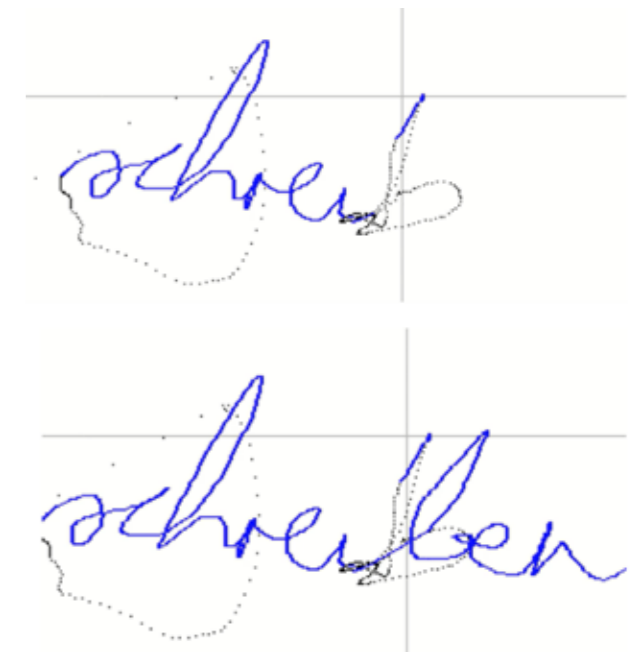
Was flüssig scheint, ist es nicht zwingend

Mit ihrer Forschung kann Odersky ihre Aussagen empirisch untermauern. In ihrer Doktorarbeit hat sie tausende Schriftproben von mehr als 330 Kindern am Ende der 4. Klasse erfasst. Die Kinder schrieben auf Papier, darunter lag ein Grafiktablet, über das alle Bewegungen digital erfasst wurden, auch die in der Luft. Ein wichtiges Fazit: „Was auf dem Papier flüssig aussieht, ist es im Bewegungsablauf nicht zwingend.“ In der Analyse der Schriftproben werde deutlich, dass auch eine Druckschrift oder teilverbundene Schrift Ergebnis einer flüssigen Bewegung ist – nur eben teils in der Luft.

Das wiederum sei sogar von Vorteil, denn so erhalte die Muskulatur eine Pause und das Abrufen des motorischen Programms für den nächsten Buchstaben werde erleichtert. Dagegen zeige sich bei verbundenen Schriften häufig ein Stocken im Schreibprozess. „Die Kinder erlernen eine Schreibschrift, um schneller und flüssiger zu schreiben – und man erreicht damit oft das Gegenteil“, konstatiert Odersky.

In Oderskys Studie schrieben alle untersuchten Viertklässler den gleichen Satz aus fünf Wörtern – die schnellsten schafften das in 11 Sekunden, die langsamsten brauchten länger als eine Minute. Wie es zu diesen Unter-

schieden kommt, illustriert Odersky mit der Schriftprobe eines Jungen. In blau ist in Schreibschrift das Wort „schreiben“ zu lesen. In schwarzen Punkten, die die Bewegung in der Luft zeigen, ist zu sehen, dass vor dem Schreibschrift-b in der Luft ein Druckschrift-b geschrieben wurde.



Automatisiertes Schreiben hängt mit Schulleistung zusammen

„Das Kind hat zwei Systeme im Kopf, das erschwert die Automatisierung des Bewegungsablaufs. Statt sich auf Inhalte konzentrieren zu können, ist es beschäftigt zu überlegen, welches b es schreiben soll.“ Automatisiertes Schreiben stehe in signifikantem Zusammenhang mit der Schulleistung – und das nicht nur in Deutsch, sondern in fast allen Fächern, auch in Mathe werden z.B. Lösungssätze aufgeschrieben.

Faktoren wie Schulsprengel, Mehrsprachigkeit, Händigkeit oder das Geschlecht der Kinder hatten in Oderskys Studie wie auch in ähnlichen internationalen Arbeiten keinen signifikanten Einfluss auf die Schreibflüssigkeit. Wohl aber die verwendete Schrift. Der Mythos, Jungen schrieben schlechter als Mädchen, ist laut der Eichstätter Wissenschaftlerin nämlich anders zu erklären. In ihrer Studie schrieben Jungen, die – wie die meisten Mädchen – Ende der 4. Klasse entweder bereits eine teilverbundene Handschrift ausgebildet hatten oder wieder zur Druckschrift zurückgegangen waren, genauso flüssig wie die Mädchen. „Feinmotorische Unterschiede gibt es nicht zwischen den Geschlechtern. Aber viele Jungs bleiben bei der Schreibschrift, weil sie das Thema weniger interessiert“, sagt Odersky. „Mädchen finden die Schreibschrift schneller kindlich und ein bisschen peinlich und schreiben, sobald sie dürfen, wieder Druckschrift oder teilverbunden, wie sie es bei Erwachsenen sehen.“



Die einzelne Lehrkraft hat großen Einfluss

Einen starken Zusammenhang fand Odersky zwischen Schreibflüssigkeit und den Klassen, in die die Kinder gehen. Alle untersuchten Kinder hatten zunächst Druckschrift, dann als Schreibschrift die Vereinfachte Ausgangsschrift gelernt und dennoch kam es selbst zwischen Parallelklassen zu deutlichen Unterschieden. „Das zeigt, dass die Lehrkraft eine Menge zum Positiven bewirken oder auch negativen Einfluss haben kann.“ Entscheidend sei, ab wann Lehrkräfte Kindern erlauben, sich von der Schreibschrift zu lösen und ihre eigene Handschrift zu entwickeln – und wie sie dies fördern. Der bayerische Lehrplan biete die dafür nötige Flexibilität, denn dort sei zwar festgelegt, dass eine Schreibschrift eingeführt werden muss – aber nicht, wie lange und intensiv. Das Ziel zum Ende der Grundschule ist nicht die Schreibschrift: „Die Schülerinnen und Schüler schreiben eine gut lesbare, gleichmäßige persönliche Handschrift zügig und sicher“, heißt es im LehrplanPLUS Grundschule.

Statt die Kinder zu trainieren, eine exakte Schreibschrift zu schreiben, sollten Lehrkräfte mit den Kindern daher ausprobieren, welche Art des Schreibens sich für sie eignet, empfiehlt Eva Odersky: „Das geht gut über eine regelmäßige Schreibkonferenz in der Klasse: Alle schreiben das gleiche Wort und man schaut gemeinsam, wer welche Buchstaben wie geschrieben hat. So kann jedes Kind sich entscheiden, etwas zu übernehmen oder bei seiner Art zu bleiben.“ Auch Schwungübungen seien sinnvoll, um die Verbindung bestimmter Druckbuchstaben zu unterstützen.

Modellprojekt gestartet

Seit 2024 kooperiert Odersky mit dem bayerischen Kultusministerium, um ihre Erkenntnisse in die Praxis zu transferieren und dort weiterzuentwickeln. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Prof. Dr. Astrid Rank, Inhaberin des Lehrstuhls für allgemeine Grundschulpädagogik und -didaktik an der Universität Regensburg, soll sie in den kommenden Jahren im Modellprojekt „FlowBY“ einen einphasigen Schrifterwerb wissenschaftlich implementieren, begleiten und evaluieren. Angedockt

ist FlowBY an das Projekt „Fachintegrierte Schreibförderung Bayern“ (FiSBY) der Universität Regensburg, das sich im größeren Kontext mit der Förderung des genrespezifischen Schreibens befasst. Die Längsschnittstudie zu FlowBY mit mehr als 100 Grundschulen startete zum Schuljahr 2024/25. Die Kohorte wird insgesamt vier Mal erhoben – Anfang der zweiten Klasse, sowie zum Ende der zweiten, dritten und vierten Klasse.

Entscheidende Erkenntnisse zum Schrifterwerb erhofft sich Odersky, da sich im Projekt zwei Gruppen finden: Zum einen Schulen, die klassisch sowohl Druck- als auch Schreibschrift lehren, zum anderen Schulen, die mit dem Projekt in den einphasigen Schrifterwerb einsteigen. „Dort wird die bayerische Druckschrift wie üblich in der ersten Klasse eingeführt und dann werden die Kinder in der Entwicklung einer teilverbundenen Schrift begleitet.“ Da dieser Weg für die Lehrkräfte Neuland bedeutet, gehört es zu den Aufgaben von Odersky und ihren Kolleginnen, diese entsprechend zu schulen und zu unterstützen. Neben Workshops gibt es Vorträge und Sprechstunden für die Lehrkräfte. Ein Newsletter bietet Ideen für Übungseinheiten.

In der begleitenden Studie wird die Schreibflüssigkeit durch einen Abschreibetest erfasst. Zudem ist geplant, von einem Teil der Kinder analog zu Oderskys Dissertation mit Grafiktablets Schriftproben zu sammeln. Diese digitale Evaluierung der Handschriften übernimmt im Projekt FlowBY maßgeblich Francesca Falter, Doktorandin an der Universität Regensburg. Mit den Ergebnissen aus dem Modellprojekt hofft Eva Odersky dann ihrem Ziel näher zu kommen: „Ich wünsche mir, dass wir die Kinder in der Entwicklung einer flüssigen und gut lesbaren Handschrift besser unterstützen, indem wir ihnen direkt beibringen, was wir Erwachsenen ohnehin alle tun – nämlich teilverbunden schreiben.“

Abhängig von den Ergebnissen des „FlowBY“-Projekts könnte die Schreibschrift an Bayerns Grundschulen bald Geschichte sein. Laut Kultusministerium ist eine Grundsatzentscheidung zu der Thematik jedenfalls schon im Schuljahr 2026/27 denkbar.

PH

Philosophie ist auch Frauensache

Strukturelle Ungleichheiten sichtbar machen

Wer Philosophie studiert, befasst sich mit unterschiedlichsten Texten von der Antike bis in die Moderne, die jedoch eines gemein haben: Sie sind verfasst von Männern. Namen wie Hypatia von Alexandria, Olympe de Gouges oder Iris Murdoch tauchen im philosophischen Fächerkanon kaum auf. Aber warum ist das so? Worin gründet die männliche Dominanz in der Philosophie? Und wie können weibliche Stimmen künftig gestärkt werden? Prof. Dr. Imke von Maur und ihre Mitarbeiterin Katharina Zöpfl vom Lehrstuhl für Philosophie wollen sich diesen Fragen künftig besonders widmen.

Auftakt dafür war ein Vortrags- und Diskussionsabend mit Dr. Katharina Naumann von der Universität Magdeburg unter dem Titel „Frauen* in der Philosophie. Ein Blick zurück nach vorn“ Ende November 2025. Hier gaben Imke von Maur und Katharina Zöpfl unter anderem Einblick in ihre künftige Aufgabe als Botschafterinnen des Netzwerks „Society for Women* in Philosophy“ (SW*IP) an der KU. Naumann, die auch im SW*IP-Vorstand ist, stellte zudem

den von ihr mit herausgegebenen Reclam-Band „Mit Philosophinnen denken“ vor. Das Buch zeigt anhand ausgewählter Texte von Frauen auf, wie sich philosophisches Denken vielfältiger gestalten lässt und bietet Materialien, die sich etwa im Ethikunterricht einsetzen lassen. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Gesprächsrunde mit von Maur, Zöpfl sowie der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der KU, Prof. Dr. Kathrin Schlemmer, in der es um

strukturelle Ungleichheiten in der Wissenschaft und insbesondere der Philosophie ging.

„Die Philosophie ist hinsichtlich der Frage der Sichtbarkeit von Frauen kein Einzelfall, aber ein gutes Beispiel“, sagt Katharina Zöpfl. „Es ist erschreckend, dass die meisten von uns so gut wie keine Philosophinnen kennen – dabei hat es sie in allen Epochen gegeben“, sagt Imke von Maur und zählt einige Beispiele auf: Hy-

Zur Person



Dr. Eva Odersky

ist seit 2023 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Grundschulpädagogik und Grundschuldidaktik der KU. Zuvor war sie an der LMU München beschäftigt und promovierte dort zur Evaluation von Handschriften und der Automatisierung des Handschreibens in der 4. Jahrgangsstufe. Studiert hat Odersky Grundschullehramt und Germanistik an der Universität Regensburg, für ihr Referendariat war sie im Landkreis Aichach-Friedberg. Neben ihrer Universitätstätigkeit ist sie freiberufliche Autorin für Kinderbücher, Schulbücher sowie digitale Medien für den Elementar- und Primarbereich.





patia in der Antike, Elisabeth von der Pfalz in der frühen Neuzeit, Simone de Beauvoir, Judith Butler, María Lugones oder Sally Haslanger in der Moderne. Häufig seien Philosophinnen in der Geschichte lediglich als Musen oder Gesprächspartnerinnen männlicher Philosophen dargestellt worden. Die beiden Eichstätter Philosophinnen haben sich zum Ziel gesetzt, für die stärkere Sichtbarkeit von Frauen in ihrer Domäne einzutreten, denn das sei gerade für Nachwuchswissenschaftlerinnen essenziell. „Ich hatte selbst vor zehn Jahren eine wegweisende Erfahrung, als ich auf einer Tagung zum ersten Mal bekannte Philosophinnen live erlebt habe“, erinnert sich Imke von Maur. „Da waren auf einmal Vorbilder, die für mich vorher nie greifbar waren.“

Entsprechend wichtig sei die Netzwerk-Arbeit der SW*IP. Seit 2012 setzt sich die „Society for Women* in Philosophy“ für Geschlechtergerechtigkeit in der akademischen Philosophie ein – mit Mentoringprogrammen, Veranstaltungen und umfassenden Informationen über Philosophinnen. Zöpfl und von Maur wollen diese Arbeit künftig als offizielle SW*IP-Botschafterinnen auch in Eichstätt verankern. Dabei geht es ihnen neben Sichtbarkeit und Vernetzung auch um eine Veränderung der Fachkultur.

Beide berichten, dass Diskussionssituationen in der Philosophie mitunter von Konkurrenz geprägt seien und weniger von einem argumentativen Miteinander – eine Dynamik, die vor allem jene zurückhaltend werden lasse, die sich in solchen Räumen weniger repräsentiert fühlen, darunter häufig Studentinnen. „Ich glaube, das beginnt schon im Seminarraum“, sagt Zöpfl. „Manche Studentinnen zögern, das Wort zu ergreifen – oft, weil Diskussionen schnell als Wettbewerb gelesen werden.“ Imke von Maur ergänzt: „In der Philosophie spricht man häufig über tiefgreifende und gewichtige Überzeugungen, die fest in Weltbildern und Lebensweisen oder Identitätskonstruktionen verankert sind. Das macht Beiträge schwierig, weil sie als Angriff auf die eigene Person verstanden werden. Wer möchte in solche Konflikte einsteigen?“ Beide Wissenschaftlerinnen möchten daher Lehr- und Gesprächssituationen fördern, in denen Gedanken offen und auf Augenhöhe geteilt werden können. „Unser Anliegen ist es, in unserem Fach möglichst viel Chancengerechtigkeit zu ermöglichen“, betont Imke von Maur.

Wie sehr eine solche Perspektive philosophische Theorien bereichert, zeigten vier junge Philosophinnen bereits während des Zweiten Weltkriegs auf. Das „Wartime Quartet“ mit Eli-

zabeth Amscombe, Philippa Foot, Mary Midgley und Iris Murdoch argumentierte, dass die europäische Philosophie geprägt ist von Männern in einer sehr speziellen sozialen Situation. Tatsächlich waren viele der großen Philosophen Junggesellen, die aus dem Elfenbeinturm heraus und fernab der Lebenswirklichkeit über den Menschen und die Welt nachdachten. „Wenn die soziale Situiertheit der philosophierenden Personen anders, vielfältiger ist – und das betrifft nicht nur Frauen, sondern alle unterrepräsentierten Gruppen –, dann sind auch die Gedanken in Inhalt und Form vielfältiger“, erläutert von Maur.

Die KU immerhin ist hinsichtlich der Vielfalt vergleichsweise gut aufgestellt. Mit einem Professorinnen-Anteil von 38 Prozent ist sie bayernweit Spitzenreiterin und liegt deutlich über dem bundesweiten Durchschnittswert von 28 Prozent. Das freut auch Imke von Maur, die gleichzeitig betont: „Es geht nicht darum, Frauen zu bevorzugen oder Quoten um ihrer selbst willen einzuführen. Es geht darum, strukturelle Ungleichheiten zu erkennen und auf deren Auflösung hinzuwirken.“ Genau das wollen sie und Katharina Zöpfl durch ihr Engagement in der „Society for Women* in Philosophy“ anstoßen.

PH

Zu den Personen



Prof. Dr. Imke von Maur

ist seit 2024 Inhaberin des Lehrstuhls für Philosophie. Zuvor war sie als Postdoc am Institut für Kognitionswissenschaft der Universität Osnabrück tätig, wo sie auch ihren Master in Cognitive Science absolvierte und promovierte. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Emotionsphilosophie und Affect Studies, Philosophie des Geistes/Kognition, Erkenntnistheorie, kritische Phänomenologie und Sozialphilosophie sowie Praxistheorie. Sie befasst sich zudem mit Fragen der Klimakrise, Bildung, Verortung und Situiertheit „des Politischen“.

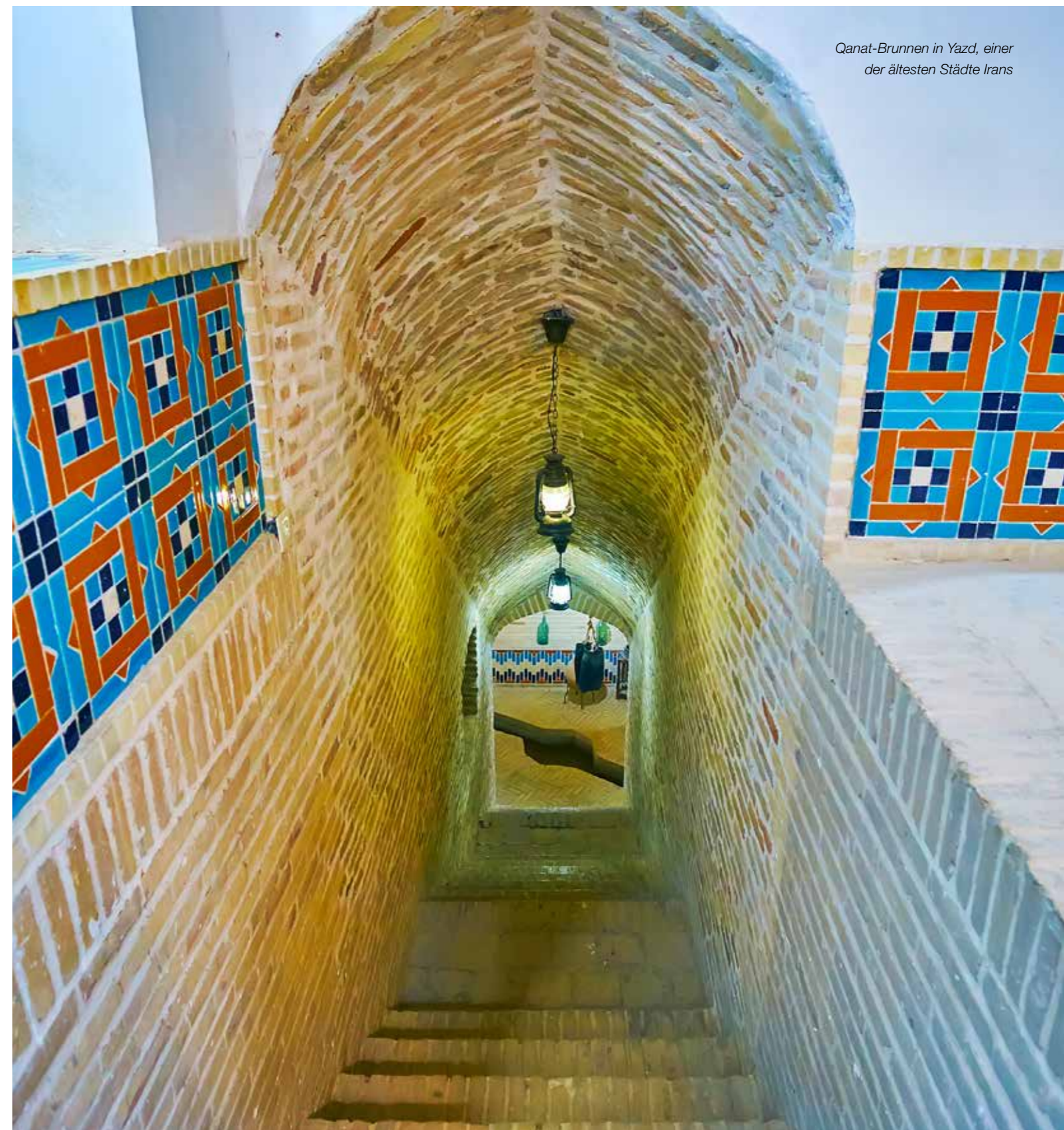


Katharina Zöpfl

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Philosophie sowie seit 2025 Beauftragte für die Gleichstellung der Geschlechter in der Wissenschaft und Kunst an der Philosophisch-Pädagogischen Fakultät. Ihr Promotionsprojekt trägt den Titel „Wer erzählt sich? Eine kritisch-phenomenologische Analyse narrativer Identität“.

Mehr als knapp

Die Machtspiele um Wasser in Iran



Qanat-Brunnen in Yazd, einer der ältesten Städte Irans

Wasser ist in Iran weit mehr als ein knappes Gut. Es ist ein Politikum, ein Machtinstrument und ein zentrales Element in der Geschichte des Nationalstaats. Hier setzt das Dissertationsprojekt von Leila Khodabakhsh an. Die Doktorandin an der Arbeitsgruppe Humangeographie der KU untersucht, wie Wasserpolitik und Machtverhältnisse in Iran miteinander verflochten sind.

Unter dem Titel „Liquid Realms. Navigating Water, Scale and Power in Iran“ verknüpft sie die Themen Wasserversorgung, Raumproduktion und politische Steuerung und zeigt auf, wie die zentralisierte Politik des heutigen Iran das Leben jedes Einzelnen prägt. Den theoretischen Rahmen liefert die Politische Ökologie, die Umweltprobleme mit sozialen, ökonomischen und politischen Prozessen zusammendenkt. Ein Schlüsselkonzept der Arbeit ist „Scale“. „Scale ist nichts natürliches, sondern meint die soziale und politische Produktion räumlicher Einheiten“, erläutert Khodabakhsh. Es gehe ihr dabei nicht darum, die lokale Ebene per se besser darzustellen als die nationale Ebene. „Ich möchte zeigen, wie sowohl staatliche Zentralisierung als auch romantisierende Vorstellungen vom Lokalen dazu führen, komplexe Verflechtungen zwischen lokalen, regionalen und nationalen Ebenen zu verdecken.“ Dafür analysiert sie die Produktion dieser Scales und wie in den letzten 100 Jahren Strukturen geschaffen wurden, um den Zugriff auf Wasser – oft unter dem Deckmantel technischer Effizienz oder Modernisierung – zentral zu steuern.

„Dass im Iran Wasserknappheit herrscht, ist wahr“, sagt Khodabakhsh. „Aber das war im Iran immer schon so. Man könnte die Wasserpolitik auch an die gegebenen Rahmenbedingungen anpassen.“ Der Klimawandel als Ursache sich verschärfender Wasserprobleme greife als Begründung deutlich zu kurz. Die Geographin unterstreicht: „Die Problematik liegt in der von finanziellen und politischen Interessen gesteuerten Verteilung und Verwaltung der Ressource Wasser.“ Die natürlichen Gegebenheiten in Iran seien nicht geeignet für die zentralisierte Besiedelung, die im Rahmen der nationalistischen Ausrichtung des Staates aber forciert wurde, um mehr Kontrolle zu haben. Flankiert werde die Machtproblematik von einer Korruptionsproblematik: „In Iran ist häufig von einer ‚Wassermafia‘ die Rede – einem Netzwerk, das auf Zentralisierung setzt, weil es dadurch immer neue, lukrative Infrastrukturprojekte durchsetzen kann.“

Im Zentrum der Doktorarbeit stehen drei analytische Episoden, die zusammen kaleidoskopartig die wasserpolitische Landschaft in Iran

darstellen. Die erste beschäftigt sich mit der Entstehung des modernen Nationalstaats und wie damit eine neue politische Geografie des Wassers geschaffen wurde. „Der Nationalstaat ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels innerer und äußerer Kräfte. Vorstellungen von Raum, Geschichte und ‚Rasse‘ aus dem nationalsozialistischen Deutschland sind dabei von besonderer Bedeutung“, erläutert die Forscherin. „Das Staatsverständnis ist geprägt von einer maximalen Abgrenzung von ‚Anderen‘ und der weitgehenden Unterdrückung innerer Differenzen.“

Während Wasser zuvor auf regionaler Ebene verwaltet wurde, setzte der moderne Nationalstaat auf zentrale Kontrolle. Eine lineare Fortschrittserzählung von rückständigen Methoden hin zu hydraulischer Modernität unterstützte das selektive Vergessen der traditionellen Qanate. Dieses 2000 Jahre alte Versorgungssystem transportiert Wasser ohne Energie von Quellen im Gebirge durch abfallende Kanäle zu Siedlungen und Städten im Vorgebirgsland – bis zu 80 Kilometer weit. „Es gab Versuche, die lokal

verankerte Infrastruktur der Qanate wiederzubeleben, die aber gescheitert sind“, erzählt Leila Khodabakhsh. Sie interessiert vor allem, warum solche historisch gewachsenen Infrastrukturen abgewertet werden, während andere, technologisch deutlich aufwändigere politisch aufgeladen und bevorzugt werden.

In der zweiten Episode zeigt Khodabakhsh anhand eines künstlichen Sees in der Hauptstadt Teheran, wie die nationalistische Ideologie genutzt wird, um Projekte zu legitimieren, die nur wenigen zugutekommen. „Die Regierung hat auf dem Höhepunkt der Wasserkrise 2010 den Chitgar-See neu angelegt, weil sie eine Hauptstadt im europäischen Stil wollten“, erklärt die Doktorandin. Wie sie in ihrer Arbeit aufzeigt, ist der Nationalstaat historisch eng mit der Sehnsucht nach europäischen Idealen verbunden – obwohl die Politik offiziell den Westen als Feind betrachtet. „Das ist nur das Schaufenster, an der Basis sind Sehnsüchte und Ideen am Werk, die es so auch während des Schah-Regimes gab.“

Mit der dritten Episode blickt Leila Khodabakhsh auf die Gegenwart, die hoffnungsvoll stimmt. Sie beleuchtet eine Bewegung im Zagros-Gebirge: Unterschiedliche ethnische und sprachliche Gruppen haben sich nach Jahrzehnten zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen Staudämme und Wasserumleitungen zum Nachteil der Region zu kämpfen. „Die Aktivistinnen und Aktivisten sind geeint über die Wasserfrage und können damit gestärkt auftreten für ihr Ziel: die Rückführung der Wasserverwaltung in regionale Hände.“

Leila Khodabakhshs Forschungsinteresse wurzelt in ihrer Biografie. Geboren in Teheran stu-

dierte sie zunächst Architektur in Isfahan. Ein Kulturprojekt in Arkadan, einer Kleinstadt am Rande der Wüste, wurde für sie zum Schlüssel-erlebnis: „Ich hatte mir ein kleines Paradies geschaffen, musste das Projekt aber aufgeben, weil aufgrund überregionaler Wassertransferprojekte plötzlich die Bodenpreise stark stiegen. Das hat mir gezeigt: Es gibt kein lokales Paradies in einem Land, in dem Grundsätzliches falsch läuft.“ Khodabakhsh ließ die Architektur hinter sich und studierte Regionalplanung in Teheran. 2019 kam sie als Doktorandin an die KU, Betreuer ihrer Arbeit ist Prof. Dr. Christian Steiner. Vier Jahre lang wurde sie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert, zudem erhielt sie über das KU-Stipendienprogramm für Nachwuchswissenschaftlerinnen Unterstützung. Mittlerweile befindet sie sich mit ihrer Arbeit auf der Zielgeraden.

Dabei ist ihr Anspruch an die Dissertation nicht nur ein akademischer. Die Promovendin will ein differenziertes Bild des Iran vermitteln. „Auf keinen Fall ist Iran der Monolith, als der er mitunter dargestellt wird“, betont Leila Khodabakhsh. Die von ihr betrachteten Umwelt- und Ressourcenfragen zeigen vielmehr exemplarisch auf, wie komplex und widersprüchlich das Land tatsächlich ist. Die Forscherin prägte für dieses Phänomen den Begriff „Rigid Fluidity“: „Was von außen still und bewegungslos aussieht, ist von innen sehr bewegt und abwechslungsreich.“ Die Gesellschaft habe nie aufgehört, im Kleinen aktiv zu sein. Doch ohne eine Demokratisierung könnten diese Ansätze in der Breite nicht wirken. „Die Wasserfrage in Iran ist – ebenso wie die Frauenfrage, wirtschaftliche Fragen und viele andere – letztlich eine Frage von Demokratie und Menschenrechten“, betont die Geographin.



Zagros-Gebirge in Iran

Zur Person



Leila Khodabakhshs

ist Doktorandin in der Arbeitsgruppe Humangeographie der KU. 2006 bis 2011 studierte sie Architektur an der Kunstuniversität von Isfahan, Iran. 2014 bis 2018 folgte das Masterstudium in Regionalplanung an der Allameh Tabataba'i Universität Teheran, Iran. In Ihrer Forschung befasst sie sich mit Mensch-Umwelt-Verhältnissen aus Sicht der politischen Ökologie, Politisch-Ökologischen Prozessen zur Raumproduktion in Entwicklungsländern, Umweltgerechtigkeit und Institutionentheorie sowie Sozialhistoriographie.



Der künstliche Chitgar-See in der iranischen Hauptstadt Teheran



Mehr als nur eine technische Frage

Stromspeicher als zentraler Baustein der Energiewende

Wer auf dem eigenen Dach eine Photovoltaikanlage hat, kann seinen selbst erzeugten Solarstrom mittlerweile auch nachts nutzen, sofern er einen Batteriespeicher besitzt. Dezentrale Stromspeicher erfreuen sich zunehmender Beliebtheit und gelten als wichtiger Baustein der Energiewende. Doch wie verändert diese Innovation unser Energiesystem langfristig – und wer gestaltet diesen Wandel? Mit diesen Fragen hat sich ein Forschungsprojekt an der KU unter der Leitung von Prof. Dr. Hans-Martin Zademach, Inhaber der Professur für Wirtschaftsgeographie, beschäftigt.



Ausgangspunkt des DFG-geförderten Projekts war die rasante Entwicklung des Marktes für dezentrale Stromspeicher. Diese Systeme ermöglichen es, Solarstrom zwischenspeichern und diesen zeitversetzt zu verbrauchen. So lässt sich der eigene Strom vom Dach noch effektiver nutzen und es muss weniger aus dem öffentlichen Netz dazugekauft werden. Zunehmend entstehen auch digitale Energiegemeinschaften, vernetzt über Plattformen. Experten schätzen, dass bis zu 80 Prozent des privaten Strombedarfs durch private Photovoltaikanlagen und Batteriespeicher gedeckt werden könnten – das wäre ein maßgeblicher Baustein für die Energiewende.

„Damit das funktioniert, reichen technische Neuerungen allein aber nicht aus“, betont Prof. Dr. Hans-Martin Zademach. „Die große Frage ist: Wie gelingt es, solche technischen Innovationen in Gesellschaft und Wirtschaft einzubetten, so dass sie tatsächlich zur nötigen gesellschaftlichen Transformation zur Nachhaltigkeit beitragen? Genau da setzt unsere Forschung an.“ Ab 2020 untersuchte der Wirtschaftsgeograph mit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiterin Andrea Käsbohrer „organisatorische und technologische Neuerungen im Markt für Stromspeicher“. Ursprünglich zielte das Projekt auf die Innovationsentwicklung in diesem Markt. Während der empirischen Untersuchung zeigte sich jedoch, dass der eigentliche Hemmschuh der regulatorischen Rahmen ist. Entsprechend konzentrierte sich das Team auf eine institutionelle Perspektive. „Wir wollten ein tieferes Verständnis dafür entwickeln, wie Innovation in der Gesellschaft verankert wird“, so Zademach.

Um Machtverhältnisse und Dynamiken zu erfassen, bediente sich das Projekt eines Mixed-Methods-Ansatzes. Neben Experteninterviews mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft nutzte das Team die ethnografische Methode der teilnehmenden Beobachtung. Bei über 40 Sitzungen des zentralen Branchenverbands konnten die Forschenden miterleben, wie Entscheidungsprozesse tatsächlich ablaufen. „Das war ein Glücksfall, denn durch Corona konnten wir

unkompliziert digital an vielen Treffen teilnehmen“, berichtet Zademach. „So konnten wir institutionelles Agieren in Echtzeit beobachten.“

Deutlich wurde in der Studie, dass große Konzerne aus der Energie- und Automobilwirtschaft sich zunehmend Marktanteile sichern und Einfluss gewinnen, etwa indem sie Stromspeicher zusammen mit E-Autos vermarkten. Kleine, innovative Unternehmen hätten dagegen häufig das Nachsehen. „Teils werden solche Unternehmen durch klassische Akteure wie Mineralölkonzerne in den Markt integriert, womit diese sich einen grünen Anstrich geben wollen“, sagt Projektleiter Zademach. Hinter diesen Entwicklungen stünden die sehr unterschiedlichen Möglichkeiten der einzelnen Akteure, politische Entscheider auf deutscher und europäischer Ebene zu beeinflussen. „Wir konnten zeigen, wie stark Lobbystrukturen den Wandel beeinflussen“, erklärt Zademach.

Für die international renommierte Zeitschrift „Energy Policy“ beleuchteten Andrea Käsbohrer und Hans-Martin Zademach mit ihrer Kollegin Karoline Rogge vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung zudem die staatliche Regulierungsfähigkeit in der Energiewende anhand des Beispiels der Verbreitung von Stromspeichern. Während sie unter Kanzlerin Angela Merkel kritische Zurückhaltung konstatieren, beschreiben sie die Ampel-Koalition ab Ende 2021 als proaktiv gestaltend und fördernd. „Der politische Wille von Teilen der Regierungskoalition führte zu mehr regulatorischem Wandel“, sagt Käsbohrer und verweist auf neue Stellen, Strukturen und Kooperationen. Konkret sei die Eigenversorgung erleichtert worden, die EEG-Umlage weggefallen und Messanforderungen vereinfacht worden.

Diese „regulatorische Beschleunigung“ sei zu begrüßen, unterstreicht KU-Professor Zademach: „Alle sind sich einig, dass wir die Energiewende brauchen. Die entscheidende Frage ist: Wie schaffen wir es, sie endlich schneller voranzubringen?“ Das DFG-Projekt zeigt auf:

Zur Person



Prof. Dr. Hans-Martin Zademach

ist seit 2009 Professor für Wirtschaftsgeographie an der KU. In seinen aktuellen Forschungsprojekten befasst er sich schwerpunktmäßig mit Transformationsprozessen und Praktiken im Kontext nachhaltiger Entwicklung und nachhaltiges Wirtschaften, mit besonderem Fokus auf Finanzierungsfragen sowie Möglichkeiten und Grenzen des technologischen Wandels. Zademach ist aktuell auch im Vorstand des Forums Bayern der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft ARL.

Es braucht in den Behörden ausreichend analytische Fähigkeiten und Ressourcen, vor allem aber politischen Willen zu einer proaktiven Rolle. Andrea Käsbohrer, die mittlerweile an der Universität Kopenhagen als Postdoc tätig ist, befasst sich auch dort weiterhin mit „Sustainability Transition“, der Frage also, wie struktureller Wandel in Richtung Nachhaltigkeit gesellschaftlich organisiert wird. Sie unterstreicht, dass über Fragen der Regulierung hinaus ein grundlegendes Umdenken nötig ist: „Grüner Strom ist wichtig. Aber wir sollten uns auch fragen, wie wir langfristig mit weniger Energie auskommen können.“



Warum Kinderarbeit nicht einfach verschwindet

Kinderarbeit abschaffen – das klingt wie ein Ziel, das kaum Widerspruch zulässt. Und doch zeigt sich hier, dass bei umfassender Betrachtung kaum etwas eindeutig ist. Denn während internationale Organisationen das Ende jeder Form von Kinderarbeit fordern, widersprechen diejenigen, um die es geht: arbeitende Kinder. Für Prof. Dr. Nina Schneider zeigt dieser Konflikt eine grundlegende Herausforderung auf: Globale Ziele müssen lokale Realitäten und die Perspektiven der Betroffenen berücksichtigen.

138 Millionen Kinder weltweit arbeiten, in ärmeren Ländern wie Peru sogar mehr als jedes vierte Kind. Diese Zahl steht im Zentrum des Nachhaltigkeitsziels SDG 8.7, das Kinderarbeit jeder Form weltweit beenden will. So moralisch richtig das Ziel erscheine, so schwierig sei es mit der Lebenswirklichkeit der betroffenen Kinder vereinbar, kritisiert Nina Schneider. Sie hat an der KU die Professur für Geschichte Lateinamerikas inne und beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit der Thematik. „Für viele Kinder ist Arbeit keine Option, sondern eine Notwendigkeit, um Geld für Nahrung, Kleidung oder Schulmaterialien zu verdienen“, sagt Schneider. Ein Verbot von Kinderarbeit allein würde deren Ursachen nicht beheben. „Es gibt zahlreiche Studien, die empirisch belegen, dass sich die Situation der betroffenen Kinder sogar dramatisch verschlechtert,

„Um Geld zu verdienen, gehen sie dann in den Untergrund, in sehr gefährliche Bereiche wie Drogenhandel oder Prostitution – mit massiven Auswirkungen auf ihre psychische und physische Gesundheit.“

wenn man Kinderarbeit verbietet“, erklärt die Historikerin. Formuliert wird die Forderung nach einer kompletten Abschaffung von Kinderarbeit insbesondere durch die Internationale Arbeiterorganisation (ILO), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Der Widerstand gegen das Ziel kommt nicht nur aus Teilen der Forschung, sondern von betroffenen Kindern selbst, organisiert in Kindergewerkschaften. „Das sind arbeitende Kinder, die sich gewerkschaftlich strukturieren und regelmäßig national und international treffen“, erklärt Nina Schneider. Die erste Kindergewerkschaft wurde 1976 in einem Slum der peruanischen Hauptstadt Lima gegründet, Unterstützung fanden die Minderjährigen bei Salesianer-Mönchen. Von Peru aus breitete sich die Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika und ab den 1990er Jahren auch in Afrika und Asien aus. 1996 gab es erstmals ein Welttreffen der Bewegungen arbeitender Kinder und Jugendli-

cher in Kundapur, Indien. „Die Vertreterinnen und Vertreter der Kindergewerkschaften sprachen sich dort und in der Folge gegen die Ausbeutung von Kindern aus, aber auch gegen eine Kriminalisierung von ‚weniger gefährlicher‘ Kinderarbeit“, erläutert Nina Schneider. „Sie fühlen sich von einer Kriminalisierung ihrer Tätigkeiten durch ein striktes Mindestalter finanziell bedroht und in ihrer Selbstständigkeit angegriffen. Sie fordern stattdessen eine gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit.“

Ein Dialog zwischen ILO und Kindergewerkschaftsbewegung war bislang nicht erfolgreich. Zu ihrer Weltkonferenz zur „nachhaltigen Ausrottung der Kinderarbeit“ 2017 lud die ILO arbeitende Kinder beispielsweise bewusst gar nicht ein. Diese fanden stattdessen bei einer Alternativveranstaltung, dem „Internationalen Forum für die Rechte arbeitender Kinder“ in La Paz, Bolivien, zusammen. Die Auseinandersetzung ist aus Sicht von Historikerin Nina Schneider symptomatisch für das sehr komplexe, konfliktäre Feld Kinderarbeit. „In der englischsprachigen Forschung gibt es allein schon eine hitzige Debatte, ob der Begriff child labour oder child work genutzt werden sollte.“ Während ersterer negativ konnotiert ist und Ausbeutung suggeriert, wird child work als neutraler Begriff angesehen. Er wird vor allem von Sozialwissenschaftlern und Anthropologen befürwortet, die argumentieren, dass Kinder bei ungefährlichen Tätigkeiten auch etwas lernen könnten und Verantwortung für sich selbst übernehmen. Der deutsche Begriff Kinderarbeit sei zwar weniger kontrovers, so Schneider, doch die Eingrenzung was Kinder-



arbeit sei, bleibe sprachübergreifend ein Streitpunkt in Forschung, Politik und Gesellschaft.

„Historisch gesehen war Kinderarbeit jahrhundertlang normal und sogar gesellschaftlich erwünscht“, sagt Schneider. Andere Kulturen wie die Yoruba in Westafrika betrachten Kinderarbeit als Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Zudem sei umstritten, was konkret unter Kinderarbeit zu verstehen ist. Bis heute gibt es keine einheitliche Definition. Gehört beispielsweise stundenlange Hausarbeit oder Mithilfe im Familienbetrieb dazu? Welche Tätigkeiten sind gefährlich – und welche Teil von Bildung und Selbstständigkeit? Nicht nur im gesellschaftlichen, sondern auch im wissenschaftlichen Diskurs gebe es unterschiedliche Flügel, unterstreicht Nina Schneider.

Das abzubilden, ist Ziel ihrer Forschung. In ihrer 2025 erschienenen Habilitationsschrift untersucht die Historikerin die globale Bewegung gegen Kinderarbeit und beleuchtet Akteurinnen und Akteure, die sich bereits lange vor den Aktivitäten der Internationalen Arbeiterorganisation (International Labour Organisation, ILO) aktiv gegen Kinderarbeit einsetzten und miteinander vernetzten. Die Motive wa-

ren und sind vielfältig – und nicht immer uneigennützig. „Die Arbeiterbewegung beispielsweise setzte sich früh für die Regulierung von Kinderarbeit ein, wollte aber so vor allem die Arbeitsplätze erwachsener Männer vor Konkurrenz schützen“, erklärt Nina Schneider. Der Diskurs über Kinderarbeit sei auch als Spiegel gesellschaftlicher Interessen zu betrachten und eng verknüpft mit dem sozialen, ökonomischen und kulturellen Kontext.

Um diese Vielfalt sichtbar zu machen, plant die KU-Professorin die Gründung eines „Digital Child Labor Archives“, das neben einem klassischen Archiv auch eine Online-Enzyklopädie sowie die Bereitstellung von Lehrmaterial von der Grundschule bis zur Universität umfassen soll.

„Meine Vision ist es, alle Perspektiven auf Kinderarbeit in dieses Archiv einzubringen, insbesondere die der Kinderarbeiterinnen und Kinderarbeiter selbst“,

sagt Schneider. Denn gerade dieser Blickwinkel fehle bislang häufig – sowohl in der Forschung als auch in politischen Entscheidungsprozessen.

PH

Zur Person



Prof. Dr. Nina Schneider

ist seit 2025 Inhaberin der Professur für Geschichte Lateinamerikas an der KU und Ko-Direktorin des Zentralinstituts für Lateinamerikastudien (ZILAS). Zuvor leitete sie von 2018 bis 2024 zwei interdisziplinäre Forschungsgruppen am Centre for Global Cooperation Research der Universität Duisburg-Essen, war Jean Monnet Fellow am European University Institute in Florenz und vertrat die Technik- und Umweltgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Dispute um Kinderarbeit in den Americas und die Kindergewerkschaftsbewegung, außerdem Propaganda, Gewalt und Diktatur in Lateinamerika im Kalten Krieg, Erinnerungskultur und Public History sowie Geschichte der „Rassentheorien“ und des Rassismus.





Staus ein Schnippchen schlagen

DFG-Projekt will urbane Lieferketten optimieren

Rund 4,3 Milliarden Pakete werden jährlich in Deutschland verschickt – ein erheblicher Teil davon landet in dicht besiedelten Innenstädten. Dort treffen steigende Liefermengen auf begrenzten Raum, Verkehrsprobleme und ökologische Herausforderungen. Wie sich innerstädtische Transportsysteme effizienter und trotz Verspätungen und Staus zuverlässiger organisieren lassen, untersucht aktuell ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Projekt an der KU.

Unter dem Titel „Resilienzstrategien für die urbane Logistik unter Störungen“, kurz ReSCueD, will Prof. Dr. Pirmin Fontaine, Professor für Logistik und Operations Analytics, mit seinem Team mathematische Modelle und Entscheidungsunterstützungsverfahren entwickeln, die urbane Lieferketten widerstandsfähiger gegenüber Störungen machen. „Uns geht es um die sogenannte letzte Meile, das heißt, um den Teil der Lieferkette innerhalb der Stadt“, sagt Fontai-

ne. Die Nachfrage nach urbaner Logistik steigt seit Jahren kontinuierlich bei gleichzeitig zunehmenden Verkehrs- und Umweltproblemen in den Städten. „Wenn man sich Statistiken anschaut, erhält ein Haushalt in Deutschland heute im Schnitt mehr als 100 Pakete pro Jahr“, erklärt Fontaine. „Uns geht es zudem nicht nur um die wachsende E-Commerce-Sparte. Wenn wir von Stadtlogistik sprechen, sind sämtliche Warenströme im urbanen Raum gemeint – beispielsweise auch von Industrie und Einzelhandel.“

In mehreren europäischen Großstädten werden derzeit stärker koordinierte, zweistufige Lieferkonzepte erprobt: Waren werden am Stadtrand gebündelt, per Tram oder größerem Transporter in die Innenstadt zu sogenannten Satellitenpunkten gebracht und dort auf kleinere, emissionsarme Fahrzeuge oder Lastenräder verteilt. Solche Systeme sind jedoch anfällig für Störungen, da unterschiedliche Verkehrsträger eng aufeinander abgestimmt sein müssen. „In ReSCueD geht es speziell darum, dass diese Systeme eine Synchronisation brauchen“, betont Fontaine. Unerwartete Störungen im ersten Schritt könnten das ge-

samte System ins Stocken bringen. „Wenn der Lastenradfahrer eine Stunde warten muss, weil die Tram noch nicht da ist, ist das extrem ineffektiv und kostet viel Geld.“ Ein realistisches Beispiel, immerhin sind etwa in München nur 70 Prozent der Trams pünktlich. Die zentrale Forschungsfrage von Fontaine und seinen Teamkollegen lautet daher: „Wie plane ich urbane Logistiksysteme unter Berücksichtigung von Unsicherheiten?“ Ziel ist es, die Lieferketten in den Städten robuster und resilienter zu gestalten – also so, dass sie auch bei Störungen weiter möglichst effizient funktioniert.

Als DFG-Projekt ist ReSCueD grundlagenorientiert angelegt. Fontaine will möglichst allgemeingültige Modelle und Algorithmen ermitteln, nicht einen konkreten Plan für eine einzelne Stadt. Im Zentrum steht ein komplexes stochastisches Optimierungsmodell. „Die größte Herausforderung ist für uns, dass wir mit unvollständigen Informationen und Unsicherheiten arbeiten müssen“, erläutert der KU-Professor. Es gehe um strategische Ressourcenentscheidungen: „Wie viele Trams sollen wann fahren, wie viele Kurier, wie viele E-Fahrzeuge – und wie viele Umschlagpunkte sind sinnvoll? Das alles unter der Berücksichtigung, dass an einem Tag vielleicht drei Störungen auftreten, an einem anderen keine und an einem wieder anderen 17.“

Im ersten Schritt will das Forschungsteam verstehen, wo in einer urbanen Lieferkette welche Störungen auftreten können und was sie bewir-



ken. Zu berücksichtigen sind klassische Staus für den Pkw- und Lkw-Verkehr, aber auch die Tram sei störungsanfällig, wenn beispielsweise ein Notarztwagen oder schlicht ein Falschparker die Schienen blockieren.

Im zweiten Schritt sollen dann Recovery-Strategien entwickelt und getestet werden, also Konzepte, wie sich trotz einer aufgetretenen Störung das Gesamtsystem wiederherstellen lässt. „Wenn gemeldet wird, dass weiter vorn auf der Tramstrecke ein längerer Notfalleinsatz stattfindet, muss klar sein, was zu tun ist: Soll schnell ein Transporter geschickt werden, der die Pakete vor dem eigentlichen Umschlagpunkt auslädt und weiter zum Kunden fährt? Oder lohnt sich das nicht, etwa weil auch auf der Straße Verspätung zu erwarten ist?“

Für Fontaine ist ReSCueD ein gutes Beispiel für die produktive Verbindung von mathema-

tischer Modellierung, Optimierungsverfahren und datengetriebenen Ansätzen: „Im letzten Teil des Projekts werden wir Methoden des maschinellen Lernens nutzen, um zusätzliche Einblicke und Erkenntnisse zu bekommen.“

ReSCueD wird über drei Jahre von der DFG gefördert, offizieller Projektstart war im Juli 2025. KU-Professor Fontaine hat als internationalen Kooperationspartner den kanadischen Professor Teodor Gabriel Crainic mit an Bord geholt. Beide arbeiten darüber hinaus mit Walter Rei (Kanada) und Ola Jabali (Italien) zusammen. Gemeinsam will das Team bis zum Sommer 2028 einen Beitrag dazu leisten, Logistik in Großstädten krisenfester, effizienter und damit auch nachhaltiger zu organisieren – eine Herausforderung, die angesichts steigender Liefermengen weiter an Bedeutung gewinnen dürfte.

PH

Zur Person



Prof. Dr. Pirmin Fontaine

ist seit 2024 Inhaber des Lehrstuhls für Logistik und Operations Analytics an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der KU. Zugleich ist der Diplom-Mathematiker Mitglied des MIDS, des Mathematischen Instituts für Maschinelles Lernen und Data Science der KU, und assoziiertes Mitglied des CIRRELT der Universität Montreal, Canada. Zuvor hatte er ab 2019 an der KU eine Tenure-Track-Professur für Operations Management inne und war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU München, wo er auch promovierte.



Wenn Schulden Handlungsspielräume bestimmen

Neue Perspektiven auf kommunale Finanzkrisen

Ob es um Schulgebäude, Straßen oder Jugendzentren geht: In vielen Kommunen fehlt das Geld für notwendige Investitionen. Gerade kleine und strukturschwache Gemeinden stehen unter massivem Druck. Hohe Schulden, begrenzte Einnahmen und wachsende Aufgaben schränken ihre Gestaltungsmöglichkeiten zunehmend ein – mit spürbaren Folgen für Infrastruktur, soziale Angebote und die Attraktivität ganzer Regionen. Wie mit dieser Situation politisch umgegangen wird und welche Auswirkungen staatliche Hilfen vor Ort haben, stand im Zentrum des DFG-Projekts „Die Ausgestaltung von Schuldenhilfen für finanzschwache, kleine Kommunen in Deutschland“ von Dr. Simon Dudek und Dr. Andreas Kallert von der Arbeitsgruppe Humangeographie.



Ortsbegehung in Nordhalben

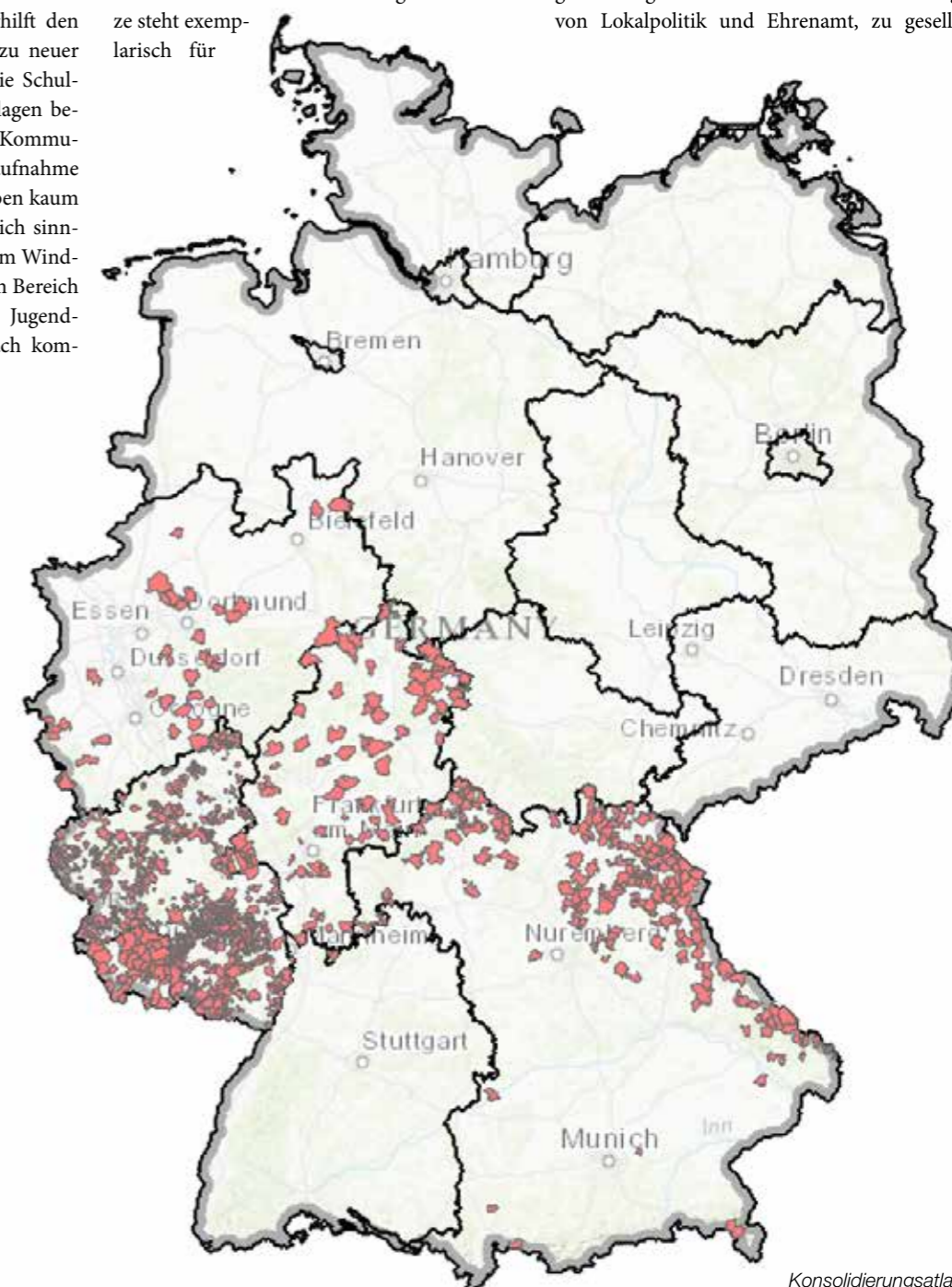
Von 2022 bis 2025 verglichen die beiden Wissenschaftler die Wirkung von Hilfsprogrammen für überschuldete Kommunen im föderalen Vergleich. Im Fokus standen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen und Bayern, und damit Bundesländern, die unterschiedliche Entschuldungsprogramme nutzen. Ziel war es, die politik- und finanzwissenschaftliche Forschung um eine bis dato nicht vorhandene raumbezogene und qualitative Perspektive zu ergänzen.

Denn staatliche Konsolidierungshilfen sind keine neutralen Instrumente: Sie greifen aktiv in kommunale Entscheidungsprozesse ein, da sie an konkrete Auflagen und Sparmaßnahmen gebunden sind. Das lässt zwar den Schuldenberg erst einmal schmelzen, verhilft den betroffenen Kommunen aber nicht zu neuer Blüte. Andreas Kallert sagt klar: „Die Schuldenhilfen mit ihren restriktiven Auflagen behindern die Weiterentwicklung der Kommunen.“ Beispielsweise sei eine Kreditaufnahme für Projekte jenseits der Pflichtausgaben kaum möglich – auch wenn sie wirtschaftlich sinnvoll seien, wie die Beteiligung an einem Windpark. Gespart werde notgedrungen im Bereich der freiwilligen Aufgaben, etwa bei Jugendarbeit und Kultur. „Das wird vielfach kompensiert durch ehrenamtliches Engagement“, erklärt Simon Dudek. „Gleichzeitig ist erkennbar, dass mit der Zeit der Frust wächst, wenn immer weiter gespart werden muss.“

Ein zentraler Moment des Projekts war die Tagung „Kommunal Finanzen in der multiphen Krise“ im März 2025 im oberfränkischen Nordhalben. Drei Tage lang tauschten sich rund 35 Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Lokalpolitik und Zivilgesellschaft über die strukturellen Probleme der kommunalen Finanzierung, den Einfluss von Schuldenhilfen und die Folgen der Finanz- und Wirtschaftsschwäche der Kommunen aus. Der Tagungsort war gezielt gewählt: Die 1600-Einwohner-Gemeinde an der thüringischen Grenze steht exemplarisch für

viele Kommunen im ländlichen Raum. Durch Stabilisierungshilfen des Freistaats Bayern konnte Nordhalben seine Pro-Kopf-Verschuldung von 2013 bis 2022 um mehr als 67 Prozent senken, doch eine wirtschaftliche Trendwende blieb aus. Viele Häuser stehen leer, die meisten Betriebe sind geschlossen. Nordhalben leidet unter einer Wechselwirkung von leeren Kassen, der Abwanderung junger Menschen und dem Abbau von Infrastruktur, die Experten als Peripherisierung bezeichnen. Gemeint ist die fortschreitende Schwächung des Standorts, was auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Land gefährdet. Mit gravierenden Konsequenzen, wie Andreas Kallert unterstreicht: „Das Vernachlässigen ganzer Regionen führt zu einer Überlastung von Lokalpolitik und Ehrenamt, zu gesell-

schafts- und gesellschaftlichen Problemen.“



Konsolidierungsatlas

schaftlichen Spannungen, politischer Unzufriedenheit und einem zunehmenden Rechtsruck.“

Aus dieser Sorge heraus entstand ein weiteres Projektelement: die „Nordhalbener Erklärung“, die im Januar 2026 veröffentlicht wurde. „Am Ende der Tagung war es der ausdrückliche Wunsch vieler Teilnehmenden, ein gemeinsames Zeichen zu setzen, um die Politik auf die Problematik aufmerksam zu machen“, sagt Kallert. In einem mehrmonatigen partizipativen Prozess mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen, Lokalpolitikerinnen und -politikern sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern entstand unter der Federführung der Eichstätter Geographen die gemeinsame Erklärung. Das Positionspapier verlangt bessere Rahmenbedingungen für Kommunen, um die Handlungsfähigkeit vor Ort zu stärken. In sieben Kernpunkten werden Forderungen an die Politik auf Landes- und Bundesebene formuliert, u. a. nach mehr Gestaltungsspielraum auf lokaler Ebene, einer grundlegenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung und einer strukturellen Entlastung der Kommunen angesichts sich häufender Aufgaben. Basierend auf der Expertise der Verfasserinnen und Verfasser werden auch konkrete Punkte genannt, darunter eine Überarbeitung der För-

derlogik, einer Stärkung der kommunalen Teilhabe an Erträgen aus erneuerbaren Energien und eine Erhöhung der kommunalen Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer. Zudem hebt die „Nordhalbener Erklärung“ die Relevanz der Politikfelder Kultur, Sport und Jugendarbeit für den sozialen Zusammenhalt hervor.

„Es ging uns um einen gemeinsamen Nenner, der die Anliegen möglichst vieler Menschen im ländlichen Raum trifft – über politische Lager, Regionen und Professionen hinweg“, erläutern die Initiatoren Kallert und Dudek. Zusammen hoffe man, die wichtige Rolle der Kommunen für die Demokratie auf die politische Agenda zu befördern. „Nur dort, wo Menschen vor Ort lebenswerte Bedingungen und Perspektiven vorfinden, kann sich der gesellschaftliche Zusammenhalt festigen und die rechtsextreme Gefahr zurückgedrängt werden“, steht in der Erklärung.

Wie viele Regionen davon betroffen sind, wird deutlich in einem weiteren Produkt, das im Rahmen des Eichstätter DFG-Projekts entstand: Der Konsolidierungsatlas ist eine interaktive, kartographische Darstellung der kommunalen Schuldenhilfen in den fünf untersuchten Bundesländern. Er macht sichtbar, wie ungleich Programme räumlich verteilt sind und wie sich die

finanzielle Situation der teilnehmenden Kommunen darstellt. Der Atlas übersetzt komplexe wissenschaftliche Daten in eine Form, die für die breite Öffentlichkeit zugänglich und verständlich ist. Entwickelt wurde er in enger Zusammenarbeit mit den Kartographinnen Alexandra Kaiser und Katrin Wycik. Der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zieht sich so wie ein roter Faden durch das DFG-Projekt. Andreas Kallert und Simon Dudek zeigen damit auf, dass Grundlagenforschung und Wissenstransfer keine Gegensätze sind, sondern sich auf wertvolle Weise ergänzen.

Die Nordhalbener Erklärung ist abrufbar unter www.nordhalbener-erklaerung.de.

Auf der Webseite können Einzelpersonen und Organisationen als Unterstützerinnen und Unterstützer unterschreiben.

PH



Nordhalbener Erklärung

Nordhalben in Oberfranken steht beispielhaft für viele strukturschwache Dörfer und Kleinstädte. Mit der Nordhalbener Erklärung möchten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen sowie Engagierte aus Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft auf die angespannte Situation speziell dieser Kommunen aufmerksam machen und appellieren an die Bundes- und Landespolitik:

- Die kommunale Selbstverwaltung muss durch Bund und Länder gestärkt werden, indem auch strukturschwachen Kommunen ein tatsächlicher Handlungs- und Gestaltungsspielraum eingeräumt wird. Ohne eigene Gestaltungsmöglichkeiten wird das Subsidiaritätsprinzip ausgehöhlt, was vielerorts ein Gefühl der Fremdsteuerung durch übergeordnete politische Ebenen erzeugt. Die populistische Kritik an »denen da oben« in den Landeshauptstädten, in Berlin und Brüssel wächst und gefährdet den demokratischen Zusammenhalt. Zudem wird dadurch kommunalpolitisches Engagement zunehmend unattraktiv.
- Damit Kommunen ihre Aufgaben eigenständig erfüllen können, muss die finanzielle Ausstattung der Kommunen grundlegend verbessert werden. Auf Bundesebene beschlossene Steuersenkungen treffen gerade Kommunen empfindlich – hier muss für entsprechenden finanziellen Ausgleich durch Bund oder Land gesorgt werden. Eine Erhöhung der kommunalen Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie eine stärkere Unterfütterung der kommunalen Finanzausgleichssysteme seitens der Länder würden die kommunale Grundfinanzierung stärken. Die Wiedererhebung der Vermögensteuer, deren Ertrag den Ländern (und damit letztlich auch den Kommunen) zukommt, ist zudem eine naheliegende Möglichkeit, Fragen sozialer Gerechtigkeit im Hinblick auf sehr hohe Vermögen mit dem Ziel räumlicher Gerechtigkeit zu verknüpfen, um den struktur- und finanzschwachen Kommunen finanziell zu helfen.
- Die bestehende Projekt-Förderlogik produziert wenige Gewinner und viele Verlierer – zu letzteren gehören insbesondere finanzschwache Kommunen, in denen Förderanträge vielfach bereits an fehlenden Eigenmitteln scheitern. Die Politik der »tausend Fördertöpfe«, die trotz großem Zeit- und Personalaufwand auf Seiten der Kommunen strukturell bedingt nur beschränkt erfolgreich sein kann, ist Ausdruck fehlenden Vertrauens in die Kommunen und verstärkt räumliche Ungleichheiten. Eine auskömmliche Grundfinanzierung macht die meisten Förderprogramme überflüssig und entlastet die öffentlichen Verwaltungen.
- Die kommunale Teilhabe an den Erträgen aus erneuerbaren Energien muss gestärkt werden. Diese Beiträge der ländlichen Räume zu Klimaschutz und Klimaanpassung, die vor Ort oft Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Kommunen nach sich ziehen, müssen fiskalisch ausgeglichen werden. Angesichts des

Strukturwandels sind Wind- und Solarkraft ein wachsender Wirtschaftszweig in ländlichen Räumen, deren finanzielle Wertschöpfung jedoch nicht zuvorderst überregionalen Investoren zufließen darf. Vielmehr müssen die Potentiale der erneuerbaren Energien als eine verlässliche, zusätzliche Einnahmequelle gerade für ländlich-periphere Kommunen erschlossen werden.

- Die strukturelle Überlastung der Kommunen mit immer mehr Aufgaben muss beendet werden. Wer Leistungen per Bundesgesetz vorschreibt, muss auch für deren vollständige Finanzierung aufkommen. Die Überlastung betrifft kleine, vom demographischen Wandel stark betroffene Kommunen besonders. Schon heute legen gewählte kommunale Vertreterinnen und Vertreter aus Überforderung ihre Mandate nieder, und vielerorts finden sich kaum noch Bewerberinnen und Bewerber für das Bürgermeisteramt – ein alarmierendes Signal für die kommunale Selbstverwaltung.
- Den Herausforderungen durch veraltete Infrastrukturen, Klimawandelanpassung und Strukturwandel kann nur durch massive Investitionen sowohl in Infrastrukturen als auch in öffentliche Verwaltungen nachhaltig begegnet werden. Die strukturschwachen, oftmals schrumpfenden Kommunen dürfen dabei nicht allein gelassen werden. Generationengerechtes Handeln bedeutet, dass heute in die Zukunft investiert wird und die Lasten entsprechend auch auf zukünftige Generationen verteilt werden.
- Kultur, Sport oder Jugendarbeit sind essenziell für den sozialen Zusammenhalt und ein Kernelement der kommunalen Selbstverwaltung. Gerade in strukturschwachen Kommunen in ländlichen Räumen übernehmen ehrenamtlich Engagierte viele dieser Aufgaben – Kürzungspolitik in diesem Bereich stößt sie regelrecht vor den Kopf. Die Länder müssen dafür Sorge tragen, dass alle Kommunen in angemessenem Umfang freiwillige Leistungen tätigen können.
- Nur dort, wo Menschen vor Ort lebenswerte Bedingungen und Perspektiven vorfinden, kann sich der gesellschaftliche Zusammenhalt festigen und die rechtsextreme Gefahr zurückgedrängt werden. Wir appellieren eindringlich an die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit alle Kommunen auch künftig ihre Rolle als lebendige Orte demokratischer Teilhabe wahrnehmen können.

Zu den Personen



Dr. Andreas Kallert

war bis 2026 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeographie der KU und ist nun am Lehrstuhl für Human-geographie der Universität Würzburg tätig. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Finanzialisierung, politische Ökonomie der Finanzmärkte, Cultural Political Economy, Geographien ländlicher Räume, materialistische Staatstheorien sowie Rechtspopulismus und Rechtsterrorismus.



Dr. Simon Dudek

ist seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeographie der KU. Zu seinen Forschungsinteressen zählen insbesondere Raumordnung und Landesplanung, materialistische Theorien von Staat und Raum sowie Finanzialisierung. Seit 2020 ist er Mitglied des wissenschaftlichen Kuratoriums der Akademie Ländlicher Raum Bayern.





Wo die Pionierarbeit beginnt

Was kommunale Bauhöfe über die Zukunft kleiner Städte wissen – und warum die Wissenschaft beginnt, von ihrer Alltagspraxis zu lernen



Zwischen Werkbank, Kehrmaschine und Stadtpark entscheidet sich, wie nachhaltig unsere Zukunft wird – zumindest in Eichstätt. Denn dort, wo Straßen gepflegt, Grünflächen gestaltet und öffentliche Räume täglich neu ausgehandelt werden, entsteht ein Erfahrungswissen, das in der Nachhaltigkeitsdebatte bisher kaum Beachtung findet. Das Projekt „Kleine Kommunen, große Wirkung“ rückt deshalb die kommunalen Bauhöfe ins Zentrum – jene Orte, die in ihrer täglichen Arbeit schon heute tagtäglich mit den Zielkonflikten und Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung umgehen. Finanziert wird das dreijährige Forschungsprojekt von der Volkswagenstiftung im Rahmen ihres Förderprogramms „Pioniervorhaben: Gesellschaftliche Transformation“.

Das Besondere: Das Projekt dreht die Perspektive bewusst um. Bauhofmitarbeitende gelten als die eigentlichen Experten ihres Alltags. Die Wissenschaft begleitete sie nicht auf Distanz, sondern als lernende Partnerin. Den Anfang machten Prof. Dr. Angela Treiber und Dr. Petra Schmidt von der Professur für Europäischen Ethnologie/Empirische Kulturwissenschaft: In einer dichten, alltagsnahen Feldforschung begleiteten sie den Arbeitsalltag vor Ort, stellten Fragen und arbeiteten zeitweise auf den Bauhöfen mit. So entstand schrittweise Vertrauen – und ein Zugang, der sichtbar machte, wie Nachhaltigkeit in der täglichen Praxis relevant wird: in Routinen, konkreten Entscheidungen und im Umgang mit teils widersprüchlichen Anforderungen. „In unseren Gesprächen zeigte sich auch, wie der Klimawandel den Alltag auf den Bauhöfen verändert. Extremwetter, Überschwemmungen, Baumsterben und eine wachsende Verschmutzung des öffentlichen Raums schaffen neue Herausforderungen,“ erläutert Petra Schmidt.

Die Erkenntnisse aus der Feldforschung flossen direkt in die interdisziplinäre Zusammenarbeit ein. Für Prof. Dr. Elisabeth Kals, Inhaberin der Professur für Sozial- und Organisationspsychologie an der KU, und ihre Mitarbeiter Dr. Patricia Zieris und Christopher Esch stand ergänzend dazu die Frage im Zentrum, wie Arbeitsbedingungen und institutionelle Strukturen Einstellungen, Entscheidungen und Handeln im Bauhofalltag beeinflussen. Aufbauend auf den ethnologischen Einblicken untersuchten sie, welche Faktoren nachhaltiges Handeln fördern oder behindern – und welche Ansatzpunkte sich daraus für Veränderungen ergeben. Im Mittelpunkt standen dabei die Mitarbeitenden selbst in ihrer

Beziehung zur Natur, zu ihrer Arbeit und zu ihrer Verantwortung im kommunalen Raum.

Gerade die Kombination dieser Zugänge macht den Pioniercharakter des Projekts aus: Bauhofmitarbeitende sind nicht nur Teil der Umsetzung, vielmehr ist ihre Expertise eine zentrale Wissens- und Erfahrungsquelle für die Frage, wie Transformation in kleinen Kommunen gelingen kann. Indem ihre Perspektiven ernst genommen, systematisch erforscht und gemeinsam weiterentwickelt werden, entsteht ein Ansatz, der über klassische Forschungslogiken hinausgeht: Nachhaltigkeit wird nicht nur wissenschaftlich untersucht, sondern im transdisziplinären Dialog zwischen Praxis und Wissenschaft aktiv mitgestaltet – direkt dort, wo sie jeden Tag gestaltet wird.

Ausgangspunkt hierfür ist die Kooperation mit Stadt und Landkreis: „In den vergangenen Jahren ist die Zusammenarbeit zunehmend enger geworden. Der Impuls, die Bauhöfe in einem gemeinsamen Projekt ins Zentrum zu rücken, kam von Oberbürgermeister Josef Grienberger“, berichtet Dr. Thomas Metten, Leiter der Stabsstelle Strategie und Hochschulentwicklung. Metten, der das Projekt initiiert hat, erlebt jedoch bis heute Vorbehalte.

„Viele haben die Sorge, dass Wissenschaft durch solche Projekte alleine Verwertungszwecken unterstellt wird. Dabei ist eine hochwertige, unabhängige Forschung die Voraussetzung dafür, wirklich einen gesellschaftlich relevanten Beitrag leisten zu können.“

Entscheidend hierfür ist allerdings: Neue Ansätze wie transdisziplinäre Forschung, Reallabore oder transformative Wissenschaft haben die Art und Weise der Zusammenarbeit verändert. Wissenschaft bringt ihre Erkenntnisse nicht einfach in die Praxis – sie muss selbst kontextsensibel arbeiten und bereit sein, von der Praxis zu lernen. Erst durch die Integration von Wissen aus unterschiedlichen Bereichen entstehen tragfähige Lösungen. „Der Mehrwert liegt für uns vor allem darin, psychologische Forschung unter realen gesellschaftlichen Bedingungen durchführen und verbessern zu können – anstatt nachhaltigkeitsbezogene Prozesse nur in abstrakten Modellen oder kontrollierten Settings zu untersuchen. Die Ergebnisse gewinnen so an Praxisrelevanz und ökologischer Validität,“ erläutert Psychologieprofessorin Elisabeth Kals.

Eichstätt und Region bieten hierfür besondere Ausgangsbedingungen: Die meisten Universitäten befinden sich in den großen Städten und Metropolregionen. Viele Initiativen konzentrieren sich auf urbane Räume – ländliche Regionen geraten dagegen oft aus dem Blick. Dabei gibt es alleine in Deutschland mehr als 2.000 kleine Kommunen, die unter ganz anderen Voraussetzungen agieren. „Soll die Transformation zur Nachhaltigkeit gelingen, wird es entscheidend sein, besser zu verstehen, wie dies in ländlichen Regionen und kleinen Kommunen gelingen kann. Eichstätt und Region lassen sich als Reallabor für diese Fragen begreifen. Hier können wir erproben, was auch für andere beispielgebend werden kann,“ so Metten.

Während viele Kommunen an umfassenden Klimaschutzmaßnahmen scheitern, bleiben die Potenziale der Bauhöfe oft ungenutzt. Na-



Projektteam mit Bauhofsleitenden, dem Eichstätter Oberbürgermeister Josef Grienberger und dem Eichstätter Landrat Alexander Anetsberger sowie KU-Präsidentin Prof. Dr. Gabriele Gien.

hezu alle Kleinstädte und Landkreise verfügen jedoch über eigene Arbeitsbereiche und Strukturen. Vom Grünflächen-Management und Biodiversitätsschutz über Straßenpflege und die Gestaltung öffentlicher Räume bis hin zur Entsorgung von Sonderabfällen betreuen die Bauhöfe zentrale Nachhaltigkeitsthemen. In Stadt und Landkreis Eichstätt sind dafür rund 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an drei Bauhöfen zuständig. Sie treffen im Arbeitsalltag tagtäglich ökologisch relevante Entscheidungen – zugleich sind sie wichtige Multiplikatoren, weil sie im steten Kontakt mit der Bevölkerung stehen.

Gerade hier entstehen jedoch immer wieder Missverständnisse: Wenn blühende Wiesen aus Gründen der Verkehrssicherheit gemäht werden müssen, zeigt sich, dass Zielkonflikte entstehen, die nicht einfach aufzulösen sind. Um mehr Verständnis für solche Herausforderungen zu schaffen, ist die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Bestandteil des Projektes. Eine Kommunikationskampagne der Journalistik – initiiert und konzipiert von

Prof. Dr. Liane Rothenberger und Dr. Priscila Berger – soll die Leistungen und Herausforderungen der Bauhöfe künftig daher stärker sichtbar machen.

Gleichzeitig war es auch ein Ziel des Projekts, dass die Menschen ihre Region künftig wieder stärker als mitgestaltbar erleben: Akademische Oberrätin Petia Knebel und Designerin Kerstin Muhr aus der Kunstpädagogik haben daher gleich mehrere Initiativen gestartet, die die Bürgerinnen und Bürger durch künstlerische Projekte aktiv in die Gestaltung des öffentlichen Raums mit einbezogen haben. Durch partizipative, transdisziplinäre Kunstprojekte wie den „17 Sustainable Development Goals“ im Wiesengässchen in Eichstätt (siehe Titelbild dieser Zeitschrift) oder mit der Schaffung eines neuen Stadttors für Eichstätt sind hierbei neue kollektive Erprobungsräume entstanden, an denen zahlreiche Menschen aus Stadt und Landkreis beteiligt waren.

In der kommenden Projektphase werden nun konkrete Nachhaltigkeitsprojekte gemeinsam

mit den Bauhöfen umgesetzt. In ihre Konzeption fließen nicht nur die bisherigen Forschungserkenntnisse ein – auch Engagierte aus Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie Bürgerinnen und Bürger wurden aktiv beteiligt. So verbinden sich wissenschaftliche Perspektiven mit praktischer Erfahrung und den Vorstellungen der Öffentlichkeit. Entstanden sind vielfältige Ideen: von der Weiterentwicklung von Spielplätzen zu biodiversen Infrastrukturen über Wertstoffhöfe als Orte der Kreislaufwirtschaft bis hin zu Sportvereinen als Orte des Community-Buildings im ländlichen Raum. Damit solche Ansätze erfolgreich umgesetzt werden können, braucht es jedoch mehr als gute Konzepte. Entscheidend ist, die Alltagslogiken der Bauhöfe ernst zu nehmen und ihre Expertise stärker in politische und administrative Entscheidungsprozesse einzubeziehen – das hat das Projekt bereits jetzt deutlich gemacht.

Was daraus ersichtlich wird: Transformation entsteht im Alltag – im gemeinsamen Handeln der Menschen vor Ort. Transdisziplinäre Ansätze schaffen hierfür Räume, in denen prakti-

sche Erfahrung, wissenschaftliches Wissen und gesellschaftliche Perspektiven zusammenkommen. Für die KU liegt der Mehrwert darin, dass ein solches Projekt exemplarisch zeigt, wie sich gesellschaftliche Relevanz und wissenschaftliche Qualität verbinden lassen. Zugleich stärkt es das Profil der Universität in den Bereichen Nachhaltigkeit, Transfer, Interdisziplinarität und regionale Kooperation.

„Um die entwickelten Ansätze und Erfahrungen auch anderen Kommunen zugänglich zu machen, stehen wir dabei schon heute im Austausch mit dem Bayerischen Gemeindetag“,

so Dr. Thomas Metten. Die Erkenntnisse aus Eichstätt sollen so auch Impulse liefern für eine nachhaltige Entwicklung kleiner Kommunen – in Bayern und darüber hinaus.

TM



Die Kunststudentinnen Simone Neßlinger und Rebecca Erhardt gewannen mit ihrer Idee eines Stadttors den Wettbewerb „Ein Kunstwerk für Eichstätt“. Aktuell läuft die Realisierung in Kooperation mit verschiedenen Experten vor Ort. Die Einweihung ist geplant für 2027.

Transdisziplinäre Projektarbeit: Chancen & Herausforderungen

Transdisziplinäre Zusammenarbeit verbindet Wissenschaft mit Akteuren aus Praxis, Verwaltung und Gesellschaft. Ziel ist es, Wissen gemeinsam zu erzeugen und konkrete Lösungen zu erproben.

Mehrwerte

- **Praxisnahes Wissen:** Forschung setzt direkt an realen Arbeitsabläufen an – und macht sichtbar, was in theoretischen Modellen oft unsichtbar bleibt.
- **Gegenseitiger Wissenstransfer:** Erkenntnisse fließen nicht nur in die Wissenschaft, sondern werden unmittelbar in konkrete Maßnahmen vor Ort übersetzt.
- **Neue Perspektiven:** Der Austausch zwischen Disziplinen und Praxis deckt „blinde Flecken“ in der Forschung auf und hinterfragt etablierte Annahmen.
- **Gemeinsame Lösungen:** Durch Ko-Design, Beteiligung und iterative Prozesse können passgenaue, lokal verankerte Ansätze entstehen.
- **Gesellschaftliche Wirkung:** Projekte bleiben nicht abstrakt, sondern stoßen reale Veränderungen an – in Verwaltung, Alltag und öffentlichem Raum.

Herausforderungen

- **Vertrauen und Augenhöhe:** Zusammenarbeit funktioniert nur, wenn sich alle Beteiligten als gleichwertige Expertinnen und Experten anerkennen.
- **Unterschiedliche Logiken:** Wissenschaft, Verwaltung und Praxis folgen eigenen Zeitplänen und Entscheidungsstrukturen – das erschwert oftmals die Abstimmung.
- **Balance zwischen Theorie und Praxis:** Akademische Ansprüche müssen mit den begrenzten Ressourcen und Routinen des Arbeitsalltags vereinbart werden.
- **Hoher Koordinationsaufwand:** Kommunikation, Beziehungsarbeit und Organisationsaufwand bleiben oft unsichtbar, sind aber zentral für den Projekterfolg.
- **Offenheit vs. Ergebnisdruck:** Exploratives Arbeiten kann mit Förderlogiken kollidieren, die wenig Raum für „produktives Scheitern“ lassen.



Bürgerbeteiligung neu gedacht

Wie künstlerische Formate partizipative Forschung inklusiver machen



Bürgerbeteiligung gilt als Königsweg der nachhaltigen Transformation. Doch in der Praxis zeigt sich ein anderes Bild: Ausgerechnet die Verfahren, die möglichst viele Stimmen einbeziehen sollen, erreichen oft immer wieder dieselben – gut ausgebildete, zeitlich flexible und diskussionsgeübte Menschen. Wer anders spricht, weniger Zeit hat oder sich in klassischen Debattenformaten nicht zu Hause fühlt, bleibt außen vor. Das ist kein Randproblem, sondern ein strukturelles – denn wenn Beteiligung systematisch Personen ausschließt, verfehlt sie ihren eigenen Anspruch. Die entscheidende Frage lautet daher: Müssen wir Bürgerbeteiligung neu und anders denken?

In der Klima- und Nachhaltigkeitsforschung ist genau diese Frage in den letzten Jahren immer drängender geworden. Zwar liegt viel Wissen über gesellschaftliche Herausforderungen vor – doch es wird nur begrenzt handlungswirksam. Partizipative Forschung soll diese Lücke schließen, indem sie wissenschaftliche Erkenntnisse mit Praxiswissen und Alltagserfahrungen verbindet. Doch solange die Formate selbst selektiv wirken, bleibt dieses Versprechen unvollständig.

Vor diesem Hintergrund entwickelte das Projekt „Kleine Kommunen, große Wirkung“ in Zusammenarbeit mit dem Citizen Science Lab der KU ein alternatives Beteiligungsformat. „Unser Ziel war es, gerade jene Menschen einzubeziehen, die in klassischen Beteiligungsprozessen

kaum sichtbar sind. Der Schlüssel hierfür lag nicht nur in neuen Zielgruppen – sondern in einer anderen Form der Beteiligung,“ erläutert Thomas Metten. Statt auf öffentliche Einladungen zu setzen, die meist dieselben erreichen, wurde aktiv auf Menschen zugegangen: über soziale Einrichtungen, persönliche Kontakte und Präsenz vor Ort. Die Workshops fanden daher nicht nur an der Universität statt, sondern auch in Wohnheimen oder in der vertrauten Nachbarschaft.

Der eigentliche Bruch mit etablierten Verfahren lag jedoch im Format selbst. Im Zentrum stand kein Diskussionsraum, sondern ein künstlerisches Atelier. Die Teilnehmenden wurden eingeladen, mit Holz, Stoffen und recycelten Alltagsmaterialien ihre Vorstellung eines „guten Lebens“ zu gestalten. Was zunächst ungewöhnlich wirkte, entfaltete im Prozess eine eigene Dynamik. Die meisten begannen intuitiv, ließen sich vom Material leiten, experimentierten und probierten aus. Ideen und Vorstellungen entstanden so im Tun. Gleichzeitig entstand eine andere, stillere Form der Zusammenarbeit: Man beobachtete sich, griff Impulse auf, arbeitete nebeneinander oder gemeinsam – ohne dass dafür eine moderierte Diskussion nötig wurde.

Gerade darin liegt die Stärke des Ansatzes: Er verschiebt, was als Beteiligung gilt. Nicht sprachliche Kompetenz, Diskussionen und argumentative Stärke standen im Vordergrund, sondern gestalterischer Ausdruck und die

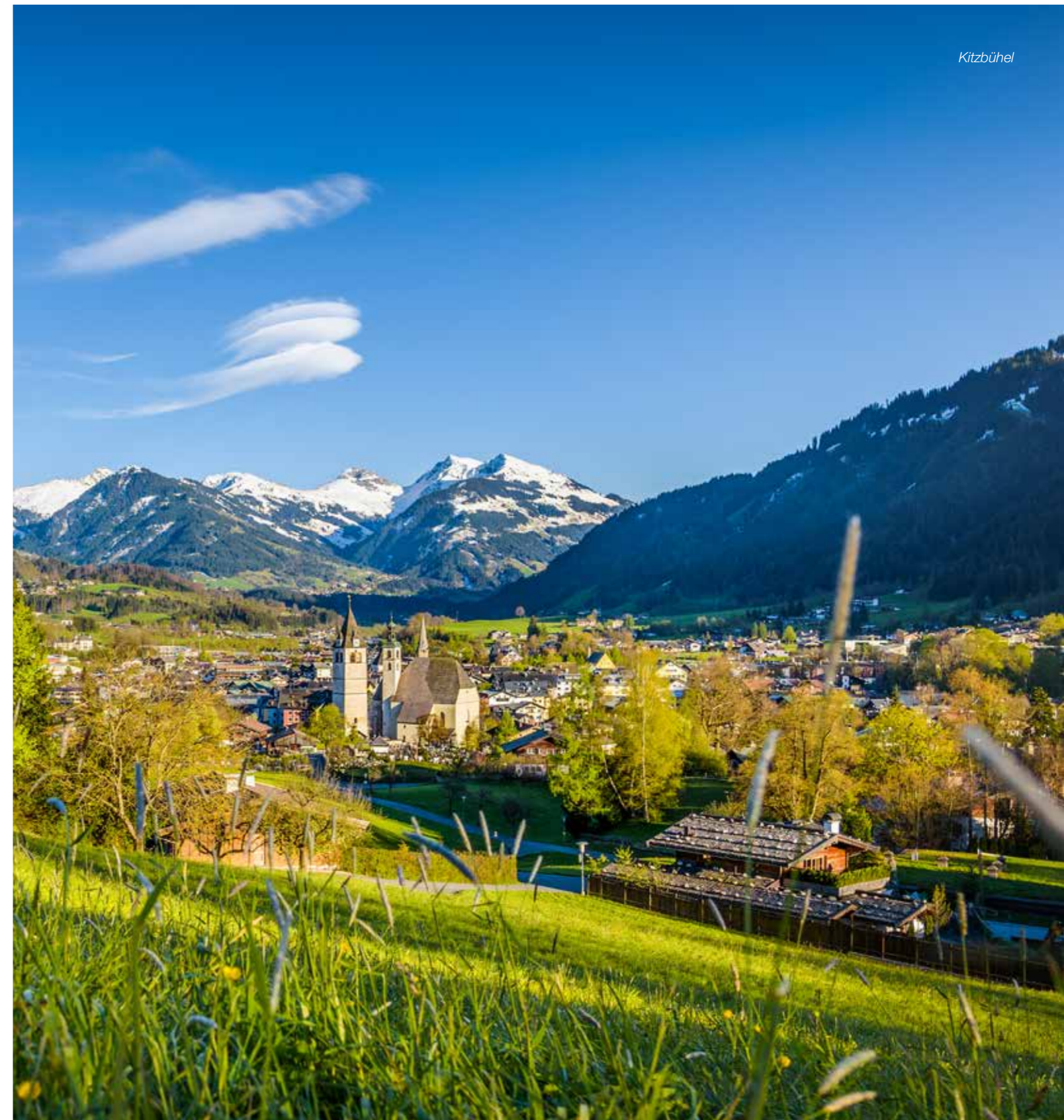
Vielfalt der Medien. Auch Menschen, die sich in klassischen Formaten kaum äußern, fanden somit einen Zugang. Die entstandenen Objekte machten dabei sichtbar, was sonst oft unsichtbar bleibt: persönliche Perspektiven, implizites Wissen und unterschiedliche Vorstellungen eines guten Lebens.

Dabei sind die entstanden Skulpturen mehr als bloße Illustrationen – vielmehr dienen sie als eigenständige Formen der Erkenntnis. Die Ergebnisse sind allerdings nicht als klassische „Daten“ in den Prozess zurückgeflossen, sondern wurden kuratorisch aufbereitet – in Form einer Ausstellung. Dort wirkten sie als Impulse für Stakeholder aus Kommunalverwaltung, Politik und Wissenschaft, um bestehende Sichtweisen zu irritieren, zu erweitern und neu auszurichten.

Das zeigt: Die Frage, wer teilnimmt, lässt sich nicht von der Frage trennen, wie Beteiligung gestaltet ist. Formate sind keine neutralen „Gefäße“ – sie entscheiden mit darüber, wessen Stimmen gehört werden. Für die partizipative Forschung bedeutet das eine Verschiebung: Bürgerbeteiligung ist nicht nur eine Frage der Einladung, sondern der Form. Und sie kann mehr sein als Diskussion und argumentativer Austausch. Sie kann ein offener, kreativer Prozess werden, in dem Wissen gemeinsam und ko-kreativ hervorgebracht wird – auch von denen, die bisher kaum teilhaben.

TM

Vom Ferienidyll zum Wohnproblem



Kitzbühel

DFG-Projekt untersucht Touristifizierung im ländlichen Raum

Ferienwohnungen statt Mietwohnungen, steigende Immobilienpreise und verdrängte Einheimische – was bislang vor allem aus Großstädten wie Barcelona bekannt ist, zeigt sich zunehmend auch in touristisch geprägten Regionen im ländlichen Raum. Ein Forschungsprojekt an der KU untersucht diese Entwicklung nun systematisch. Im Fokus steht die „Touristifizierung“ von Wohnimmobilienmärkten in alpinen Tourismusregionen – ein Prozess, der weitreichende Folgen für lokale Gemeinschaften haben kann.



Davos



Kitzbühel



Wolkenstein

Seit April 2025 fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) das Projekt „Touristifizierung der Wohnimmobilienmärkte im ländlichen Raum“ unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Steiner, Leiter des Lehrstuhls für Humangeographie an der KU, und seinem ehemaligen Kollegen Prof. Dr. Gerhard Rainer, mittlerweile Inhaber des Lehrstuhls für Humangeographie an der Universität Passau. An der KU ist zudem Dr. Simon Dudek als wissenschaftlicher Mitarbeiter beteiligt.

„Unter Touristifizierung versteht man einen strukturellen Wandel von Siedlungen, aber auch von Gesellschaft durch einen immer größeren Einfluss des Tourismus“, erklärt Christian Steiner. Besonders sichtbar werde dieser Wandel, wenn klassische Wohnraumnutzungen zunehmend durch touristische Angebote verdrängt werden – etwa durch Ferienwohnungen oder kurzfristige Vermietungen über Plattformen wie Airbnb. Während diese Dynamiken in Großstädten bereits intensiv erforscht sind, fehlt bislang eine systematische und tiefgreifende Analyse für ländliche Regionen. Hier setzt Steiners Projekt an. Mit seinen Kollegen untersucht er, wie sich touristische Nutzung, Kapitalinvestitionen und neue Vermarktungsstrukturen auf Wohnimmobilienmärkten in stark frequentierten alpinen Tourismusregionen gestalten – und wie sie sich sozio-ökonomisch auswirken.

Neue Dynamiken auf dem Immobilienmarkt

Ein zentraler Treiber der Touristifizierung in ländlichen Regionen ist laut Steiner die zunehmende Attraktivität von Ferienwohnungen als Kapitalanlage. „Entscheidend ist, dass in diesen Short-Term-Rentals die erzielbare Mietrendite um ein Vielfaches höher ist als bei der Dauerwohnvermietung“, erläutert der Geograph. Dies führe zu einem starken Anreiz, Wohnraum in touristische Nutzung umzuwandeln. Verstärkt wird dieser Trend durch professionelle Vermittlungsagenturen, die den Einstieg in den Markt erleichtern, indem sie nicht nur Wohnungen als Makler vermitteln, sondern z.B. auch das Pricing übernehmen, die Gäste betreuen oder den Putzdienst engagieren. „Das geht so weit, dass solche Agenturen auch bei der Finanzierung über lokale Banken behilflich sind, eine Inventarliste zur Ausstattung der Wohnung bereitstellen oder sie gleich selbst einrichten. Damit ist alles, was man zur Ferienvermietung benötigt, Geld.“ Dadurch werde der Markt auch für Investoren interessant, die keinen persönlichen Bezug zur Region haben. Was früher oft ein Nebenerwerb für lokale Familien war, entwickle sich zunehmend zu einem renditeorientierten Geschäftsmodell. Gleichzeitig lässt sich diese Entwicklung im ländlichen Raum schwerer kontrollieren als in Großstädten, unterstreicht Steiner: „Normalerweise ist das gesamte Gemeindegebiet für die touristische Nutzung zugelassen, die Feriennutzung verbreitet sich überall – nicht nur in bestimmten Vierteln.“

Die Auswirkungen sind vielerorts bereits deutlich sichtbar. In touristischen Gemeinden wie Garmisch-Partenkirchen sind die Immobilienpreise in den vergangenen Jahren

massiv gestiegen. Ein durchschnittliches Einfamilienhaus, gebaut in den 1960ern, unsaniert, kostete 2014 etwa 600.000 Euro – 2022 lag der Preis für so eine Immobilie bei 1,4 Millionen. „Wir haben errechnet, dass man über das gesamte Erwerbsleben ein durchschnittliches Haushaltseinkommen von 213.000 Euro brutto pro Jahr bräuchte, um so eine Immobilie hier zu finanzieren“, berichtet Steiner. Für viele Einheimische – insbesondere junge Menschen – sei Wohneigentum damit praktisch unerreichbar geworden. Auch der Mietmarkt gerate zunehmend unter Druck. „Junge Menschen, die in Garmisch eine Familie gründen wollen, müssen ausweichen auf einen Umkreis von 15 bis 20 Kilometer.“

Zu den ökonomischen Folgen kommen Auswirkungen auf das soziale Gefüge: Traditionelle Nachbarschaften verändern sich, lokale Gemeinschaften geraten unter Druck. Christian Steiner verweist auf Gespräche im Rahmen der Vorstudien zum DFG-Projekt: „Ein Bürgermeister sagte uns: Die Leute, denen diese Wohnungen gehören, sind nicht bei uns im Fußballverein, in der Bergwacht oder der freiwilligen Feuerwehr aktiv. Wenn wir immer mehr Ferienwohnsitze bekommen, stirbt unsere Gemeinschaft hier vor Ort.“

Ausloten von Spielräumen im internationalen Vergleich

Touristisch geprägte Kommunen stehen vor einem strukturellen Dilemma: Einerseits erkennen viele Akteure die Problematik, andererseits sind sie an bestehende Marktmechanismen und rechtliche Rahmenbedingungen gebunden. „Es entsteht eine Spirale, aus der keiner aussteigen kann“, beschreibt Steiner die Situation. „In Deutschland gibt es bisher kein richtig funktionierendes Rechtsinstrument.“ Im internationalen Vergleich hofft das Forschungsteam nun unter anderem darauf, effektive politische Lösungsansätze zu identifizieren.

Untersucht werden alpine Tourismusregionen in Österreich, Italien und der Schweiz. Als konkrete Fallbeispiele dienen Wolkenstein und Region in Südtirol, Kitzbühel in Österreich und Davos in der Schweiz. Ziel ist es, zu vergleichen, wie die Akteure vor Ort mit der Problematik Touristifizierung umgehen und welche Lösungen sie zu realisieren versuchen. Im Zentrum steht weniger der Vergleich der Problemlagen – diese seien ähnlich –, sondern die Frage, wie unterschiedliche rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen das Handeln vor Ort

beeinflussen. Die Erkenntnisse sollen schließlich verglichen werden mit den Ergebnissen der Vorstudien in Deutschland. „Geplant ist es, Handlungsempfehlungen für nationale Regelungen abzuleiten und herauszuarbeiten, was wir voneinander lernen können oder auch nicht“, erläutert Christian Steiner.

Methodisch setzt das Projekt auf eine Kombination aus quantitativen und qualitativen Datenanalysen sowie qualitativer Feldforschung. Dazu gehören unter anderem statistische Auswertungen, rechtliche Einordnungen sowie Interviews mit lokalen Akteuren. „Das Etablieren von Vertrauensbeziehungen und das Aufbauen eines Netzwerks vor Ort ist ein wesentlicher Teil unseres Forschungsansatzes“, sagt Steiner. Sein Kollege Gerhard Rainer startete bereits die Feldphase in Südtirol, er selbst will mit Simon Dudek gemeinsam in der Schweiz bald nachziehen. Das Projekt läuft noch bis zum Frühjahr 2028. Dann will das Team die komplexen Wechselwirkungen zwischen Tourismus, Immobilienmarkt und lokalen Strukturen im ländlichen Raum aufgearbeitet und eine Grundlage für zukünftige politische und planerische Entscheidungen geschaffen haben.

PH

Zu den Personen



Prof. Dr. Christian Steiner

ist seit 2016 Inhaber des Lehrstuhls für Humangeographie. Er ist Ko-Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs „Practicing Place“ und Fachsprecher der Geographie. Zuvor leitete er u.a. eine Studie zu Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf den Lebensunterhalt armer Beschäftigungsgruppen im Tourismus und promovierte zu Tourismuskrisen in der arabischen Welt nach dem 11. September. Steiner verfolgt einen prozessorientierten und transaktiven Ansatz in der Mensch-Mitwelt-Forschung. Seine Interessen liegen in den Mehrals-menschlichen Geographien sowie der Stadt-, Wirtschafts- und Tourismusgeographie und der interdisziplinären Ortsforschung.



Dr. Simon Dudek

ist seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeographie der KU. Zu seinen Forschungsinteressen zählen insbesondere Raumordnung und Landesplanung, materialistische Theorien von Staat und Raum sowie Finanzialisierung. Seit 2020 ist er Mitglied des Wissenschaftlichen Kuratoriums der Akademie Ländlicher Raum Bayern. In seiner Doktorarbeit rekonstruierte er in einer staatstheoretisch fundierten Analyse, wie sich die Raumordnung in Bayern nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise unter der Prämisse der Sparsamkeit neu ausrichtete.



Selbstwirksamkeit als Schlüssel

So nachhaltig denkt und handelt die Jugend in der Region Ingolstadt

Junge Menschen stehen im Zentrum der nachhaltigen Entwicklung, auf ihnen liegt viel Hoffnung und Last zugleich. Doch wie groß ist das Nachhaltigkeitsbewusstsein der jungen Generation tatsächlich? Und wie groß ihre Bereitschaft zu nachhaltigem Konsum? Dr. Ann-Kathrin Bremer untersuchte das in ihrer Doktorarbeit für die Region Ingolstadt. Die Befragung ergab, dass das Nachhaltigkeitsbewusstsein zwar hoch ist, aber nicht immer zu nachhaltigem Verhalten führt. Eine Schlüsselrolle spielen das Erleben von Selbstwirksamkeit – und „Fridays for Future“.

Zur Person



Dr. Ann-Kathrin Bremer

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Geographiedidaktik und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Von 2022 bis 2025 war sie zudem wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-geförderten Service Learning-Projekt „Senatra“. Studiert hat sie Erziehungswissenschaften an der Universität Trier und anschließend den Master „Geographie: Bildung für nachhaltige Entwicklung“ an der KU. Ihre Schwerpunkte in Forschung und Lehre liegen auf Service Learning und Bildung für nachhaltige Entwicklung, Nachhaltigkeitsbewusstsein und nachhaltiges Verhalten, nachhaltiger Konsum sowie nachhaltige Lebensstile und Lebensqualität.

Drei Jahre lang war Ann-Kathrin Bremer nicht nur wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Geographiedidaktik und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), sondern auch im Service Learning-Projekt „Senatra“. Ihre verschiedenen Forschungsinteressen vereinte sie in ihrem Promotionsprojekt. Während viele Forschende sich auf Umweltbewusstsein konzentrierten, legte Bremer den Fokus auf das breitere Konzept des Nachhaltigkeitsbewusstseins, das nicht nur die ökologische Perspektive einbezieht, sondern auch die soziale und wirtschaftliche. „Nachhaltigkeitsbewusstsein umfasst Wissen, Einstellungen und Verhaltensintentionen“, erklärt Bremer. Die Herausforderung liege vor allem im letzten Schritt. „Das Wissen um den Klimawandel und dass es mir wichtig ist, Maßnahmen dagegen zu treffen, führen nicht zwangsläufig dazu, dass ich meinen Ernährungsstil klimafreundlicher gestalte oder das Auto weniger nutze.“ Wie in ähnlichen Arbeiten beobachtete auch Bremer in ihrer Studie eine Einstellungs-Verhaltens-Diskrepanz.

An der Online-Befragung im Sommer 2021 beteiligten sich 195 Personen zwischen 14 und 25 Jahren aus der Region Ingolstadt. Die Teilnehmenden zeichneten sich durch hohe Werte aus, was Wissen und nachhaltige Einstellungen anbelangt. Doch die Verhaltensintentionen, er-

fasst beispielsweise über den nachhaltigen Konsum, sackten deutlich ab. „Der Weg von Wissen über Einstellungen zum Handeln ist nicht linear, vielmehr spielen Gewohnheiten, Normen und Rahmenbedingungen des Handelns eine Rolle“, erläutert Ann-Kathrin Bremer. „Ein weiterer Faktor ist die Selbstwirksamkeitserwartung – also der Glaube, durch das eigene Verhalten etwas bewirken zu können.“ Entsprechend hat die Pädagogin und Geographin diesen Faktor explizit miterhoben. Für die Region Ingolstadt konnte sie so herausfinden, dass die Befragten insgesamt ihre Selbstwirksamkeitserwartung eher gering einschätzten. Wer aber eine höhere Selbstwirksamkeitserwartung hatte, hatte zugleich eine stärkere Intention, sich nachhaltig zu verhalten. Die Schlussfolgerung liegt für die Wissenschaftlerin auf der Hand:

„Wer nachhaltiges Verhalten fördern möchte, sollte die Selbstwirksamkeitserwartung junger Menschen stärken.“

Spannend war für Bremer daher vor allem die Suche nach Faktoren, die Einfluss auf die Selbstwirksamkeitserwartung haben. Einen deutlichen Unterschied machte es, ob die Befragten sich im Nachhaltigkeitskontext engagierten – ganz konkret beispielsweise bei „Fridays for



Future“ (FFF). Diejenigen, die angaben, FFF gar nicht zu kennen, hatten eine geringe Selbstwirksamkeitserwartung. Die Personen, die großes Interesse an FFF zeigten und kurz davor standen, sich aktiv dort einzubringen, hatten dagegen eine sehr hohe Selbstwirksamkeitserwartung – signifikant höher sogar als diejenigen, die sich bereits engagierten. Ähnliches konnte die KU-Forscherin auch für die Nähe zu „Greenpeace“ abbilden. „Das legt die Vermutung nahe, dass die Engagierten entweder sehr hohe Ansprüche an ihr Wirken stellen oder sie durch ihr Engagement ernüchert sind“, ordnet Ann-Kathrin Bremer ein.

Einen deutlichen Einfluss hat das persönliche Engagement laut Bremers Studie auch auf die

Lebenszufriedenheit. So zeige die Befragung, dass ein nachhaltiger Lebensstil für die Teilnehmenden insgesamt nicht im Widerspruch zu hoher Lebensqualität steht. Aber: Junge Menschen, die sich stark mit FFF identifizierten, berichteten über eine geringere Lebenszufriedenheit. „Zurückführen lässt sich das möglicherweise auf striktere Maßstäbe, die diese Personen an ihr Verhalten und ihre Umwelt anlegen“, sagt die Wissenschaftlerin. „Das verdeutlicht die Herausforderungen eines intensiven Engagements.“

Basierend auf ihren Ergebnissen formulierte Bremer Empfehlungen für die praktische Arbeit im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung. Essenziell sei es, jungen Menschen etwas zuzutrauen: „Wir sollten ihnen auf ihrem Bil-

dungsweg ermöglichen, das Gelernte praktisch umzusetzen und sie mit Feedback- und Reflexionsschleifen eng begleiten.“ Eine gelingende Bildung für nachhaltige Entwicklung müsse das Erfahren von Selbstwirksamkeit ermöglichen:

„Ich schlage daher vor, die Methode des Service Learning als eine Art des projektbasierten Lernens mehr in Schule und Universität einzubinden. Junge Menschen entdecken und erfahren hier ihren Handlungsspielraum, ihre Grenzen – und das, was sie am Ende tatsächlich verändern können.“

PH



Vom Messen zum Vermitteln: Klimaforschung im Dialog



Prof. Dr. Tobias Heckmann bei der Ausstellungseröffnung
„Ewiges Eis, adé“ im Georgianum in Ingolstadt.

Klimawandel betrifft alle und bleibt doch oft abstrakt, da die Beziehungen zwischen Veränderungen und Folgen komplex sind. Gleichzeitig sind viele Folgen des Klimawandels heute für jeden Einzelnen bereits spürbar – und damit ein möglicher Schlüssel zu mehr Aufklärung. Die Wissenschaftler am Lehrstuhl für Physische Geographie setzen deshalb auf Dialog. Sie erklären ihre Forschung für ein breites Publikum, hören zu, diskutieren – und lernen selbst dazu. Ein Ansatz, der zeigt, dass sich Grundlagenforschung und Transfer gewinnbringend ergänzen können.

50 Liter Wasser pro Quadratmeter binnen 20 Minuten: Am 4. September 2024 trifft extremer Starkregen den Eichstätter Stadtteil Landershofen. Das Wasser fließt in Bächen die Straßen hinab, Kanaldeckel werden aufgedrückt, Keller laufen voll. Doch das Extremwetterereignis bringt noch etwas weiteres in Gang: Gut zwei Wochen danach gehen Prof. Dr. Tobias Heckmann und sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Dr. Jakob Rom im Landershofener Feuerwehrhaus mit Bürgerinnen und Bürgern, dem Oberbürgermeister, dem Kommandanten der Landershofener Freiwilligen Feuerwehr sowie Mitarbeitern des Bauamts und des Katastrophenschutzes in den aktiven Austausch, analysieren gemeinsam das Geschehene. Ein lokales Beispiel dafür, wie sich Forschung und Wissenschaftskommunikation im Zuge des Klimawandels verändern.

„Wir sind und bleiben Grundlagenforschende, die sich aber aufmachen mitten in die Gesellschaft“, sagt Geograph Tobias Heckmann. Sonst sei man eher im Gletschervorfeld im Hochgebirge, abseits vieler Menschen, Siedlungen und Infrastruktur unterwegs. „Mittlerweile suchen wir auch bewusst den Dialog, weil der Klimawandel und der Mensch alles beeinflussen, womit wir uns befassen.“ Was Heckmann beschreibt, ist mehr als ein zusätzlicher Kommunikationskanal. Es ist ein Stückweit ein Perspektivwechsel: Forschung wird erklärt – und dabei bleibt es nicht. Themen werden mit der interessierten Öffentlichkeit weitergedacht. Wie das konkret aussehen kann, zeigt der Bürgerdialog im Herbst 2024 in Landershofen.

Die KU-Wissenschaftler Heckmann und Rom hatten das Starkregenerereignis zuvor detailliert ausgewertet mit Daten von Wetterstationen und Radarmessungen. Vor Ort präsentierten sie nicht nur diese Erkenntnisse und ordneten das Ereignis wissenschaftlich ein, sondern gingen auch in die Rolle der Zuhörenden. Die knapp 40 Anwesenden konnten ihre eigenen Erlebnisse schildern und dabei beispielsweise die von ihnen beobachteten Abflussbahnen des Wassers sowie betroffene Häuser in eine Karte einzeichnen. „Etwas komplett überraschendes war da nicht dabei, aber

je mehr solche Informationen wir sammeln können, umso detaillierter wird das Bild, das wir vom Ereignis zeichnen können“, sagt Heckmann. Der Bürgerdialog ist aus Sicht des Professors damit nicht nur ein Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger gewesen: „Wir haben detailreiche Informationen bekommen von Personen, die im Gegensatz zu uns direkt vor Ort waren. Informationen, die wir zur Überprüfung unserer Modelle und unseres Verständnisses gut brauchen können.“ Mit diesen Erkenntnissen wird sich demnächst auch eine Bachelorarbeit am Lehrstuhl für Physische Geographie befassen.

Präzise Messungen der Wissenschaft werden ergänzt um Erfahrungen aus erster Hand – so entsteht ein vollständigeres Bild und noch dazu gewinnen Menschen Vertrauen in die Wissenschaft. Für Heckmann eine zentrale Motivation: „Fake News sind ein riesiges gesellschaftliches Problem. Gleichzeitig ist die Wissenschaft bei größeren Bevölkerungsgruppen in einer Glaubwürdigkeitskrise. Dem möchte ich etwas entgegenzusetzen.“ Natürlich setze das voraus, dass Forschung überhaupt noch Gehör finde. „Unsere Erfahrung in Landershofen war dahingehend sehr positiv: Wir haben erlebt, dass die Menschen unser Dialogangebot sehr gern annahmen, offen waren für unsere Informationen und nachvollziehen konnten, was wir erklären.“

Während der Bürgerdialog an der unmittelbaren Betroffenheit der Menschen ansetzte, zielt ein anderes Projekt der Physischen Geographie auf die längerfristigen Folgen des Klimawandels: Die Ausstellung „Ewiges Eis, adé“ macht die Folgen des Klimawandels in den Alpen anschaulich und übersetzt geographische Forschung in ein Erlebnis, das bereits Kinder nutzen können. Ausgangspunkt ist das Projekt „Sensitivität Hochalpiner Geosysteme gegenüber dem Klimawandel seit 1850“ (SEHAG). Darin geht eine von der KU koordinierte internationale DFG-Forschungsgruppe der Frage nach, welche Auswirkungen der Klimawandel im alpinen Raum auf Gletscher und Flüsse, die Vegetation und Prozesse hat, die die Erdoberfläche formen, wie Muren und Felsstürze. Prof. Dr. Florian Haas



Ausprobieren und Erleben gehören fest zum Konzept der Ausstellung „Ewiges Eis, adé“.



Mit Glühlampe und Eiswürfel können Besucher nachvollziehen, wie das Abschmelzen der Gletscher das Rückstrahlvermögen der Erde verringert.



Prof. Dr. Tobias Heckmann und Dr. Jakob Rom beim Bürgerdialog zum Thema Starkregen in Landershofen.



Prof. Dr. Florian Haas erläutert auf dem Gepatschferner in Österreich einem ZDF-Kamerateam die Funktionsweise eines Laserscanners, der Eis und Berghänge vermisst.

und seine Kollegen vermessen dafür regelmäßig unter anderem das Gebiet des Gepatschferners, des zweitgrößten Gletschers Österreichs. Die Ergebnisse des Teams werden in der Ausstellung „Ewiges Eis, adé“ sichtbar durch historische Vergleiche, 3D-Modelle und interaktive Experimente. Mit Hilfe von Eiswürfeln und einer Glühlampe können Besucher beispielsweise nachvollziehen, wie das Abschmelzen der Gletscher die sogenannte Albedo, das Rückstrahlvermögen der Erde, erniedrigt, was zu einer erhöhten Erwärmung der Oberflächen führt. Die so erzeugte zusätzliche Erwärmung ist ein Grund dafür, dass die mittlere Lufttemperatur in den Alpen doppelt so schnell steigt wie die globale Mitteltemperatur.

„Der Anstoß für die Ausstellung kam vom Transfer team der Universität, das im Thema Gletscherschmelze ein großes Potenzial erkannte – ein eindrückliches Beispiel für die Folgen des Klimawandels“, erinnert sich Heckmann. Die Realisierung der Ausstellung übernahm Maria Bartholomäus gemeinsam mit dem Team Wissenschaftskommunikation des Projekts „Mensch in Bewegung“, das maßgeblich für die konzeptionelle und gestalterische Umsetzung verantwortlich war. Die Entwicklung des Ausstellungskonzepts habe zwar Zeit in Anspruch

genommen, sich letztlich aber in jeder Hinsicht gelohnt, meint Heckmann.

Nachdem die Ausstellung im Ingolstädter Georgianum ein großer Erfolg war, ging sie auf Wanderschaft nach Eichstätt, Schrobenhausen und aktuell an die Universitätsbibliothek Regensburg. Dank breiter medialer Berichterstattung finden die Gletscherforschungen der Eichstätter Geographen auch bundesweit Publikum: Florian Haas erklärte seine Arbeit unter anderem in Dokumentation der ZDF-Reihe „Terra X“ oder auf „National Geographic“.

Der Lehrstuhl für Physische Geographie steht damit exemplarisch für eine Entwicklung, die viele Disziplinen betrifft: Grundlagenforschung bleibt zentral – aber sie wird ergänzt durch Austausch, Einordnung und gesellschaftliche Relevanz. Oder, wie Tobias Heckmann es formuliert:

Physische Geographie, auch die Grundlagenforschung, kann heute auch den Transfer umfassen. Das ist keine Einbahnstraße, sondern ein beidseitiges voneinander und miteinander lernen.“

PH

Zur Person



Prof. Dr. Tobias Heckmann

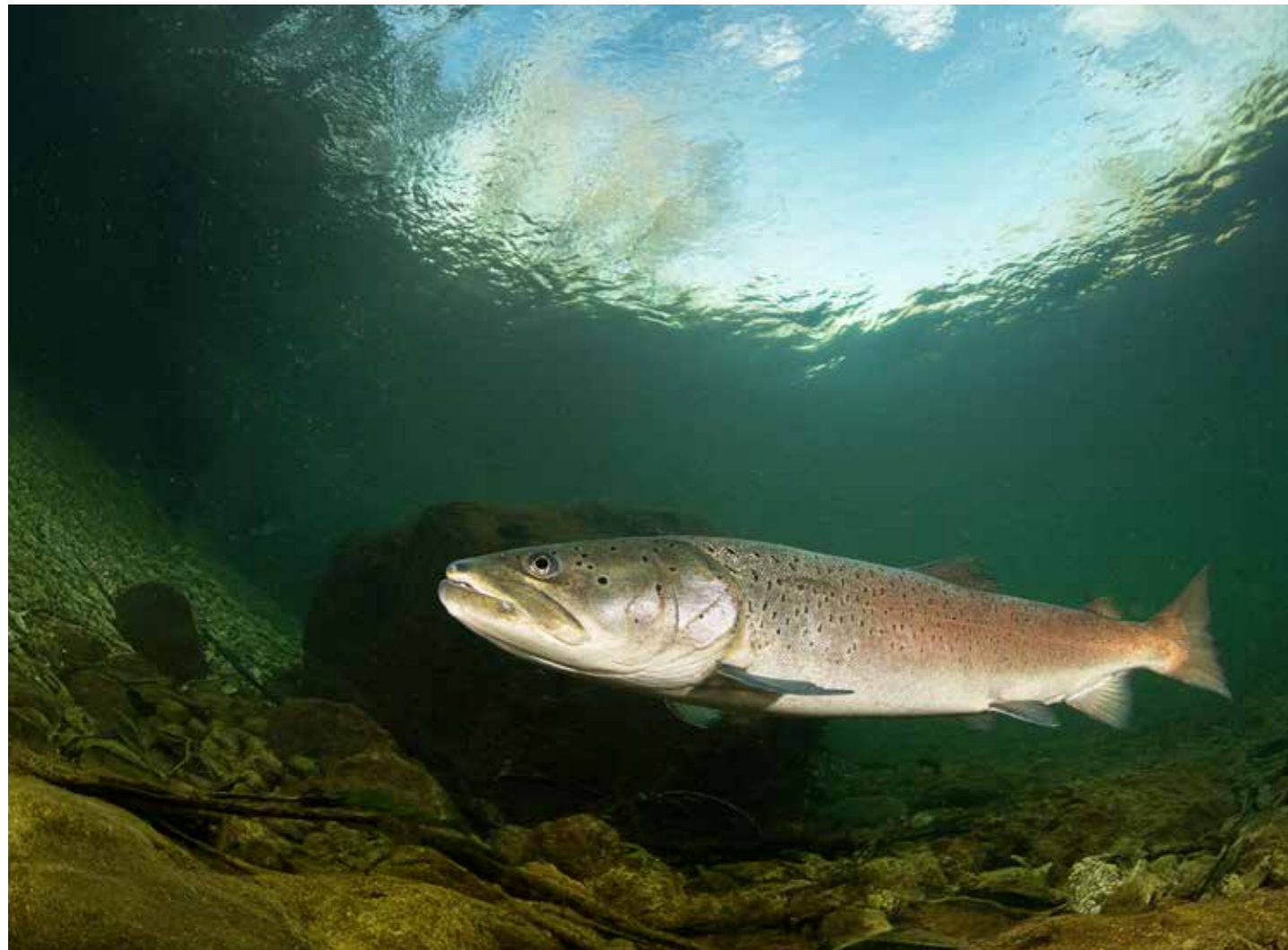
ist seit 2024 Inhaber des Lehrstuhls für Physische Geographie. Zuvor wirkte er an diesem Lehrstuhl 20 Jahre lang als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent. Der wissenschaftliche Schwerpunkt Heckmanns ist die Geomorphologie. Er habilitierte sich mit einer Arbeit über räumliche Modellierung für die Analyse von geomorphologischen Systemen und Sedimentkaskaden. Als Gastwissenschaftler war Heckmann am Wageningen Institute of Environment and Climate Research in den Niederlanden tätig, eine Vertretungsprofessur hatte er an der LMU München inne.



Aueninstitut an EU-Projekt beteiligt

Lebensräume für wandernde Fische bewahren

Die Lebensräume wandernder Fischarten in der Donau und ihren Zuflüssen wiederherzustellen und zu schützen – dieses Ziel verfolgt ein großangelegtes Projekt der Europäischen Union, an dem wissenschaftliche Einrichtungen sowie Behörden und Regierungsorganisationen aus 18 Ländern beteiligt sind. Zu den mehr als 40 Projektpartnern gehört das Aueninstitut der KU. Mit seiner Expertise in der Auen- und Gewässerökologie will die Forschungseinrichtung einen wichtigen Beitrag zur transnationalen Zusammenarbeit und zur Entwicklung nachhaltiger Lösungen leisten.



Huchen gehören zu den wandernden Fischen in der Donau.

Wandernde Fischarten sind ein wesentlicher Bestandteil der Biodiversität und tragen zur Gesundheit der aquatischen Ökosysteme bei. Doch die Fische sind auf intakte Lebensräume angewiesen, um zwischen Laich-, Futter- und Ruheplätzen zu migrieren. Menschliche Eingriffe wie der Bau von Dämmen und Wehren haben diese natürlichen Wanderwege massiv gestört. Das EU-Forschungsprojekt SWIM („Sustainable Water and Integrated Management of Fish Migration and their Habitats in the Danube River Basin and NW Black Sea“) hat das Ziel, die Habitat-Konnektivität zu verbessern. Damit ist gemeint, physische Barrieren zu beseitigen oder zu überwinden, damit Fische ungehindert zwischen ihren Lebensräumen wandern können.

Konkret sind Maßnahmen geplant wie die Errichtung von Fischtreppen sowie die Wiederanbindung von Flussarmen, die durch vorherige Bauaktivitäten abgeschnitten wurden. Im Herbst 2025 startete das internationale Projekt, das auf eine Laufzeit von vier Jahren angelegt ist. Den räumlichen Schwerpunkt bilden die Donauanrainerstaaten bis zur Mündung, unter anderem Kroatien, Serbien, die Slowakei und Rumänien. Das Projekt wird im Rahmen der EU-Mission „Restore our Ocean and Waters“ durch das „Horizon Europe Programm“ gefördert, insgesamt stehen rund acht Millionen Euro zur Verfügung, um die Lebensräume wandernder Fischarten im Donaubecken und im nordwestlichen Schwarzmeerraum wiederherzustellen, zu schützen und zu verbessern. Umgesetzt werden dabei 13 Pilotprojekte an sieben Standorten: in Tschechien, in der Slowakei, in Ungarn, in Rumänien, in der Ukraine, in Serbien sowie ein Projekt in Kroatien, Bosnien und Herzegowina.

Aueninstitut will lokale Partner vernetzen

Wesentlich für den Erfolg der Maßnahmen sei eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren, sagt Prof. Dr. Bernd Cyffka, der Leiter des Aueninstituts der KU. „Der Einbezug etwa lokaler Fischer oder der Kommunen in die Maßnahmenentwicklung ist zentral, um sicherzustellen, dass die Projekte nicht nur ökologi-

sche, sondern auch soziale und wirtschaftliche Vorteile bringen.“ Dies ermögliche eine nachhaltige Umsetzung, die langfristige Akzeptanz und Unterstützung der betroffenen Gemeinden findet. Hier will das Aueninstitut Neuburg-Ingolstadt, das bereits in zahlreiche EU-weite Projekte involviert war, seine langjährige Erfahrung einbringen. Ein entscheidender Beitrag ist die Förderung der transnationalen Zusammenarbeit im Rahmen der SWIM-Allianz, die den Austausch zwischen Regierungsstellen, NGOs, Wissenschaftlern und lokalen Gemeinschaften intensiviert.

Der Fokus liegt auf der aktiven Mitarbeit an Pilotmaßnahmen entlang der Donau und ihrer Nebenflüsse sowie der Gestaltung und Durchführung von Trainings- und Bildungsprogrammen. „Diese Programme werden sich an Studierende, lokale Behörden und NGOs richten und darauf abzielen, das Wissen über Gewässermanagement und Renaturierung zu vertiefen“, erklärt Cyffka. Über Öffentlichkeitsarbeit und Wissenstransfer werde die KU zusätzlich zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung dieser Maßnahmen beitragen. Rund 470.000 Euro beträgt das Fördervolumen für die Katholische Universität innerhalb des SWIM-Projekts.

Technologische Innovationen

Bei der Umsetzung der ökologischen Maßnahmen sollen technologische Innovationen zum Einsatz kommen. Mithilfe von Digital Twins – also virtuelle Modelle der Ökosysteme – will das Projekt die Auswirkungen geplanter Maßnahmen simulieren und optimieren. Zusätzlich ermöglicht der Einsatz von Drohnen ein präzises Monitoring der Lebensraumbedingungen in Echtzeit. Um die Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren zu erleichtern und die Transparenz zu erhöhen, werden blockchain-gestützte Datenmanagement-Systeme eingeführt. Der Einsatz virtueller Realität wird zudem das Engagement von Stakeholdern und die Bildung im Projekt fördern.

Das EU-Projekt zielt darauf ab, langfristige Verbesserungen in der Umweltpolitik zu erreichen. Das Projekt soll nicht nur die Le-

Zur Person



Prof. Dr. Bernd Cyffka

war bis April 2026 Inhaber der Professur für Angewandte Physische Geographie und Leiter des Aueninstituts. Cyffka hatte nach wissenschaftlicher Tätigkeit an der Universität Göttingen 2005 die Professur an der KU übernommen und wurde 2006 Gründungsdirektor des Aueninstituts. Im Laufe der Jahre übernahm er zahlreiche Funktionen und Aufgaben, etwa als Sprecher des Arbeitskreises „Hydrologie“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie, als Herausgeber mehrerer Fachpublikationen und als Präsident der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Donauforschung. Seine Schwerpunkte sind die Auenökologie und -renaturierung, Hydrologie, Hydromorphologie und Ökohydrologie sowie Ökosystemleistungen und Vegetationsgeographie.

bensbedingungen für wandernde Fischarten unmittelbare verbessern, sondern auch zur Erreichung der EU-Biodiversitätsstrategie 2030, der Wasserrahmenrichtlinie, der Habitat-Richtlinie und des European Green Deals beitragen, heißt es in der Projektbeschreibung. Durch die Integration innovativer Technologien und die Berücksichtigung der Bedürfnisse lokaler Gemeinschaften habe SWIM das Potenzial, bedeutende Fortschritte in der Erhaltung der Biodiversität, der ökologischen Widerstandsfähigkeit und des sozioökonomischen Wohlergehens zu erzielen.

orte der Forschung

15 LEBEN
AN LAND



Ein wirksamer und naturbasierter Ansatz zum Klimaschutz ist die Aufforstung. Durch die wissenschaftliche Begleitung der Aufforstung eines etwa 2500 Quadratmeter großen Waldstücks nur wenige Kilometer vom Eichstätter Campus entfernt erhoffen sich Forschende der KU nun neue Erkenntnisse zur Wirksamkeit solcher Maßnahmen. Seit Ende 2023 wurden rund 2000 Baumzöglinge gepflanzt – Eichen, Hainbuchen, Flatterulmen und Elsbeeren. Diese Baumarten gelten als trockenheits- und hitzetolerant und damit gut an die sich verändernden Klimabedingungen angepasst. Insbesondere trifft das auf die Elsbeere zu. Dank ihrer tiefreichenden Wurzeln kann sie Wasser aus tieferen Bodenschichten erreichen und selbst längere Trockenperioden überstehen. Auf dem heimischen Laubbaum liegen daher große Hoffnungen. Um die Anpassungsfähigkeit der Elsbeere zu erforschen, haben Prof. Dr. Susanne Jochner-Oette, Inhaberin der Professur für Physische Geographie/Landschaftsökologie und nachhaltige Ökosystementwicklung, und ihr Team 2025 ein Exemplar ausgewählt und verkabelt. „Else“, so der Spitzname, liefert nun als „Talking Tree“ täglich Daten, wie es ihr geht, unter anderem zu Boden- und Blattemperatur und zur Wasserversorgung. Projekte wie dieses bereichern auch die Lehre, regelmäßig besucht Jochner-Oette mit ihren Studierenden den Wald. Unterstützt wurde die KU unter anderem durch den Markt Nassenfels, das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ingolstadt-Pfaffenhofen an der Ilm und den Landkreis Eichstätt.





Wenn der Frühling früher kommt

Phänologische Veränderungen in Europa im Vergleich

Das Haselsträucher immer früher blühen und Obstbäume zeitiger austreiben, sind Naturbeobachtungen, die den Fußabdruck des Klimawandels zeigen. Wachstum und Entwicklung von Pflanzen, im Fachjargon Phänologie, sind nämlich stark temperaturabhängig. Umgekehrt beeinflussen Veränderungen in der Phänologie ökologische Prozesse, das Lokalklima, die Atmosphärenchemie und die Interaktion zwischen Pflanzen, Insekten und Menschen. Solche Veränderungen systematisch zu erfassen und über ganz Europa hinweg zu vergleichen, ist daher nun Kern eines neuen Forschungsprojekts an der KU.



Caroline Werner, studentische Hilfskraft im Projekt REPHASE, installiert ein Dendrometer.

„REPHASE – Reproduktion, Phänologie und Saisonalität im europäischen Vergleich“ wird geleitet von Prof. Dr. Susanne Jochner-Oette, Inhaberin der Professur für Physische Geographie/Landschaftsökologie und nachhaltige Ökosystementwicklung. Zum Team gehört außerdem ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin Dr. Lisa Buchner. REPHASE knüpft direkt an das weltweit einzigartige Netzwerk der Internationalen Phänologischen Gärten Europas (IPG) an, dessen wissenschaftliche Leitung und Koordination Jochner-Oette 2023 übernommen hat. Gefördert wird das Projekt bis Ende 2028 durch die Eva Mayr-Stihl Stiftung.

Phänologie beschäftigt sich mit wiederkehrenden Entwicklungsphasen in der Natur – etwa Blüte, Blattentfaltung oder Fruchtreife. Diese Prozesse reagieren besonders sensibel auf klimatische Veränderungen. „Die Phänologie ist ein wichtiger Indikator, um die Folgen von veränderten Temperaturen, Niederschlagsmengen oder Sonnenscheindauern zu ermitteln und zu verstehen“, erklärt Susanne Jochner-Oette. Die Beobachtungen in den IPG leisten daher einen wichtigen Beitrag zur Klimafolgenforschung. Durch die Verwendung genetisch identischer Bäume und Sträucher an verschiedenen Standorten sind präzise klimabezogene Vergleiche möglich. Aktuell umfasst das Netzwerk knapp 100 Standorte in 18 Ländern von Finnland bis Portugal.

Bislang lag der Fokus auf der Analyse der phänologischen Entwicklung, Jochner-Oette sieht jedoch weit mehr Potenzial im IPG: „Wir wollen in REPHASE eine Verknüpfung schaffen von Phänologie und Pflanzenphysiologie.“ Die am Projekt beteiligten Bäume werden dafür mit einem Dendrometer ausgestattet, einem Messinstrument zur kontinuierlichen Erfassung von Umfangsänderungen des Stamms. „Der Start und das Ende des Dickenwachstums eines Baumes sind alternative Indikatoren für die Länge der Vegetationsperiode. Häufig nutzt man dafür die Blattentwicklung. Uns interessiert nun, wie

sich der Alternativindikator Dickenwachstum im Vergleich verhält“, erläutert die Professorin. Spannend sei zudem, wie sich unterschiedliche lokale Klimabedingungen auswirken. Dafür werden zusätzlich jeweils ein Temperatur- und Feuchtigkeitsmessgerät an der Pflanze installiert. Die Messdaten werden von den Teams vor Ort erfasst und zur Analyse nach Eichstätt weitergeschickt. Ziel ist ein Vergleich der Vegetationsperioden innerhalb Europas, der Einblicke in die Anpassungsfähigkeit der Bäume an veränderte Umweltbedingungen ermöglicht.

Neben der Vegetationsperiode stehen Fragen der Reproduktionsökologie im Fokus. So werden die Messungen mit dem Dendrometer mit der Menge produzierter Samen verglichen, um mögliche Zusammenhänge zwischen Phänologie und Reproduktion zu identifizieren. „In sogenannten Mastjahren, in denen ein Baum viel Energie für die Entwicklung von Pollen und Samen verwendet, wendet er weniger auf für die Entwicklung von Blättern und bleibt kahler. Die Frage ist, ob in diesen Jahren auch das Dickenwachstum geringer ist.“ Um diese Frage zu beantworten, werden den Wissenschaftlerinnen auch Blattproben aus den Gärten zugeschildet.

Das Forschungsteam nutzt für das Projekt Buchen, da diese an ausreichend vielen Standorten der IPG vorkommen – was angesichts klimatischer Unterschiede auch innerhalb Europas nicht für alle Bäume und Sträucher der Fall ist. Im Sample sind rund 20 Standorte mit insgesamt vier Genotypen der Buche. Hinzu kommen zehn Bäume in der Region Eichstätt. „So haben wir auch den Vergleich, wie sich Buchen bei gleichen mikroklimatischen Bedingungen aber unterschiedlicher Genetik entwickeln“, sagt die KU-Professorin.

Die gewonnenen Ergebnisse sollen dazu beitragen, die Auswirkungen des Klimawandels auf Waldbäume besser zu verstehen, und liefern wichtige Grundlagen für Anpassungsstrategien in der Forstwirtschaft. Zudem soll das

IPG-Netzwerk gestärkt und strategisch weiterentwickelt werden. So plant Jochner-Oette im Rahmen von REPHASE einen Workshop in Eichstätt mit den Kolleginnen und Kollegen verschiedener IPG-Standorte. Denn aus ihrer Sicht ist der Mehrwert des Netzwerks einzigartig: „Da wir genetisch identische Bäume und Sträucher nutzen, können wir regionale Veränderungen in Europa über die Zeit hinweg standardisiert vergleichen und Klimaauswirkungen detektieren.“ So wird der Garten am Campus zum Fenster für globale Zusammenhänge.

PH

Zur Person



Prof. Dr. Susanne Jochner-Oette

ist seit 2015 Inhaberin der Professur für Physische Geographie/Landschaftsökologie und nachhaltige Ökosystementwicklung und aktuell Dekanin der Mathematisch-Geographischen Fakultät. In ihrer Forschung befasst sie sich mit den Interaktionen zwischen Atmosphäre und Biosphäre. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf klimabedingten Veränderungen in der Phänologie, der Aerobiologie und dem Eschentriebsterben. Seit 2023 leitet Jochner-Oette das Netzwerk der Internationalen Phänologischen Gärten Europas (IPG).



Wie Europa demokratisch wurde – und warum darüber bis heute debattiert wird

Wenn über das „Demokratiedefizit“ der Europäischen Union diskutiert wird, wirkt das wie eine neue politische Kontroverse. Tatsächlich begleitet die Frage, wie demokratisch Europa ist und sein sollte, den europäischen Integrationsprozess jedoch seit Jahrzehnten. Ein Forschungsprojekt an der KU nimmt diese historische Entwicklung nun genauer in den Blick. Unter dem Titel „Demokratische Verfasstheit in Europa“ untersucht ein Team von Historikerinnen und Historikern, wie europäische und nationale Demokratiegeschichte von den 1970er bis zu den 1990er Jahren miteinander verflochten sind.

An der KU leitet Prof. Dr. Vanessa Conze, Inhaberin des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte, das Projekt. Unterstützt wird sie von ihrem wissenschaftlichen Mitarbeiter und Doktoranden Tom Binner. Weitere Projektpartner sind Prof. Dr. Silke Mende von der Universität Heidelberg und Prof. Dr. Marcus M. Payk von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg mit ihren Doktoranden. Gefördert wird das seit Mai 2025 laufende Projekt von der Gerda Henkel Stiftung.

„Die Debatte über die Frage, wie demokratisch ist Europa, entwickelt sich im Lauf der 1970er Jahre und verschwindet nicht mehr von der Bildoberfläche – sie nimmt nur verschiedene Ausformungen an“, erklärt Vanessa Conze. Im Kern dieser Debatte stehe dabei bis heute die Frage nach dem Verhältnis zwischen nationalen demokratischen Räumen und dem europäischen Raum und damit die Spannung zwischen verschiedenen nationalen Demokratievorstellungen, Verfassungsordnungen und europäischen Institutionen.

Das Projekt besteht aus drei Teilstudien, die zentrale Aushandlungsprozesse über Demokratie im europäischen Integrationsprozess untersuchen. Dabei geht es um die Rolle nationaler Verfassungen, um sicherheitspolitische Debatten sowie um die Aufnahme postdiktatorischer Staaten in die Europäischen Gemeinschaften (EG) beziehungsweise später in die Europäische Union (EU). Das Teilprojekt von Tom Binner an der KU mit dem Titel „Keine Eingriffe in die Identität der Verfassung. Zum Verhältnis zwischen Grundgesetz und ‚Europa‘ in demokratiegeschichtlicher Perspektive“ konzentriert sich auf die sogenannten Europa-Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Diese Entscheidungen markieren wichtige Momente im historischem Spannungsverhältnis zwischen europäischem Recht und nationaler Verfassungsordnung.

Im Mittelpunkt steht dabei die „Solange-I-Entscheidung“ von 1974. „Das Bundesverfassungsgericht sagt hier, der Grundrechtsschutz auf europäischer Ebene reicht nicht aus und deswegen behalten wir uns vor, Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs dahingehend zu prüfen, ob diese mit unserem Grundgesetz übereingehen“, erläutert Binner. Vanessa Conze ergänzt:

„Daher der Name: Solange der Grundrechtsschutz auf europäischer Ebene nicht dem entspricht, was das deutsche Grundgesetz garantiert, solange nehmen wir uns heraus, europäisches Recht zu prüfen.“ In der Urteilsbegründung ist vom Schutz der „Identität der Verfassung“, also des Grundgesetzes, vor dem Europarecht die Rede.

Die Entscheidung aus Karlsruhe wurde von der bundesdeutschen Politik mit Sorge aufgenommen: Das oberste deutsche Gericht schien sich hier gegen die europäische Integration zu positionieren. „Es gab Befürchtungen, dass andere europäische Verfassungsgerichte dem westdeutschen Vorbild folgen könnten“, sagt Tom Binner. Gleichzeitig setzte „Solange-I“ eine intensive Diskussion über die demokratische Legitimation der europäischen Integration, aber auch über die Bedeutung und Rolle des Grundgesetzes in Gang. Ob diese Diskussion perspektivisch dazu beitrug, die demokratischen Strukturen Europas weiterzuentwickeln, will Binner in seinem Projekt untersuchen. Das Bundesverfassungsgericht jedenfalls sah Mitte der 1980er Jahre den europäischen Grundrechtsschutz und die demokratischen Strukturen der europäischen Institutionen deutlich weiterentwickelt gegenüber den frühen 1970er Jahren. Als Konsequenz hob Karlsruhe 1986 im „Solange-II“-Urteil den Prüfungsvorbehalt auf: „Die Argumentation wurde nun umgekehrt: Solange der Grundrechtsstandard auf europäischer Ebene in verbesserter Form existiert, solange müssen wir das national nicht weiter überprüfen“, erklärt Binner.

Das Projektteam interessiert sich insbesondere für die größeren Fragen hinter den konkreten Urteilen: „In welchem Verhältnis kommunizieren und stehen nationale Verfassungsräume und ihre Definition von Demokratie und Grundrechtsschutz mit den europäischen Strukturen? Inwiefern führt der Schutz nationaler Standards zu einer Demokratisierung europäischer Strukturen?“, skizziert KU-Professorin Conze die Thematik.

Tom Binner geht diesen Fragen anhand umfangreicher historischer Quellen auf den Grund. Sein Interesse gilt politischer Kommunikation und Korrespondenzen zwischen verschiedenen Ministerien und den politischen Institutionen auf europäischer Ebene: „Es wird im Kontext von Solange-I viel diskutiert über die rechtliche Interpretation des Urteils und wie man politisch damit umgeht.“ Fündig wurde Binner bereits im Bundesarchiv in Koblenz, dem Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin und den „Historical Archives of the European Union“ in Florenz. Auch das Archiv des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe steht noch auf seiner Agenda.

Der Begriff der „demokratischen Verfasstheit“ bildet die konzeptionelle Klammer des Gesamtprojekts. Gemeint ist damit das komplexe Zusammenspiel aus Ideen, Institutionen, politischen Praktiken und gesellschaftlichen Debatten, in dem Demokratie als politische Ordnung immer wieder neu ausgehandelt wird. „Das demokratische Europa ist ein historisches Konstrukt“, betont Conze. Die europäische Integration zeige, dass demokratische Strukturen nicht einfach gegeben seien, sondern sich historisch entwickeln und verändern. Deshalb sei es wichtig zu verstehen, wie die narrative Verbindung zwischen Europa, Demokratie und gemeinsamen Werten überhaupt entstanden ist.

Das Projekt zeigt zugleich, dass viele heutige Diskussionen über Europa eine lange Vorgeschichte haben. „Dass die Debatten um ein Demokratiedefizit auf europäischer Ebene damals schon so virulent waren, ist für mich eine wichtige Erkenntnis“, sagt Binner. Der historische Blick könne helfen, aktuelle Konflikte besser einzuordnen.

„Wir können unser Heute nur verstehen, wenn wir den Entstehungsprozess verstehen“, unterstreicht Vanessa Conze.

Die Ergebnisse der drei Teilprojekte sollen in den kommenden Jahren in Workshops, Tagungen und einer Abschlusskonferenz vorgestellt werden. Neben den Dissertationen ist zudem eine gemeinsame Publikation geplant, die die unterschiedlichen Perspektiven des Gesamtprojekts zusammenführt.

PH

Zur Person



Prof. Dr. Vanessa Conze

ist seit 2022 Inhaberin des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte. Sie promovierte an der Universität Tübingen und war dort wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“. Mit einer Arbeit über die Entwicklung politischer Loyalitäten habilitierte sich Conze an der Universität Gießen. Zu ihren Schwerpunkten gehören u.a. die Geschichte der europäischen Integration, die politische Kulturgeschichte, erinnerungskulturelle Fragen sowie die Kulturgeschichte des Vergnügens.

orte der Forschung

17 PARTNER-
SCHAFTEN
ZUR ERREICHUNG
DER ZIELE



Wo Ideen in Bewegung kommen

Draußen wird diskutiert, gelacht, gearbeitet: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Projekt „Mensch in Bewegung“ und der School of Transformation & Sustainability tauschen Ideen aus und entwickeln neue Ansätze zur Bürgerbeteiligung. Für genau solche Workshop-Situationen ist das Citizen

Science Lab am Wissenschaftsforum der KU in Ingolstadt konzipiert. Als flexibler Dialog- und Partizipationsraum lässt es sich dank modularer Möblierung schnell an unterschiedliche Formate anpassen – von Kleingruppenarbeit über World-Café bis hin zur offenen Plenumsrunde.

Hier zeigt sich, wie Forschung an der KU heute funktioniert: partizipativ, ko-kreativ und transdisziplinär. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Partnern aus Zivilgesellschaft, Bildung und Kommunen zusammen – von punktueller Beteiligung bis zu langfristigen Kooperationen. Das Citizen Science Lab

unterstützt diese Prozesse als zentrale Anlaufstelle: Es berät Forschende, fördert den Austausch guter Praxis und stärkt die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Partnern. So wird partizipative Forschung zu einem festen Bestandteil engagierter Wissenschaft an der KU.



„Wir haben die Frontal- attacke auf unsere Werte unterschätzt“

Uwe Schneidewind über transformative Wissenschaft, einen späten Realitätsschock und gesellschaftliche Werte

Prof. Dr. Uwe Schneidewind, eine der profiliertesten Stimmen der deutschen Transformations- und Nachhaltigkeitsforschung, ist erster Fellow an der School of Transformation and Sustainability (STS) und begleitet die neu eingerichtete Fakultät bei ihrer strategischen Weiterentwicklung. Fellows seien „Wegbegleiter auf Zeit“, sagt Gründungsdekan Prof. Dr. Harald Pechlaner, der sich freut, dass es der STS gelungen ist, Schneidewind gewonnen zu haben. Im Gespräch mit Dr. Thomas Metten (Stabsstelle Strategie und Hochschulentwicklung) blickt Schneidewind auf zehn Jahre transformative Wissenschaft zurück und erläutert, vor welchen Herausforderungen die Nachhaltigkeitstransformation heute steht.

Lieber Uwe, vor gut zehn Jahren habt ihr den Ansatz einer transformativen Wissenschaft entwickelt, 2018 ist das Buch „Die große Transformation“ erschienen. Inzwischen gibt es an der KU eine eigene Transformationsfakultät, andere Hochschulen ziehen nach und richten sich stärker auf Transformationsthemen aus. Euer Ansatz war enorm erfolgreich. Die Zeiten sind inzwischen aber andere. Würdest Du das Thema heute noch genauso angehen?

US: Nein. Rückblickend fällt am stärksten unser Idealismus auf. Unser Buch zur großen Transformation ist in einer Phase entstanden, die durch einen besonderen Optimismus geprägt war. „Fridays for Future“ waren auf ihrem Höhepunkt. Ein Jahr später kam der Green Deal der EU. Damals hatten wir den Eindruck, jetzt kommt richtig Bewegung rein.

Unser Ansatz ist daher aus dem Geist entstanden: Es gibt eine stabile Werteordnung, die uns alle trägt. Die einzige Herausforderung schien uns: Wie übersetzen wir das in Institutionen und Regelungen, nicht nur national, sondern auf multilateraler Ebene? Es ging um das „Wie“, nie aber darum, ob das überhaupt möglich ist.

Was hat sich heute verändert?

US: Heute steht das „Ob“ wieder radikal in Frage. Wir erleben America first, die Spaltung unserer Gesellschaften. Institutionen, die Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit verkörpern –

noch einmal geben wird, damit haben wir nicht gerechnet. Was wir 2018 geschrieben haben, wirkt daher rückblickend an einigen Stellen beinahe naiv.



Prof. Dr. Uwe Schneidewind mit KU-Präsidentin Prof. Dr. Gabriele Gien, STS-Founding Chair Prof. Dr. Harald Pechlaner (rechts) sowie dem Vizepräsident für Forschung, Prof. Dr. Jens Högrevé (links).

von unseren demokratischen Organisationen bis hin zu multilateralen Abkommen – werden niedrigerissen und Technologien sind nicht mehr nur Ermöglicher, sondern werden zu Instrumenten, um Macht an wenigen Stellen zu konzentrieren. Plötzlich ist klar: Wir haben es mit einer völlig neuen Bedrohungslage zu tun, auf die wir komplett unvorbereitet waren. Dass es eine solche Frontalattacke auf unsere Werte

Lange Zeit galt Technologie als der große Hebel der Transformation – auch in Deiner Zeit als Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie habt Ihr intensiv an technologischen Lösungen für die Nachhaltigkeitstransformation gearbeitet. Heute sprichst Du verstärkt über Werte und gesellschaftliche Orientierung. Ist das die eigentliche Baustelle?

US: Ja, absolut. Mit dem Buch zur großen Transformation hatten wir bereits versucht, genau das deutlich zu machen. Wir wollten zeigen, dass die Idee nachhaltiger Entwicklung zuallererst ein kulturelles Projekt ist. Es geht um einen

Wertekompass, der den Korridor vorgibt – und erst dann stellt sich die Frage: Wie können wir das in technologische Projekte übersetzen? Die Bedeutung der kulturellen Ebene tritt jetzt natürlich viel deutlicher hervor. Brechen die kulturellen Grundlagen weg, steht die ganze Idee nachhaltiger Entwicklung auf dem Spiel. Aber auch am Wuppertal Institut mussten wir immer wieder auf das reagieren, wofür es Fördermittel

gab. Und das waren im Wesentlichen technologische und ökonomische Themen.

Das heißt, die Förderkulisse von Bundesministerien und Stiftungen müsste eine andere werden, um soziale und kulturelle Fragen der Klimakrise stärker adressieren zu können?

US: Ja, dringend. Die kulturelle Transformation von Gesellschaft muss in den Fokus rücken. Aktuell heißt es ja immer noch, wir benötigen zuerst eine Hightech-Agenda, um international wettbewerbsfähig zu sein. Sich alleine darauf zu konzentrieren, kann sich jedoch als sehr kurz-sichtig erweisen. Ich könnte mir aber vorstellen, dass mit den Erschütterungen und der zunehmenden Ratlosigkeit, die wir jetzt erleben, eine neue Sensibilisierung einsetzt. Dass man feststellt: Wir sind orientierungslos, wir benötigen dringend Programme, die gesellschaftliche Orientierung stiften.

Sind da nicht die Geistes- und Sozialwissenschaften besonders gefragt?

US: Ja, die KU setzt hier mit ihrer neuen Fakultät genau die richtigen Akzente. Es ist gut, wenn jetzt einzelne Hochschulen aus ihrer Autonomie heraus sagen: Wir erkennen, da sind die eigentlich entscheidenden Fragen. Darum richten wir uns in Forschung jetzt sehr viel konsequenter auf geistes- und sozialwissenschaftliche Fragen der Klimakrise aus. Das ist ja genau der Grund, warum ich hier als Fellow tätig bin, da ich das Gefühl habe, die KU hat die Zeitansage verstanden und ist einer der akademischen Orte, der da jetzt vorangeht.

Einer der programmatischen Begriffe in Eurem Buch zu großen Transformation lautet Zukunftskunst. Auf dem Cover ist ein Werk des Künstlers Tony Cragg zu sehen, der in Wuppertal auch sein Atelier hat. Wie sehr ist Eurer Impuls, stärker in die Kunst reinzugehen, von den Hochschulen aufgegriffen worden?

US: Wir haben am Wuppertal Institut nach dem Buch die Zusammenarbeit mit Kultur- und Kunstinstitutionen sehr stark institutionalisiert. Der Impuls ist interessanterweise aber auch in Förderprogrammen aufgenommen worden, dort aber oft in einer sehr verkürzten Form, nach dem Motto: Wie kann ich jetzt Kultureinrichtungen nachhaltiger machen? Wie können die mehr Energie sparen und Recycling betreiben.

Das war aber nicht Eure Intention, oder?

US: Nein. Ich versuche immer wieder deutlich zu machen, dass uns künstlerische Beobach-

tungsformen und die Sprache der Kunst helfen können, komplexe Phänomene gesellschaftlicher Veränderung anders und besser zu verstehen, als wir dies rein kognitiv oder analytisch können. Das wird anhand der sozialen Medien besonders deutlich, wo die Kommunikation ganz stark bildgesteuert verläuft. Aus einer künstlerischen Perspektive kann ein viel tieferes Verständnis dafür entstehen, welche Energien und Resonanzen dies freisetzt, was Menschen bewegt. Genau hier müssen wir wirklich aufholen, weil mit den künstlerischen Erkenntnis-methoden und den gesellschaftlichen Interventionsmöglichkeiten der Kunst ein ganz anderes Spektrum an Ansätzen entstehen kann, um mit den aktuellen Herausforderungen umzugehen.

Das heißt, wir sollten die Zusammenarbeit mit den Künsten intensivieren?

US: Absolut. Das Spannende an der neuen KU-Fakultät – die ja aus der Religionspädagogik hervorgegangen ist – ist doch, dass die Theologie für diese Ebene immer schon eine hohe Sensibilität hatte. In Religionen ist immer schon klar, dass Erkenntnis nicht nur über das Verlesen der Schrift passiert, sondern auch über die in der Gemeinschaft realisierten Rituale und Inszenierungen, die ganz andere Zugänge zum Glauben und zu theologischer Erkenntnis eröffnen. Wenn wir solche Ansätze durch eine engere Kooperation mit den Künsten stärken und Künstlerinnen und Künstlern aktiv einbeziehen, ist das sicher ein guter Weg.

Nach Deiner Zeit als Wissenschaftler warst Du zuletzt fünf Jahre Oberbürgermeister in Wuppertal. Kommunen sind zentrale Plattformen für die Nachhaltigkeitstransformation. Was sind aus Deiner Erfahrung Voraussetzungen dafür, um in der Zusammenarbeit eine spürbare Hebelwirkung zu entfalten?

US: Wichtig sind konkrete Experimentier-räume, wie sie an der KU mit dem Citizen Science Lab und dem Büro für die Bürgerschaft entstanden sind. Durch die enge Zusammenarbeit an solchen Erprobungsorten entsteht ein Gespür für Mechanismen, die sich in einer Kommune entfalten. Das ist auf Hochschuleseite sicher auch eine Haltungsfrage, letztlich geht es aber um soziale und kommunikative Kompetenzen und eine hohe Empathiefähigkeit, um im gemeinsamen Gestalten auf Augenhöhe wahrgenommen zu werden. Und da hilft es sehr, Menschen zu haben, die authentische kulturelle Kompetenzen mitbringen – das ist ja das Potenzial von Hochschulen, wenn Studierende aus der Region kommen. Das reicht vom Sich-Eindecken-Können in Mentalitäten bis zur Art des Dialektes.

Das als Kompetenz anzuerkennen, um ganz anders in diesen Experimentier-räumen agieren zu können, ist enorm wichtig, weil eine Hochschule schnell als Fremdkörper wahrgenommen wird. Und natürlich sollten die Fragen, mit denen man sich auseinandersetzt, nicht alleine aus der Wissenschaft kommen, sondern aus der Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort. Nur so kann das Gefühl entstehen: Die arbeiten an Themen, die mich interessieren, die ich genauso formulieren würde, und deswegen wirke ich daran mit, gemeinsam bessere Antworten zu entwickeln.

Du hast jetzt einige Themen benannt: gesellschaftliche Orientierung, Kommunen als Plattformen für die Nachhaltigkeitstransformation und die Notwendigkeit konkreter Experimentier-räume. Sind das die Themen, die Dich auch in Deiner Zeit als Fellow an der KU beschäftigen werden?

US: Genau. Das werden die Themen für die nächste Zeit sein. Im Rahmen des Fellowships wird es aber auch darum gehen, Plattformen sowohl für den Austausch innerhalb der KU als auch mit externen Partnern und Vordenkerinnen dafür zu organisieren.

TM

Zur Person



Prof. Dr. Uwe Schneidewind ist erster Fellow an der School of Transformation and Sustainability (STS) der KU. Von November 2020 bis Oktober 2025 war er Oberbürgermeister der Großstadt Wuppertal. Von 2010 bis 2020 war er Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie gGmbH. Bis 2010 hatte Schneidewind eine Professur für Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit an der Bergischen Universität Wuppertal inne. 2004 bis 2008 war er Präsident der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, wo er zuvor bereits seit 1998 Professor für Produktionswirtschaft und Umwelt war.

Grundbegriffe der transformativen Wissenschaft – kurz erklärt

Transformative Wissenschaft will mehr als erklären, wie Gesellschaften funktionieren – sie fragt, wie sie sich in Richtung Nachhaltigkeit verändern lassen. Sie verbindet wissenschaftliche Analyse mit praktischer Erfahrung und versteht Forschung als Teil gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Im Zentrum steht dabei die Frage, welche Werte Orientierung geben, wenn vertraute Gewissheiten ins Wanken geraten.

Transformation: Wenn von Transformation die Rede ist, geht es nicht um kleine Korrekturen, sondern um grundlegende Veränderungen. Gemeint ist ein tiefgreifender Wandel von Lebens- und Denkweisen, Institutionen und Praktiken – vergleichbar mit historischen Umbrüchen, die ganze Epochen geprägt haben.

Nachhaltigkeit: Nachhaltigkeit ist kein technisches Ziel, sondern eine Frage gesellschaftlicher Orientierung. Sie verbindet ökologische Grenzen mit sozialer Gerechtigkeit und dient als Maßstab dafür, ob gesellschaftliche Entwicklung langfristig tragfähig ist.

Transdisziplinarität: Transformative Wissenschaft verlässt bewusst den akademischen Elfenbeinturm. Sie bringt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Akteuren aus Politik, Kommunen, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft zusammen, um komplexe Probleme gemeinsam zu verstehen und zu bearbeiten.

Ko-Produktion von Wissen: Wissen entsteht hier nicht allein in Seminarräumen oder Fachzeitschriften. Fragestellungen und Lösungsansätze werden gemeinsam mit Praktikerinnen und Praktikern entwickelt – mit dem Anspruch, wissenschaftlich fundiert und zugleich gesellschaftlich wirksam zu sein.

Partizipation: Partizipation bedeutet mehr als Anhörung. Menschen wirken aktiv an der Gestaltung von Transformationsprozessen mit, sie sind aktiv in Forschung einbezogen. Das stärkt nicht nur die Qualität der Ergebnisse, sondern auch deren Wirksamkeit und Akzeptanz.

Reflexivität: Transformative Wissenschaft hinterfragt sich selbst. Sie macht sichtbar, von welchen Werten und Annahmen Forschung ausgeht. Forschende reflektieren hierbei ihre gesellschaftliche Verantwortung sowie mögliche Macht- und Wirkungszusammenhänge ihres Handelns.

Reallabore: Reallabore sind Experimentierräume des Wandels. Hier werden neue Ideen gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteuren unter realen Bedingungen erprobt – offen, lernorientiert und mit dem Ziel, nachhaltige Lösungen weiterzuentwickeln und zu verbreiten.

TM

Transformation Fellows an der KU

Die School of Transformation and Sustainability (STS) der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt vergibt erstmals Fellowships für herausragende Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis, die Transformation und Nachhaltigkeit inter- und transdisziplinär denken und gestalten möchten. Wir suchen engagierte Denkerinnen und Denker, Forscherinnen und Forscher, Praktikerinnen und Praktiker sowie fortgeschrittene Postdocs aus allen Disziplinen, die mit innovativen Projekten neue Impulse für nachhaltige Zukünfte setzen, sich aktiv in die STS-Forschungsagenda einbringen und den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft stärken. Denkbar sind beispielsweise Junior-, Senior- oder Digital-Fellowships.

Was wir bieten:

- Fellowships von 3 bis 10 Monaten
- ein inspirierendes, interdisziplinäres Umfeld
- Arbeitsplatz & Zugang zur Forschungsinfrastruktur
- aktive Einbindung in Forschung, Lehre und Transferformate der STS

Gestalten Sie mit uns Transformation und Nachhaltigkeit – wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!



Galant, gelehrt, gefeiert

Die Wiederentdeckung der Aurora von Königsmarck



Der Wandteppich „Triumftapete“ von ca. 1700 zeigt Aurora von Königsmarck auf einem Streitwagen gezogen von Löwen (Östergötlands Museum, Linköping/Schweden).

Voltaire nennt sie „die berühmteste Frau zweier Jahrhunderte“: Maria Aurora von Königsmarck (1662-1728) war gefeierte Organisatorin höfischer Feste, Dichterin, Musikerin und Vertraute von Intellektuellen und Fürsten. Das literarische Werk und die Rolle der deutsch-schwedischen Gräfin sind heute jedoch weitgehend vergessen. Ein neues Projekt an der KU will das ändern. In Kooperation mit Forschenden der Universität Würzburg und der Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt entsteht eine hybride Edition des literarischen Werks und ausgewählter Korrespondenzen einer der schillerndsten Frauenfiguren der Frühen Neuzeit.



„Unsere Edition bringt eine Autorin zum Vorschein, die zu ihrer Zeit enorm prominent und vernetzt war“, sagt Prof. Dr. Isabelle Stauffer, die an der KU die Professur für Neuere deutsche Literaturwissenschaft innehat. Sie leitet das Projekt gemeinsam mit ihren Kollegen Prof. Dr. Stephan Kraft von der Universität Würzburg und Prof. Dr. Thomas Stäcker von der Universitäts- und Landesbibliothek der TU Darmstadt. Für die kommenden drei Jahre fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) das Vorhaben mit rund 300.000 Euro.

Maria Aurora von Königsmarck entstammte einem der mächtigsten Adelsgeschlechter Europas und verfügte so nicht nur über eine exzellente Ausbildung, sondern auch über höfische Kontakte. Ihre männlichen Verwandten verstarben entweder früh oder waren liberal, verheiratet war die Gräfin nie – so besaß sie als Frau für die damalige Zeit vergleichsweise viele Freiheiten. Für wenige Jahre war sie Mätresse des sächsischen Kurfürsten August des Starken, mit dem sie einen Sohn hatte: Moritz von Sachsen stieg unter Ludwig XV. zum Marschall von Frankreich auf. Aurora von Königsmarck selbst wurde später Pröpstin des reichsfreien Damenstifts in Quedlinburg – auch das eine Position, die ihre viele Freiheiten ließ.

Ihr Aufstieg begann mit der Aufführung eines Stücks des französischen Autors Racine am schwedischen Hof. Schnell machte sie sich als Organisatorin imposanter Feste einen Namen. „Heute würde man sagen, sie war Event-Managerin“, erklärt Isabelle Stauffer. Darüber hinaus war sie eine umtriebige Autorin. Ihr Portfolio umfasste weltliche und religiöse Lyrik, Dramen, autofiktionale Erzählungen, Arien und galante Briefe, auf Deutsch, Französisch, Italienisch, Schwedisch und Latein.

Mit diesem Profil entwickelte sie sich bald zur zentralen Figur der Galanterie im deutschsprachigen Raum. Die Galanterie war um 1700 ein höfisches Verhaltens- und Kommunikationsideal, das Höflichkeit, Bildung, Anstand, Eleganz und eine neue Kultur der Liebe und des Scherzens zwischen den Geschlechtern einführte. Seinen Ursprung hat es in Frankreich, wo in literarischen Salons wie dem von Madeleine de Scudéry Frauen und Männer auf Augenhöhe interagierten und diskutierten. Im deutschen Sprachraum war die Galanterie zunächst Männersache: Professoren wie Christian Thomasius hielten darüber Vorlesungen, Autoren wie Christian Friedrich Hunold schrieben galante Romane. Gräfin Maria Aurora von Königsmarck war es jedoch, die die galante fran-

zösische Salonkultur im deutschen Reich verbreitete und etablierte. „Mit ihren besonderen Freiheiten war sie eine der wenigen Frauen, der das möglich war“, sagt Literaturwissenschaftlerin Isabelle Stauffer. „Ihren Zeitgenossen galt sie als das unerreichte Vorbild der galanten Dame.“

Dass ihre Werke trotz dieser Prominenz heute so schwer greifbar sind, führt Stauffer auf die damaligen Normen zurück: „Für den Adel galt es als nicht standesgemäß, drucken zu lassen. Die Werke zirkulierten häufig nur als Handschriften oder erschienen anonym. Für adelige Frauen galten diese Regeln in verschärftem Maße.“ Keine der bisherigen Editionen enthält daher mehr als ein Viertel des Materials. „Wir haben hier einen ungehobenen Schatz“, sagt Stauffer, die mit ihren Kollegen diese Forschungslücke füllen möchte.

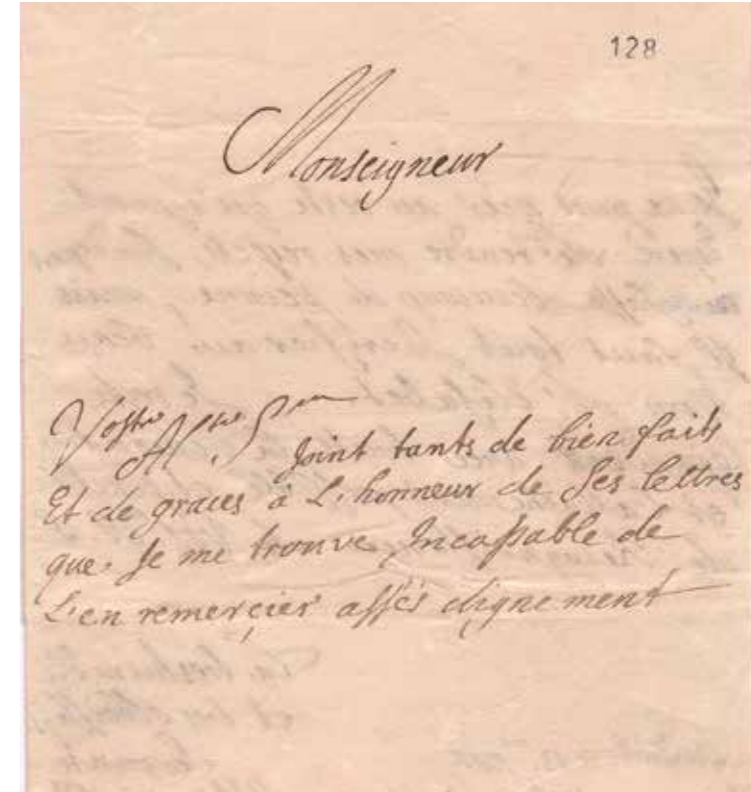
Die aufwändige Materialrecherche läuft bereits seit mehreren Jahren. In Eichstätt wurde das Projekt vom KU Zentrum Religion, Kirche, Gesellschaft im Wandel (ZRKG) und vom Zentrum für Forschungsförderung gefördert. Isabelle Stauffer und ihr wissenschaftlicher Mitarbeiter Patrick Angerer kümmern sich um die Briefe der Gräfin. Gefunden haben sie mittlerweile rund 400 Stück in Archiven in Schweden,

Wolfenbüttel, Dresden, Stade und weiteren Orten. Etwa 120 davon sollen in die Edition einfließen. Die Korrespondenzen von Aurora von Königsmarck sind laut den Eichstätter Forschenden ein ebenso spannender Forschungsgegenstand wie deren literarische Werke, stand sie doch in regem Austausch mit Intellektuellen wie Gottfried Wilhelm Leibniz und August Hermann Francke. „Auch die privaten Briefwechsel sind sehr reizvoll“, erzählt KU-Professorin Stauffer. „In den Korrespondenzen mit ihrem Sohn Moritz und dem Vater des Kindes, August dem Starken, finden sich Erziehungsfragen getrennter Eltern und Mutter-Kind-Dialoge, die erstaunlich zeitlos anmuten.“

Für die Hybridedition werden die Briefe digitalisiert, transkribiert und nach Bedarf übersetzt. „Uns geht es aber nicht nur darum, die Fundstücke sichtbar, sondern auch zugänglich zu machen“, betont Patrick Angerer. In Fußnoten werden mythologische und literarische Anspielungen sowie Namen und Orte erklärt. Um den kommunikativen Kontext zu illustrieren, wird die Edition entsprechend der Wirkungsorte von Aurora von Königsmarck gegliedert, die jeweils einen eigenen Einführungstext erhalten: Schweden, die welfischen Höfe in Hannover und Wolfenbüttel, Dresden, Hamburg und Quedlinburg.

Pünktlich zum 300. Todestag Königsmarcks am 16. Februar 2028 soll die Edition in Buchform im Verlag Olms und online am Zentrum für digitale Editionen in Darmstadt erscheinen. Für Stauffer ist diese Wiederentdeckung von Maria Aurora von Königsmarck auch wichtig, um Autorinnen in der Literaturgeschichte sichtbarer zu machen: „Es wird Zeit, dass diese wichtige weibliche Stimme von europäischem Rang wieder bekannter wird.“

PH



Brief von Aurora von Königsmarck an Ludwig Rudolf von Braunschweig-Wolfenbüttel, Quedlinburg, 12. November 1708.

Zu den Personen



Prof. Dr. Isabelle Stauffer

ist seit 2018 Inhaberin der Professur für Neuere deutsche Literaturwissenschaft. Sie fungiert zudem als stellvertretende Direktorin des KU Zentrums Religion, Kirche, Gesellschaft im Wandel (ZRKG). Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen deutsche Literatur der Frühen Neuzeit, der Jahrhundertwende und der Gegenwart, Literaturtheorie und Kulturwissenschaft – insbesondere Gender und Queer Studies, Performativität und Postcolonial Studies –, außerdem Geschichte der Mode, Kulturgeschichte der Höflichkeit, Briefkultur um 1700, Übersetzung und Kulturtransfer, Intermedialität sowie Religion in der Gegenwartskultur.



Patrick Angerer

ist seit 2025 wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt zum Werk von Aurora von Königsmarck. Angerer studierte an der KU Französisch, Latein und Italienisch im Rahmen des interdisziplinären, lehramtsgeeigneten Bachelorstudiengangs in der Ausrichtung für Gymnasium sowie Frankoromanistik und Klassische Philologie im Rahmen des Interdisziplinären Masterstudiengangs.

Eigene Stimme, eigene Identität?

Forschungsprojekt zu Tieren in der Literatur

Der Esel ist stur, der Hund treu, der Fuchs schlau: Stereotype wie diese sind tief in unserem kulturellen Gedächtnis verankert und begegnen uns nicht nur im Alltag, sondern auch in der Literatur. Dr. Alexandra Tretakov, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere deutsche Literaturwissenschaft an der KU hinterfragt solche klassischen Erzählmuster. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Tierstimmen in literarischen Texten und analysiert, wie Tiere als eigenständige Subjekte sichtbar werden können – mit eigener Identität und Perspektive.



Tiere, die wie Menschen agieren, sprechen und denken, finden sich in der Literatur zuhauf. Sei es traditionell der Wolf im Märchen „Rotkäppchen“, in der Kinderliteratur „Die Schule der magischen Tiere“ oder in der Belletristik Marc-Uwe Klings kommunistisches Känguru. Dass diese Herangehensweise so beliebt ist, wundert Literaturwissenschaftlerin Alexandra Tretakov nicht, denn die menschliche Perspektive sei uns nun mal die vertrauteste: „Auf den zweiten Blick bietet die Literatur aber viele andere Möglichkeiten, um Tieren eine Stimme zu verleihen, die nicht allzu anthropomorph, allzu menschlich klingt.“

In ihrem Habilitationsprojekt „Tierstimmen in der Literatur: Poetiken tierlicher Präsenz“ befasst sich Tretakov mit der Erforschung ebensolcher Strategien. So verzichten Bücher wie Juli Zehs „Socke und Sophie“ bewusst darauf, das Tier in menschlicher Sprache kommunizieren zu lassen, sondern fokussieren sich auf die Körpersprache des Tiers, die auch von den Protagonisten genutzt wird, um mit dem Tier in Interaktion zu treten. Ein weiterer Ansatz findet sich beispielsweise in Yoko Tawadas „Etüden im Schnee“: Der Roman ist aus der Perspektive dreier Eisbären geschrieben. Ein anderes Beispiel ist Michael Köhlmeiers „Matou“, in dem ein Kater die europäische Geschichte aus seiner eigenen Sicht erlebt und so einen ungewöhnlichen, tierischen Blick auf die Menschheit eröffnet – „auch wenn dieser imaginierte Blick letztlich immer ein menschlicher bleiben muss“, wie Tretakov einräumt.

Tretakovs Arbeit steht im Kontext der Cultural and Literary Animal Studies, einem Forschungsbereich, der erst um die Jahrtausendwende entstanden ist. „In dieser jungen Wissenschaft versuchen wir, nicht an Tieren vorbeizulesen, sondern sie als Subjekte mit eigenen Gedanken, als eigenständige Mitwirkende im narrativen Kosmos und darüber hinaus zu verstehen.“ Auch viele Autorinnen und Autoren schreiben mittlerweile gegen tierische Stereotype an. „Durch eine bewusst facettenreiche Gestaltung schaffen sie es, sich von einer eindimensionalen Verniedlichung, Dämonisierung und Instru-

mentalisierung zu lösen“, erklärt Literaturwissenschaftlerin Tretakov. Dies sei über die Literatur hinaus wichtig, denn, was wir lesen, präge auch unsere Wahrnehmung. Entsprechend ist auch die Frage, wie Tiere in literarischen Texten kommunizieren, für Tretakov mehr als nur eine ästhetische: „Eine tiersensible Literatur vermag gesellschaftliche Impulse zu setzen. Wenn es gelingt, von klein auf das anthropozentrische Denken zu überwinden, entwickelt sich ein Bewusstsein dafür, dass es nicht allein um die ‚Umwelt‘, sondern um eine ‚Mitwelt‘ geht.“

Untersuchungsbeispiele für ihre Arbeit findet die Forscherin leicht. Immer wieder seien auch unter den Neuerscheinungen Bücher, die Tiere als eigenständige Wesen betrachten und nicht nur als moralischen Platzhalter oder Metapher, darunter auch auflagenstarke Romane wie der jüngst verfilmte „Der Pinguin meines Lebens“ von Tom Michell oder Chloe Daltons „Der Hase und ich“. Insbesondere für Kinder und Jugendliche finden sich zudem gehäuft Grenzgänger zwischen Unterhaltungs- und Sachliteratur wie „Keine bösen Tiere“, in dem die früher als eklig klassifizierte Spinne plötzlich „acht tolle Beine“ hat. Aus Tretakovs Sicht leisten solche Bücher wichtige Arbeit: „Der sensible Umgang mit Tieren wird von der Literatur mit unterstützt, getragen und anerzogen.“

Die Möglichkeiten, Tiere als eigenständige Subjekte darzustellen, standen auch im Fokus einer Konferenz, die Dr. Alexandra Tretakov, Dr. Nadine Menzel von der Universität Bamberg und die Inhaberin des Lehrstuhls für Neuere deutsche Literaturwissenschaft, Prof. Dr. Friederike Reents, im November 2025 forgnisierten. Unter dem Titel „(De)Constructing Identities? Tiere in der Literatur“ luden sie zu einer internationalen Tagung nach Eichstätt ein. Gezielt wurde die literaturwissenschaftliche Perspektive ergänzt um Beiträge aus der Philosophie, der Theologie, der Zoologie, der Kunst, der Ethnologie und der Neurophysiologie. Für die interessierte Öffentlichkeit gab es mit einer Lesung der ukrainischen Autorin Yevgenia Belorusets einen Einblick in die Welt der Tierliteratur.

Ihr Buch „Über das moderne Leben der Tiere“ ist ab 2014 – also seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine – entstanden. Belorusets schreibt von den Tieren im Krieg, von den unzähligen und ungesehenen Opfern. Zugleich beschreibt sie aber auch märchenhafte und magische Begegnungen mit Tieren, es geht um Kühe, Katzen, Hunde und ganz oft um Vögel. In ihrer Darstellung der Tier-Mensch-Kommunikation richtet sie den Blick darauf, wie Sprache den hierarchischen Abstand nicht nur zwischen Tier und Mensch, sondern zwischen den Menschen zeigt und Ausdruck von Abwertung sein kann. Damit sind ihre Erzählungen viel mehr als Beobachtungen über Tiere, sie beschreibt dadurch auch das Leben der Menschen. Damit ist Belorusets Werk ein eindrückliches Beispiel für den Forschungsgegenstand, der Alexandra Tretakov auch in den kommenden Jahren umtreiben wird.

PH

Zur Person



Dr. Alexandra Tretakov

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere deutsche Literaturwissenschaft und Koordinatorin am KU Forschungskolleg „Dialogkulturen. Wissenschaftliche Reflexionsräume für Kultur- und Sozialwissenschaften“. Sie promovierte 2022 an der Universität Trier über Paul Celan in Russland. Tretakov beschäftigt sich mit Cultural and Literary Animal Studies, der Darstellung von Tieren in der Kinder- und Jugendliteratur, deutsch- und russischsprachiger Literatur vom 19. bis 21. Jahrhundert, Ecocriticism und literarischer Übersetzung.

Wie Bildung zur Waffe wird

DFG-Projekt zu systemischer Indoktrination in Russland

Seit Russland im Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert ist, sind auf beiden Seiten hunderttausende Menschen getötet, verletzt, verschleppt worden. Auch finanziell hat der Krieg seinen Preis, Russlands Wirtschaft kriselt schwer. Warum also unterstützt nach wie vor die Mehrheit der russischen Bevölkerung die Invasion und Präsident Wladimir Putin? Prof. Dr. Krassimir Stojanov, Leiter des Lehrstuhls für Bildungsphilosophie und Systematische Pädagogik an der KU, sieht den wesentlichen Grund in einer massiven Indoktrination im russischen Bildungssystem und geht der Frage nun mit einem Forschungsteam nach.

Das Projekt „Systemische Indoktrination und ihre ideologischen Grundlagen in Russland nach 2022“ an der KU wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit rund 566.000 Euro über drei Jahre gefördert. Die zentrale Hypothese: Die auffallend hohe Zustimmung – seriöse Schätzungen liegen bei 70 bis 80 Prozent – in der russischen Bevölkerung zu Putins Regime und dem Krieg gegen

die Ukraine sei nicht allein durch Propaganda und Medienkontrolle erklärbar, sondern beruhe maßgeblich auf einer „planmäßigen Indoktrination im Bildungssystem“.

Maßgeblich mitentwickelt wurde das Forschungsvorhaben von einem russischstämmigen Ehepaar: Dr. Fedor Korochkin und Dr. Polina Vasineva. Beide hatten unbefristete Posi-

tionen an einer großen Universität in Sankt Petersburg in den Bereichen Bildungsphilosophie und Praktische Philosophie. Nach Kriegsbeginn 2022 flohen sie aus Russland und suchten Zuflucht in verschiedenen Ländern und an verschiedenen Universitäten. Mit Unterstützung des Zentrums für Forschungsförderung der KU waren sie für einige Monate auch als Gastforschende an der KU. In dieser Zeit entstanden in enger Kooperation mit Krassimir Stojanov Projektidee und -antrag. Seit Oktober übernehmen Korochkin und Vasineva darin nun als wissenschaftliche Mitarbeiter wesentliche Rollen.

Persönliche Erfahrungen und Zugänge als wertvolle Ressource

Der Begriff der „systemischen Indoktrination“ aus dem Projekttitle wurde von Korochkin entwickelt. An sich sei das Thema Indoktrination in Pädagogik, Bildungsphilosophie und -theorie nicht neu, erläutert KU-Professor Stojanov – bisher wurde es jedoch vor allem auf das Handeln einzelner Lehrkräfte oder Institutionen bezogen. „In unserem Projekt stellen wir nun die Frage, wie ein ganzes Bildungssystem eine bestimmte Ideologie in die Köpfe der jungen Generation verpflanzt.“ Dafür untersucht



das Team staatlich verbindliche Schulbücher, Lehrpläne und Curricula, sowie konkrete Maßnahmen der Zentralregierung. So wurden nach Kriegsbeginn 2022 alle Hochschullehrenden in Russland verpflichtet, ihren Studierenden eine offizielle PowerPoint-Präsentation mit Erklärungen und Rechtfertigungen der sogenannten „militärische Spezialoperation“ zu zeigen. Eine Praxis, die Fedor Korochkin und Polina Vasineva selbst erlebt haben. „Das war der letzte Auslöser für ihre Flucht“, berichtet Stojanov. „Sie haben sich geweigert, diese Propaganda zu verbreiten.“

„Gerade ihre Erfahrungen und Zugänge machen das Vorhaben besonders wertvoll“, betont Stojanov. Flankiert wird das Team durch weitere internationale Partner: den kanadischen Bildungsforscher Christopher Martin, den Dortmunder Erziehungswissenschaftler Johannes Drerup und eine russische Soziologin. Letztere ist Expertin für qualitativ-empirische Forschung und leitete vor dem Krieg ein privates sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut in Russland, das inzwischen auf der schwarzen Liste der „ausländischen Agenten“ steht.

Herzstück der zu analysierenden Ideologie ist das Konzept der sogenannten „russischen

Welt“ (Russkij Mir). Es verknüpfe nationalistische, traditionalistische und autoritäre Inhalte, erklärt Krassimir Stojanov: „Dazu gehört die Vorstellung, dass alle russischsprachigen Gebiete zur russischen Welt gehören – und dass Russland das Recht und die Pflicht habe, diese zu kontrollieren“, so Stojanov. Die Ideologie betone traditionelle Geschlechterrollen, die orthodoxe Kirche, die nationalen Geschichtsmythen und die russische Sprache als kulturelle Anker. Diese Inhalte fänden nicht nur Eingang in Geschichts- und Sprachunterricht, sondern zunehmend auch in eigens konzipierte neue Fächern wie „Grundlagen der russischen Staatlichkeit“.

Kann sich die einzelne Lehrkraft entziehen?

Ein wichtiger Aspekt systemischer Indoktrination ist, dass sie selbst ohne Absicht der einzelnen Lehrkraft stattfindet. Es gebe nicht wenige Lehrkräfte, die versuchen, die vom Staat aufoktroyierten Inhalte mit Distanz zu vermitteln und im Unterricht neutrale Themen stark machen. „Für uns ist es eine spannende Frage, inwiefern auch so eine passive Haltung von Lehrkräften zur Indoktrination beiträgt“, sagt Stojanov. Die Forschenden wollen zudem untersuchen, inwiefern sich der Effekt der „closed-minded-

ness“, also der Verslossenheit gegen andere Weltansichten, auf den Unterricht auswirkt: „Es gibt Lehrkräfte, die überzeugt sind, ihre Schüler zu kritischem Denken zu erziehen, aber so stark in diesem geschlossenen Weltdeutungssystem gefangen sind, dass sich der Raum für Kritik automatisch minimiert.“

Die Relevanz des Projekts geht laut den Forschenden deutlich über die aktuelle politische Situation in Russland hinaus.

„Mit Blick auf die gegenwärtige Lage in Europa, den USA und weiteren Teilen der Welt wird deutlich, dass es vielerorts autoritäre politische Strömungen gibt“;

betont Krassimir Stojanov. „Für sie dürfte die systemische Indoktrination durch das Bildungswesen mit den Instrumenten, die von Putins Regime entwickelt wurden, eine große Versuchung für die Durchsetzung ihrer antidemokratischen Agenda darstellen.“

PH



Das Forschungsteam bestehend aus Dr. Fedor Korochkin, Dr. Polina Vasineva und Prof. Dr. Krassimir Stojanov (von links).

20 Jahre Aueninstitut

Forschung aus der Region mit internationaler Wirkung



Mitten im Auwald, im idyllisch gelegenen Schloss Grünau in Neuburg an der Donau hat eine wissenschaftliche Einrichtung ihren Sitz, die in den letzten zwei Jahrzehnten sichtbare Spuren hinterlassen hat: das Aueninstitut der KU. 2006 gegründet begleitete das Aueninstitut von Beginn an die Renaturierung der Donauauen bei Neuburg. Daraus entwickelten sich zahlreiche weitere Projekte im In- und Ausland. So war die Gründung des Aueninstituts nicht nur ein Glücksfall für die Natur in der Region, sondern setzt bis heute auch international wichtige Impulse.

Der Auwald zwischen Neuburg und Ingolstadt, ein rund 2000 Hektar großes Gebiet, ist einer der bedeutendsten Auwälder entlang der Donau. Vor gut 20 Jahren begann hier eines der größten Auendynamisierungsprojekte Mitteleuropas. Unter Dynamisierung, also einer Belüftung, sind in diesem Kontext gezielte Überflutungen und Absenkungen des Grundwassers gemeint. Die Landschaft entlang eines Flusses, dessen Lauf durch Regulierungsmaßnahmen begrenzt wurde, sollte wieder naturnah hergestellt werden. Entlang der Donau wurden an mehreren Stellen Anbindungen zum angrenzenden Waldgebiet geschaffen, um darüber das Flusswasser auszuleiten. Auf diese Weise konnte der Ottheinrichsbach, ein rund acht Kilometer langes Umgehungsgewässer, wiederhergestellt und der Auwald mehrmals im Jahr durch ökologische Flutungen unter Wasser gesetzt werden. „Hochwasser ist sprachlich meist negativ konnotiert“, sagt Geograph Prof. Dr. Bernd Cyffka, Gründungsdirektor des Aueninstituts. Für Auen hingegen sei regelmäßiges Hochwasser notwendig – insbesondere für die für Auwälder typische Flora und Fauna.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Aueninstituts begannen 2009 damit, die Auswirkungen der Renaturierungsmaßnahmen zu untersuchen. Nicht nur die hydrologischen und hydromorphologischen Prozesse – also Struktur und Abfluss des Gewässers – wurden festgehalten, auch Veränderungen in der Tier-

und Pflanzenwelt: Haben sich Arten, wie sie in Auwäldern üblicherweise vorkommen, ihren Lebensraum zurückerobert? 45 Arten, die zuvor nicht mehr gefunden wurden, stellten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bereits wenige Jahre nach der Renaturierung wieder fest – darunter sechs Pflanzen, die auf der Liste der vom Aussterben bedrohten Arten stehen. Die Samen im Boden waren, auch 40 Jahre nach dem Bau von Staustufen, noch keimungsfähig.

Im Rahmen eines Festakts zum 20-jährigen Bestehens des Aueninstituts resümierte Cyffka: „Der Erhalt und die Wiederherstellung von Auen trage nicht nur zur Artenvielfalt bei, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zum Hochwasser- und Grundwasserschutz.“ Auch KU-Vizepräsident Prof. Dr. Klaus Stüwe unterstrich: „Auwälder sind aktiver Klimaschutz, Risikoversorge und nachhaltige Raumgestaltung zugleich.“ Intakte Auengebiete seien natürliche Wasserspeicher, Schutzräume bei Hochwasser und zugleich sensible Indikatoren für ökologische Veränderungen. Die Arbeit des Aueninstituts stelle sicher, dass Forschung zu Flussdynamiken, Auenökologie und Renaturierung nicht allein im Labor stattfindet, sondern in reale Landschaften und konkrete Naturschutzmaßnahmen übersetzt wird.

Das Aueninstitut ist ein Kooperationsprojekt zwischen der KU und kommunalen Partnern: Neben dem Landkreis Neuburg-Schroben-

hausen, auf dessen Initiative die Einrichtung zurückgeht, engagieren sich die Städte Ingolstadt und Neuburg, Privatpersonen und Naturschutzverbände sowie ein Förderverein für das Aueninstitut. „Unsere Region ist ohne die Donauauen nicht vorstellbar“, sagte der Landrat von Neuburg-Schrobenhausen, Peter von der Grün, beim Festakt zum Jubiläum. Daher engagiere sich der Landkreis auch finanziell an dem Projekt – auch um die Bedeutung der Auen für die breite Bevölkerung erfahrbar zu machen. Durch seine Forschungsarbeit wirke das Institut längst über die Region hinaus und sei eine gefragte Stimme im Bereich der Auenökologie.

Ausgehend von dem Renaturierungsprojekt im Auwald bei Neuburg forscht das Institut inzwischen auch in anderen geographischen Gebieten – und das weltweit: Im Rahmen mehrerer EU-Projekte wurden Erkenntnisse aus den Maßnahmen in Neuburg auf andere Projektgebiete beispielsweise im gesamten Donauraum übertragen. Dabei arbeiteten die KU-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Universitäten, Behörden, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen in anderen EU-Ländern zusammen. Oft geht es auch darum, die Bevölkerung zu informieren und zu sensibilisieren bzw. örtliche Mitarbeiter zu schulen. Auch zur Gewässerökologie in Zentralasien wurde geforscht: So stand der Erhalt des Ökosystems in den Flussaunen des Naryn River in Kirgistan im Zusammenhang mit der Nutzung



Das Team des Aueninstituts mit dem langjährigen Direktor Prof. Dr. Bernd Cyffka (rechts) in den Neuburger Donauauen.

regenerativer Energie im Fokus eines internationalen Verbundprojekts. Aktuell geht es beim EU-Projekt „Swim“ (vgl. S. 50) um wandernde Fischarten und deren Lebensbedingungen.

Die erfolgreiche Arbeit des Instituts ist eng verknüpft mit dessen Gründer Prof. Dr. Bernd Cyffka, wie Vizepräsident Klaus Stüwe beim Festakt betonte. „Ihr Engagement für die Auenforschung, ganz besonders auch für die Region und für die Verbindung von Wissenschaft und Gesellschaft ist beispielhaft.“ Cyffka hatte nach wissenschaftlicher Tätigkeit im Geographischen Institut der Universität Göttingen im Jahr 2005 die Professur für Angewandte Physische Geographie an der KU übernommen. Ein Jahr später wurde er Direktor des neu gegründeten Aueninstituts. Im Laufe der Jahre übernahm er auch in seinem Fachgebiet zahlreiche Funktionen und Aufgaben, etwa als Sprecher des Arbeitskreises „Hydrologie“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie, als Herausgeber mehrerer Fachpublikationen und seit 2022 auch als Präsident der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Donauforschung. Das Jubiläum des Aueninstituts markierte zugleich seinen Abschied von der Einrichtung und der KU: Zum 31. März wechselte Bernd Cyffka in den Ruhestand.

PH/CK



Denkräume der Demokratie

Was Philosophie zur Orientierung in unruhigen Zeiten beitragen kann

Wissenschaft steht heute unter doppeltem Anspruch: Sie soll frei forschen – und zugleich gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Die KU versteht sich in genau diesem Sinn als gesellschaftlich engagierte Universität. Mit dem Ausbau ihres Schwerpunktbereichs „Ethik & gesellschaftliche Orientierung“ am Zukunftscampus verbindet sie aktiv beide Dimensionen. Im Gespräch diskutieren Prof. Dr. Imke von Maur und Prof. Dr. Norbert Paulo, warum philosophische Grundlagenforschung und gesellschaftliches Engagement kein Widerspruch sind, und wie die Universität zu einem Ort lebendiger, öffentlicher Diskurskultur werden kann. Das Interview führte Dr. Thomas Metten.

Die Philosophie erscheint vielen immer noch als welfremde Disziplin, die sich mit wirklichkeitsfernen Fragen beschäftigt. Ist das so?

Imke von Maur: Nein (lacht). Historisch gesehen ist die Philosophie die Mutter aller Wissenschaften. Wissenschaftstheorie und Ethik bilden bis heute das Fundament, um zu klären, was Wissenschaft oder Erkenntnis überhaupt auszeichnet. Es gibt allerdings zwei Formen von Philosophie, die weltabgewandt wirken. Bei der ersten handelt es sich um Forschung, die von außen nur schwer verständlich ist. Sie trifft aus den falschen Gründen auf Ablehnung. Es gibt aber auch die zweite Form, bei der sich Philosophinnen und Philosophen in ihrem Denken „verlieren“. Leider ist das nicht einfach zu unterscheiden. Unsere Forschung ist hingegen essenziell für unser Zusammenleben. Sie hat ganz konkret Auswirkungen auf unser gesellschaftliches Handeln. Denken wir an die Menschenrechte oder die Marktwirtschaft. Ständig stellen sich Fragen, die wir philosophisch reflektiert beantworten müssen.

Ist das eine geteilte Ansicht?

Norbert Paulo: Ja! Ich glaube, dass man das Leben gar nicht führen kann, ohne zu philosophieren. Man kann ohne Chemie oder Mathe-

matik durchs Leben gehen. Aber kein Mensch lebt, ohne – bewusst oder unbewusst – philosophische Fragen zu beantworten. Entscheidend ist allerdings, wie man das tut. In der Philosophie verfügen wir über klare Methoden, um über Argumente zu begründeten Meinungen zu kommen.

Aktuell wird davon gesprochen, dass wir in einer Zeit multipler Krisen leben. Wie kann die Philosophie dazu beitragen, die großen Umbrüche unserer Zeit mitzugestalten?

NP: Die Philosophie kann und soll nicht die großen Probleme der Welt lösen. Das zu verlangen, wäre vermessen, und auch undemokratisch. Sie kann aber dabei unterstützen, sich nicht von der aktuellen Nachrichtenlage treiben zu lassen. Zum Beispiel, wenn wir uns – mit Aristoteles – klar machen, dass die meisten wertvollen Elemente des Lebens nicht davon abhängen, was Donald Trump gerade macht. Sich dessen zu vergewissern, was im eigenen Leben wichtig ist, ist eine wichtige philosophische Praxis.

IvM: Da möchte ich widersprechen. Es sind ja nicht nur gesellschaftliche oder politische Entscheidungen davon betroffen. Die Polykrise bestimmt auch unsere Alltagspraxis. Entwe-

der wehren wir uns dagegen – oder wir geben unsere Freiheit auf, weil wir Angst haben und ins Autoritäre, Destruktive oder den Konformismus flüchten. Klar gab es immer schon Krisen. Trotzdem scheint mir die Klimakrise eine andere Qualität zu haben. In Kombination mit dem aufkeimenden Faschismus stellt uns das vor wirklich neue Aufgaben. Hier mischen sich Philosophinnen ein. Ohne Denken keine Umgestaltung! Konkret geht es darum, rhetorische Muster, unzulässige Argumentationen und Machtstrukturen in öffentlichen Diskursen transparent machen. Aber auch, eigene Diskursbeiträge leisten, um zu Lösungen zu kommen.

NP: Ich sehe da keinen Widerspruch. Natürlich bietet die Philosophie auch Orientierung. Gerade haben die USA und Israel den Iran angegriffen. Das ist völkerrechtswidrig und entspricht außerdem nicht US-amerikanischem oder israelischem Recht. In den öffentlichen Medien wird das aber kaum thematisiert. Als George W. Bush 2003 den Irak angegriffen hat, betrieb er einen enormen Aufwand, das zu legitimieren. Jetzt geht es nur noch um politisches Kalkül. Die Philosophie bewahrt hier den Blick dafür, dass dies aber eine rechtliche und ethische Frage ist, auch wenn wir es mit missliebigen Staaten oder Regierungen zu tun haben.

Geraten wir hier nicht in ein Dilemma? Auf der einen Seite das Völkerrecht, auf der anderen ein Regime, das die Bevölkerung massiv unterdrückt. Gibt es nicht auch eine ethische Verpflichtung zum Handeln?

NP: Ja, natürlich. Unser gesamtes Rechtssystem basiert auf moralischen Werten, um solche Forderungen zu adressieren. Die moralischen Ansprüche, die durch die Betroffenen gestellt werden, sind ja schon lange da. Die USA und Israel hätten also sehr viel Zeit gehabt, dies in den bestehenden Strukturen und Prozeduren anzugehen. Und ich sage ja nicht, dass es nicht legitimierbar wäre, einen Militärschlag auszuführen, aber die Hürden dafür sind zurecht sehr hoch. Das schlicht zu umgehen, ist aus moralischer Sicht nicht zu rechtfertigen – bei allem Verständnis für die Nöte der iranischen Bevölkerung.

Mein Eindruck ist, dass viele Menschen angesichts solcher Konflikte nach Orientierung suchen, um eine eigene Position zu finden. Kann die Philosophie hier helfen?

IvM: Selbstverständlich. Nehmen wir die Klimakrise. Philosophische Denkarbeit, die Orientierung stiftet, bedeutet: Wir überlegen uns, wie die Transformation zu einer sozial-ökologischen Gesellschaft gestaltet werden kann, die den Klimawandel aufhält. Dabei stellen sich unzählige Fragen – nach der Gestaltung von Diskursen, nach Wahrheit oder Gerechtigkeit. Was sind eigentlich „Güter“? Wie lassen sie sich von „Schlechtem“ unterscheiden? Dabei geht es um Prinzipien auf einer hohen abstrakten Ebene, aber auch um ganz konkrete Entscheidungen. Die Philosophie verfügt über universelle Me-



thoden, sodass sie für sehr viele Fragen angewendet werden kann und muss. Das bedeutet, nicht einfach irgendeine Position zu finden, sondern zu fragen: Was sind die Gründe dafür? Im Diskurs sollte dann der zwanglose Zwang des besseren Arguments Geltung finden – nicht die lauteste Stimme oder die Macht ökonomischer oder militärischer Stärke. Erst durch systematisches Nachdenken kommen wir zu echten Lösungen.

NP: Genau. Der Philosoph Ludwig Wittgenstein hat dafür ein schönes Bild gefunden: Wenn ein Wegweiser in der Landschaft steht, gibt er uns eine Richtung vor. Das sagt aber nichts darüber, wie wir ans Ziel gelangen. Müssen wir um den Berg herum oder über den Fluss? Dabei sollten wir die nächsten Schritte an der Güte der jeweiligen Argumente ausrichten. Letztlich ist das eine Aufforderung, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Wir sollten uns immer wieder klarmachen: Wir sind der gesellschaftlichen Situation nicht ausgeliefert, wir können gute Gründe finden, anders zu handeln. Die Philosophie ist eine der Wissenschaften, die uns helfen, das systematisch anzugehen. Sie kann die Perspektiven aus verschiedenen Disziplinen aufnehmen, um gewissermaßen eine übergeordnete Sicht einzunehmen.

IvM: Zwei Punkte möchte ich hier aber aufgreifen. Zum einen würde ich bestreiten, dass es heute eine klare gesellschaftliche Orientierung gibt. Wird nicht gerade darum gerungen? Vielen Menschen bereitet es Angst, dass wir wieder begründen müssen, dass die Menschenrechte gelten. Und dann kommen Scharlatane wie Donald Trump, die alles auflösen, worum wir in unserer Disziplin ringen. Wenn wir uns nicht mehr darauf einigen können, dass Gründe zählen, entscheidet am Ende der Stärkere. Demokratie lebt aber vom besseren Argument – nicht von willkürlicher Macht. Ich möchte daher eine Lanze dafür brechen, dass das Ringen um die besten Gründe fundamental wichtig ist für unsere Gesellschaft. Und das ist Philosophie!

TM: Wenn aktuell die Grundlagen gesellschaftlicher Verständigung gefährdet sind, sollten Universitäten dann nicht politischer werden?

IvM: Die Universität ist unweigerlich politisch. Das weiß auch jeder. Es gibt nur leider ein Wissenschaftsverständnis, das sehr dominant ist, nach dem Forschung in einem sterilen Labor oder Elfenbeinturm stattzufinden habe, der jenseits aller Weltlichkeit steht. Das beruht auf einer sehr speziellen Vorstellung von „Objektivität“, in der man eine besondere „Reinheit“ des

Gegenstands erreichen möchte. Das ist selbst hoch metaphysisch und entzieht sich der Verantwortung. Wir sind aber „in die Welt geworfen“, wie Heidegger sagt. Wir müssen uns die Hände schmutzig machen und Lösungen in der Welt finden. Gerade die Ethik beschäftigt sich mit dem, was andere zu vermeiden suchen: mit Werturteilen, ohne die Entscheidungen – rein analytisch – unmöglich sind. Auch hier können und müssen wir unser philosophisches Instrumentarium einbringen, um zu „guten“ Entscheidungen zu kommen. Es gibt eben genau das oder die völlige Willkür. Beängstigend finde ich, dass Menschen das immer weniger schätzen und mit Argumenten kaum zu überzeugen sind.

NP: Ja, denken wir an die Corona-Diskussionen. In einem Seminar zu ethischen Aspekten der Pandemie hatten wir die gesamte Bandbreite politischer Meinungen vertreten. Niemand war aber so richtig Experte auf einem der Gebiete – sei es Medizin, Virologie oder Sozialwissenschaften. Aber genau so funktioniert der gesellschaftliche Dialog: Wir diskutieren Themen, die wir kaum kompetent einschätzen können, folgen bestimmten Meinungen mehr als anderen, müssen daraus aber eine eigene Überzeugung bilden. Hier setzt die Philosophie an: Wie kommen wir zu den Überzeugungen, nach denen wir leben möchten? Es geht darum, Debatten zu entschleunigen, Schritt für Schritt alle relevanten Aspekte aufzunehmen und zu überlegen: Wie gehen wir mit beschränktem Wissen und Unsicherheit um? Die Studierenden erwerben so Fähigkeiten, die sie auch im politischen Raum einsetzen können. Insofern ist diese sorgfältige, kleinteilige Arbeit im Seminar eigentlich ein politischer Akt.

Ist das nicht auch eine Aufgabe für den Wissenstransfer – alternative Öffentlichkeiten und Diskursräume zu schaffen, die nicht den Aufmerksamkeitslogiken von Medien und Politik unterliegen?

IvM: Unbedingt! In den Sozialen Medien wird alles radikal verkürzt und affektiv aufgeladen. Wir werden trainiert wie die Pawlow'schen Hunde. Wir ersetzen unsere Vernunftbegabung und werden zu mechanischen Reiz-Reaktions-Puppen. Der Begriff Diskursraum ist hingegen sehr voraussetzungsreich. Er fordert ja gerade,



Die Idee, alle Menschen in einer Demokratie dazu zu befähigen, an gesellschaftlichen Diskursen teilzuhaben, ist sehr anspruchsvoll. Wenn sich die KU als Labor für eine zukünftige Demokratie begreift, wie können solche Diskursräume inklusiv gestaltet werden?

IvM: Manche Wissenschaftlerinnen loben Trump für seine „Kindersprache“. Für komplexe Probleme braucht man aber adäquat-komplexe

Lösungen. Und es ist eine Illusion, dass man komplexe Sachverhalte ganz simpel kommunizieren könnte. Wir unterschätzen oftmals aber, wie schwer es tatsächlich ist, etwas zu kommunizieren und zu verstehen – und ignorieren da unsere eigene Forschung. Man kann aber sehr wohl Menschen einen Zugang zu Erkenntnissen verschaffen, der ihnen Lust macht, weiter zu fragen und tiefer einzudringen. Darin sind viele von uns nur recht schlecht. Ich sehe hier enormes Potenzial für uns alle. Schauen Sie aber mal, wie schwer es für zwei Experten aus unterschiedlichen Gebieten sein kann, überhaupt nachvollziehen zu können, wovon der andere gerade spricht, obwohl sie dasselbe Phänomen beschreiben. Die können total verzweifeln, als ob sie überschneidungsfreie Sprachen sprächen. Wissenschaftskommunikation ist mithin eine wirklich wichtige Aufgabe für uns.

Beziehen Sie hier auch die Öffentlichkeit ein?

IvM: Ja, wir bieten Vorträge, Workshops und Projekte an, etwa Philosophieren mit Kindern. Je früher Menschen befähigt werden, echte Erkenntnis von Scharlatanerie und „alternativen Fakten“ zu unterscheiden, desto besser wird unsere Welt. Was Philosophinnen und Philosophen besonders gut können, ist Denkräume zu öffnen. Dabei geht es nicht darum, die Antwort zu kennen, die man dann bloß auswendig lernt – sondern um einen ernstgemeinten Raum für Reflexion. Solche Räume in unserer Gesellschaft zu schaffen, halte ich für einen elementaren demokratischen Bildungsauftrag. Der Witz von Demokratie ist ja nicht, dass Menschen irgendwelche Positionen einbringen, sondern dass sie mit Argumenten und Begründungen gemeinsam an tragfähigen Lösungen arbeiten können. Genau deshalb ist die Seminararbeit ein politischer Akt.

NP: Ja, meine Expertise liegt eben nicht darin, Menschen in den sozialen Medien in 30 Sekunden zu sagen, was richtig ist. Meine Expertise liegt darin, mit Menschen gemeinsam langsam und differenziert über relevante Fragen nachzudenken. Dabei lerne auch ich oft viel dazu. Geistige Offenheit als intellektuelle Tugend vorzuleben ist eine meiner wichtigsten Aufgaben.

Lösungen. Und es ist eine Illusion, dass man komplexe Sachverhalte ganz simpel kommunizieren könnte. Wir unterschätzen oftmals aber, wie schwer es tatsächlich ist, etwas zu kommunizieren und zu verstehen – und ignorieren da unsere eigene Forschung. Man kann aber sehr wohl Menschen einen Zugang zu Erkenntnissen verschaffen, der ihnen Lust macht, weiter zu fragen und tiefer einzudringen. Darin sind viele von uns nur recht schlecht. Ich sehe hier enormes Potenzial für uns alle. Schauen Sie aber mal, wie schwer es für zwei Experten aus unterschiedlichen Gebieten sein kann, überhaupt nachvollziehen zu können, wovon der andere gerade spricht, obwohl sie dasselbe Phänomen beschreiben. Die können total verzweifeln, als ob sie überschneidungsfreie Sprachen sprächen. Wissenschaftskommunikation ist mithin eine wirklich wichtige Aufgabe für uns.

NP: Ja, auch Studierende können als Multiplikatoren agieren, da sie vielleicht zugänglicher sind und so mehr Menschen erreichen können. Gegenüber Professorinnen und Professoren besteht schließlich oft ein gewisser Verdacht des Elitismus. Aber wir müssen auch Orte und Formate überdenken: Universitäre Abendveranstaltungen haben das Problem, dass das Publikum sehr begrenzt ist. Wir haben auch schon öfter darüber gesprochen, wie wir jene Menschen erreichen können, die aus anderen Ländern kommen, die nicht so nah am deutschen Bildungssystem dran sind. Das ist ganz sicher eine der großen Aufgaben, Bildung mehr zu demokratisieren ...

IvM: ... und natürlich gibt es gesellschaftlichen Bedarf, der an uns herangetragen wird. Hier können wir wichtige Begriffsarbeit leisten, um

Missverständnisse aufzulösen. Das wird immer wieder unterschätzt. Manch wichtige Erkenntnis wird auch erst durch die Dekonstruktion von Begriffen und Narrativen sichtbar. Das ist ein Moment, wo Philosophie unglaublich bereichernd sein kann, da sie neue Welten aufmacht, die vorher nicht existierten. Es geht aber auch darum, Kontingenz in der Gesellschaft sichtbar zu machen und Möglichkeitsräume zu eröffnen. Anders ausgedrückt: Wo wir vorher von unverrückbaren Wahrheiten ausgegangen sind, wird plötzlich etwas sichtbar, das eine ganz andere Lösung erlaubt. Unmögliches wird möglich. Blicken wir 50 oder 100 Jahre zurück, wirkt vieles, was einst selbstverständlich schien, heute befremdlich – zum Beispiel die Rollenverteilung von Männern und Frauen. Hier zeigt sich auch eine emanzipatorische Dimension – die es zu sehen erlaubt, wo Brüche möglich werden, hin zu anderen Zukünften.

Die KU baut derzeit ihren Schwerpunkt im Bereich „Ethik & gesellschaftliche Orientierung“ aus. Spielt diese doppelte Bewegung, die Eröffnung von Denkräumen und die Demokratisierung der philosophischen Praxis, hierbei eine Rolle?

NP: Ja, genau in diese Richtung gehen unsere Überlegungen. Wie können wir Fragen aus der Bevölkerung aufgreifen, die gar nicht unbedingt wir als Professoren und Professorinnen alleine beantworten. Die Beantwortung kann etwa durch Studierende erfolgen, verschiedene Perspektiven integrieren und die Menschen direkt beteiligen. Aber natürlich ist das alles extrem anspruchsvoll. Das erfordert viel Kraft, Vorstellungsvermögen und eigene Gestaltungsfähigkeiten. Das geschieht nicht automatisch. Deswegen ist es enorm wichtig, die Menschen dabei zu unterstützen, die hierfür notwendigen Kompetenzen aufzubauen – auch bei den Lehrenden.

Zum einen erhöht das die Sensibilität und Resonanzfähigkeit der Universität gegenüber der Gesellschaft. Es braucht aber auch Grundlagenforschung, um tiefergehende Fragestellungen zu bearbeiten. Wissenschaftsfreiheit und gesellschaftliche Verantwortung sind also kein Gegensatz, sondern setzen sich wechselseitig voraus?

IvM: Selbstverständlich braucht Wissenschaft die Freiheit des Denkens, ohne darin beschränkt zu werden. Das nämlich ist das Muster, das wir unter Trump, Putin oder der AfD erkennen können. Es ist die geschlossene Gesellschaft,

wie Popper das nennt, in der das Denken durch fixierte Dogmen, durch Ideologie ersetzt wird. Das ist das Gegenteil von Wissenschaft und das Ende der Fähigkeit, Probleme lösen zu können. Gleichzeitig gibt es selbstverständlich auch eine gesellschaftliche Verantwortung der Forschenden und Universitäten. Wir haben konkrete Aufgaben, nämlich die anstehenden Probleme zu lösen! Was dabei Gegenstand unserer Arbeit ist, bestimmen wir in einem Fachdiskurs – also gerade nicht beliebig, sondern mithilfe strenger Methodik. Ja, wir denken beides immer zusammen. Das ist das Gegenteil von einer einseitigen Ausrichtung an kurzfristigen Marktkalkülen oder der Abkehr von allem weltlichen in metaphysische Sphären.

Wenn wir als Universität immer schon in der Verantwortung sind, führt das nicht auch zu einer anderen Idee von Universität?

NP: Unbedingt. Forschende benötigen dafür neue Freiräume. Die Herausforderung besteht darin, die Orientierung an der Leitidee einer

engagierten Universität so zu gestalten, dass jede und jeder sich gerne einbringt. Denn eins darf man nicht vergessen: Diese Ansätze setzen voraus, dass man mit sehr verschiedenen Menschen interagiert. Bislang war die Universität ein relativ monolithischer Raum. Im Seminarraum treffen wir nur auf einen kleinen Ausschnitt der Gesellschaft. Wenn wir die Aufgabe ernst nehmen, mit größeren Teilen der Gesellschaft zusammenzuarbeiten, dann erfordert das Fingerspitzengefühl, Menschenkenntnis, Energie und Zugewandtheit. Wir dürfen wirklich nicht unterschätzen, dass das eine ganz andere Tätigkeit ist. Mein Eindruck ist, dass dies nicht überall angekommen ist ...

IvM: ... und bei allem Engagement für die Gesellschaft: Wissenschaft muss frei bleiben – frei von äußerem Druck, frei von partikularen Interessen und vor allem frei von Zeitdruck. Weil nur dann echte Wissenschaft möglich ist, echte, tiefe Reflexion, die gesellschaftliche Herausforderungen langfristig lösen kann.

TM

Zu den Personen



Prof. Dr. Imke von Maur

ist seit 2024 Inhaberin des Lehrstuhls für Philosophie. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Emotionsphilosophie und Affect Studies, Philosophie des Geistes/Kognition, Erkenntnistheorie, kritische Phänomenologie und Sozialphilosophie sowie Praxistheorie. Sie befasst sich zudem mit Fragen der Klimakrise, Bildung, Verortung und Situiertheit „des Politischen“.



Prof. Dr. Norbert Paulo

ist seit 2025 Inhaber der Stiftungsprofessur für Philosophie und Ethik der Digitalisierung. Zudem fungiert er als Vice Chair der School of Transformation and Sustainability. Er befasst sich mit philosophischen Fragen im Kontext von Digitalisierung und KI, besonders mit Techninnarrativen und -metaphern sowie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Folgen von Innovation. Ein Fokus liegt auf der ethischen Gestaltung der digitalen Transformation.

Dissertationspreise

Kardinal-Wetter-Preis für Doktorarbeit über Robotik und KI in der Pflege



Einsatzes von Robotik und Künstlicher Intelligenz in der Pflege anhand des Personkonzepts von Paul Ricœur“. Mit ihrer Promotionschrift habe Kaiser-Duliba einen wichtigen Beitrag zur theologisch-ethischen Diskussion neuer technischer Möglichkeiten in der Pflege geleistet, heißt es in der Begründung.

Der Bereich der Pflege stelle einen zutiefst menschlichen Akt dar, der zu jedem Zeitpunkt die Würde und Integrität des und der Einzelnen zu respektieren hat, heißt es in einer Zusammenfassung der Arbeit. Gerade dann, wenn körperliche oder geistig-kognitive Funktionen nicht (mehr) vollumfänglich vorhanden sind, stellten sich Fragen danach, was die Basis für das Personsein darstellt. In der Arbeit von Alexandra Kaiser-Duliba werden anhand des ganzheitlichen Personkonzepts von Paul Ricœur aus theologisch-ethischer Perspektive die Auswirkungen von Robotik und Künstlicher

Intelligenz auf Pflegefachkräfte und Pflegebedürftige untersucht. Betreuer der Dissertation waren der Moralthologe Prof. Dr. Alexis Fritz und der Sozialethiker Prof. Dr. Udo Lehmann von der Universität Saarbrücken. Die Arbeit ist im Nomos-Verlag erschienen. Dr. Alexandra Kaiser-Duliba ist inzwischen wissenschaftliche Oberassistentin am Institut für Sozialethik der Universität Luzern.

Die Katholische Akademie in Bayern vergibt den Preis gemeinsam mit den Katholisch-Theologischen Fakultäten beziehungsweise Instituten der bayerischen staatlichen Universitäten und der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt im jährlichen Wechsel. Er wurde 2008 zur Würdigung der Verdienste von Kardinal Friedrich Wetter als Protektor der Akademie und als Förderer der Theologie eingerichtet. Geehrt werden jährlich Dissertations- und Habilitationsschriften.

Sigrid Abel-Struth-Preis für Dissertation über inklusionssensible Musikpädagogik



Euphorie wollte ich genauer untersuchen – aus meiner Praxiserfahrung hatte ich den Eindruck, dass eine unreflektiert begeisterte Haltung eher hinderlich sein kann“, berichtet Herzog über ihre Motivation. In ihrer Arbeit entwickelte sie ein reflektiertes Inklusionsverständnis, das zeigt: Inklusion ist unumgänglich mit Widersprüchlichkeiten verbunden. Diese lassen sich nicht oder nur teilweise auflösen, jede Entscheidung bringt Vor- und Nachteile mit sich. Handlungen im Kontext Inklusion sind damit stets komplex, von Kompromissen geprägt und in ihrem Ausgang offen – was im Gegensatz zu den fachinternen Annahmen steht.

Wie dieses Inklusionsverständnis den Blick auf die Praxis ändert, zeigte Herzog in ihrer anschließenden empirischen Untersuchung. In Videoanalysen von Gruppenmusiziersituationen wurde die Komplexität und Kompromisshaftigkeit der Handlung sichtbar: So sollte etwa eine Gruppe trommelnder Kinder üben, auf ein Pfeifsignal der Musikpädagogin hin zu stoppen. Als dies nicht gelingt, weist die Pädagogin darauf hin, dass aussetzen muss, wer über das Stoppsignal hinaus trommelt. Tatsächlich nimmt sie in der nächsten Runde erst einem,

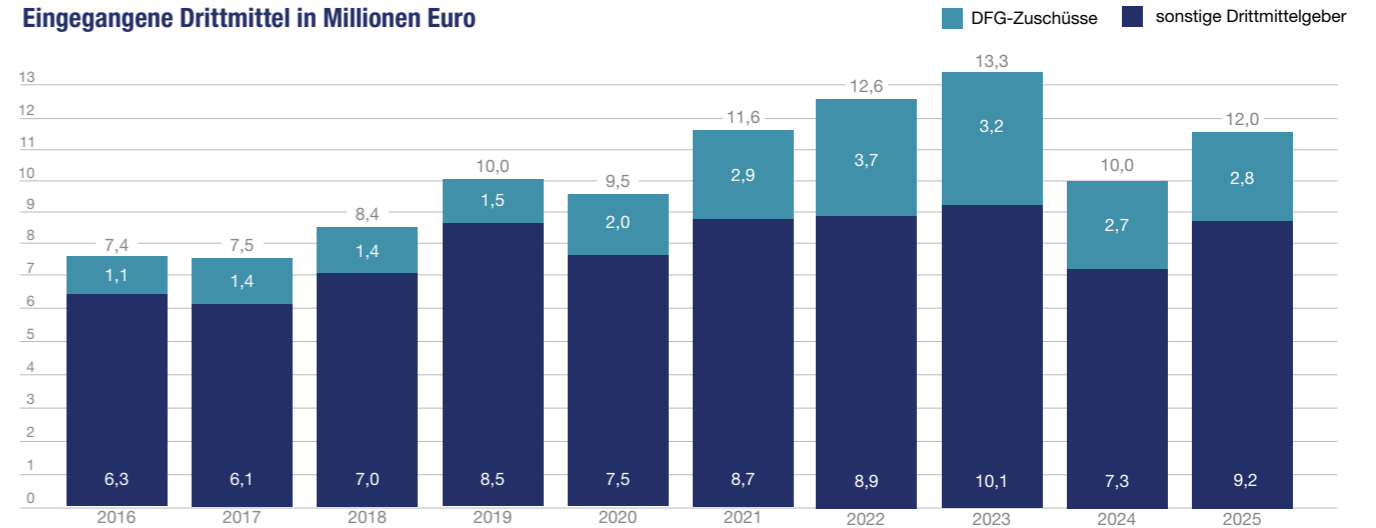
dann einem weiteren Kind die Trommel weg. Als es der Gruppe anschließend gelingt, gemeinsam zu stoppen, sind alle Beteiligten erkennbar beeindruckt von der Leistung – auch die Kinder, die aussetzen mussten. „Es handelt sich hier um eine momentane Exklusion, die eine anschließende Inklusion ermöglicht: Der mit Aussetzen versehene Zwang, alle gleichzeitig in einem bestimmten Rhythmus zu trommeln und anschließend zu pausieren, führt zu einem sehr einbeziehenden Moment“, beschreibt Herzog ihre Analyseergebnisse.

Das Beispiel zeigt: Inklusion und Exklusion stehen nicht im Widerspruch, sondern sind eng miteinander verwoben. Selbst scheinbar eindeutige Ausschlüsse können komplexe und vielschichtige Wirkungen entfalten. Für die Musikpädagogik sei es von zentraler Bedeutung, derartige Widersprüchlichkeiten in Inklusionsprozessen anzuerkennen und in pädagogische Überlegungen einzubeziehen. „Nur wenn ich mir die Verbindung von Exklusion und Inklusion und die daraus resultierenden Spannungen bewusst mache, kann ich reflektierte Entscheidungen treffen. Betrachte ich nur eine Seite, riskiere ich normative blinde Flecken.“

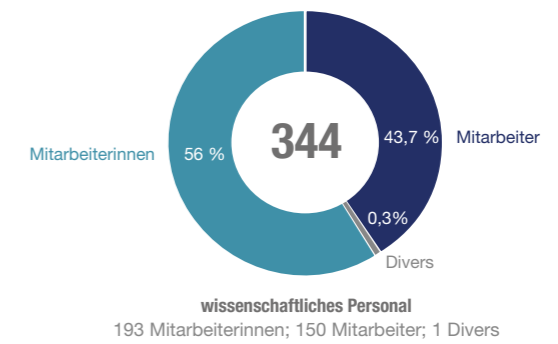
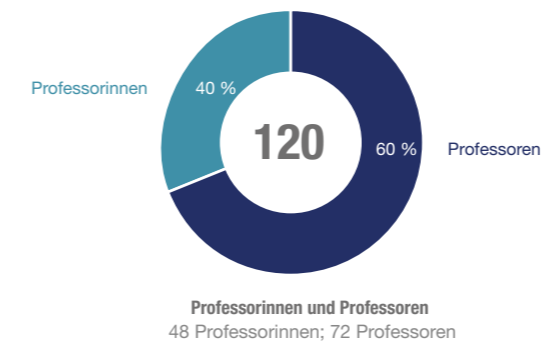
Die Wissenschaftliche Sozietät Musikpädagogik hat **Dr. Melanie Herzog** für ihre an der KU verfasste Dissertation mit dem renommierten Sigrid Abel-Struth-Preis 2025 ausgezeichnet. Herzogs Doktorarbeit trägt den Titel „Inklusion als Ambivalenz. Die Thematisierung von Spannungsverhältnissen als Voraussetzung einer inklusionssensiblen Musikpädagogik“. Erstbetreuer war Prof. Dr. Daniel Mark Eberhard, Inhaber der Professur für Musikpädagogik und Musikdidaktik an der KU.

Mit ihrer Arbeit setzt Herzog maßgebliche Impulse im musikpädagogischen Inklusionsdiskurs. Musik wird oft pauschal ein großes inklusives Potenzial zugeschrieben, Inklusion meist von vornherein als positiv bewertet. „Diese

Eingegangene Drittmittel in Millionen Euro



Wissenschaftliches Personal (Stand Dez 2025)



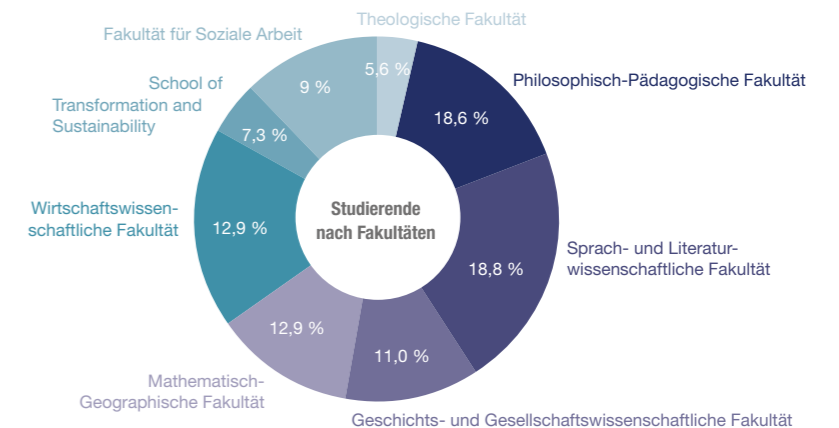
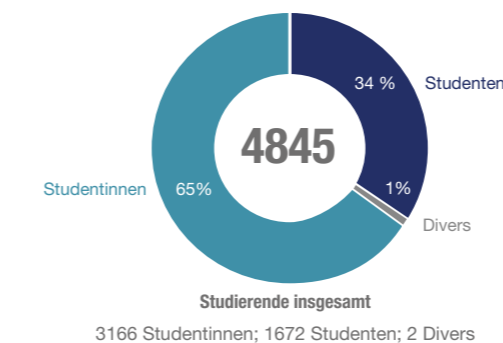
Wissenschaftsunterstützendes Personal (Stand Dez 2025)



Lehrbeauftragte (Stand Dez 2025)



Studierende nach Fakultäten (Stand Dez 2025)

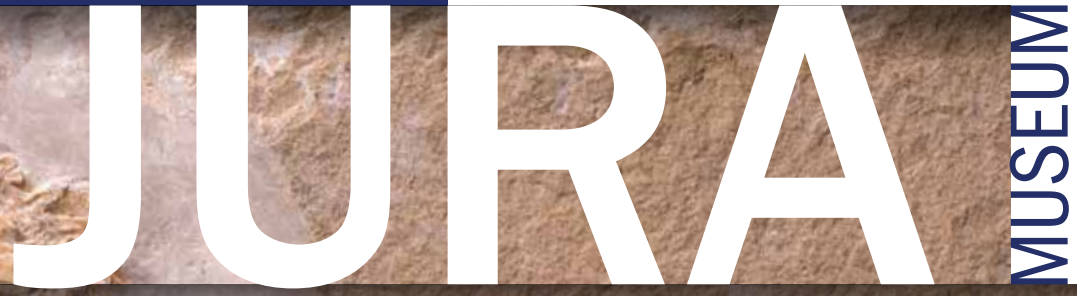




ÖFFNUNGSZEITEN

Di – So | 09 – 18 Uhr | April – Sept.

Di – So | 10 – 16 Uhr | Okt. – März

A large fossilized skeleton of a dinosaur, showing the spine, ribs, and leg bones, embedded in a light-colored rock matrix.

JURA

MUSEUM

A fossilized skeleton of a dinosaur, showing the skull, spine, and leg bones, embedded in a light-colored rock matrix.

ERLEBEN



JURA-MUSEUM

auf der Willibaldsburg Eichstätt

www.jura-museum.de · info@jura-museum.de

Eingang über Mondscheinweg



KATHOLISCHE UNIVERSITÄT
EICHSTÄTT-INGOLSTADT